

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Übereinkommen vom 29. Januar 1998

**zwischen der Regierung Kanadas, Regierungen von Mitgliedstaaten
der Europäischen Weltraumorganisation, der Regierung Japans,
der Regierung der Russischen Föderation
und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
über Zusammenarbeit bei der zivilen internationalen Raumstation
(Raumstations-Übereinkommen)**

A. Zielsetzung

Die Bundesregierung hat am 29. Januar 1998 das „Übereinkommen zwischen der Regierung Kanadas, Regierungen von Mitgliedstaaten der Europäischen Weltraumorganisation, der Regierung Japans, der Regierung der Russischen Föderation und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über Zusammenarbeit bei der zivilen internationalen Raumstation“ unterzeichnet.

Als Mitglieder der Europäischen Weltraumorganisation ESA haben neben der Bundesregierung die Regierungen Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, Italiens, der Niederlande, Norwegens, Schwedens, der Schweiz, Spaniens und des Vereinigten Königreichs gezeichnet.

Die europäischen Staaten beteiligen sich an der Internationalen Raumstation mit einem auf der ESA-Ministerkonferenz von Toulouse im Oktober 1995 beschlossenen Programm, das im wesentlichen das europäische Labormodul COF, das Automatische Transfer-Vehikel ATV sowie Versorgungsflüge mit der Trägerrakete ARIANE 5 umfaßt. Die USA, Rußland, Japan und Kanada stellen jeweils eigene Stations-elemente bei.

Durch das Übereinkommen wird der völkerrechtliche Rahmen für die Zusammenarbeit geschaffen.

Fristablauf: 08. 05. 98

Das Übereinkommen tritt an die Stelle des „Übereinkommens vom 29. September 1988 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, Regierungen von Mitgliedstaaten der Europäischen Weltraumorganisation, der Regierung Japans und der Regierung Kanadas über Zusammenarbeit bei Detailentwurf, Entwicklung, Betrieb und Nutzung der ständig bemannten zivilen Raumstation“ (BGBl. 1990 II S. 637). Das Übereinkommen von 1988 ist für die beteiligten europäischen Staaten nicht in Kraft getreten, weil die nach seinem Artikel 25 erforderliche Zahl von Ratifizierungen nicht zustande kam.

Die Neufassung trägt der Aufnahme Rußlands in die Partnerschaft sowie den geänderten programmatischen Verhältnissen Rechnung.

Die gesamte Raumstation ist nach dem Vertragstext eine „zivile Raumstation für friedliche Zwecke in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht“. Alle Partner bekennen sich zur friedlichen Nutzung der zivilen Station und aller ihrer Elemente.

B. Lösung

Mit dem Vertragsgesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen zur Ratifikation des Übereinkommens geschaffen werden, damit dieses – bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen des Artikels 25 – für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten kann.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Das Übereinkommen als solches verursacht keine Kosten.

Deutschland hat sich durch seinen Beitritt zum europäischen Raumstations-Entwicklungsprogramm zur Zahlung seines Beitrags von 41 % für die Entwicklungs- und Bauphase verpflichtet. Die erforderlichen Mittel in Höhe von ca. 2,5 Mrd. DM (eskaliert) über die gesamte Laufzeit des Programms (1996 – 2004) werden aus dem Haushalt des BMBF bereitgestellt. Hinsichtlich der vom Übereinkommen mit erfaßten Betriebs- und Nutzungsphase werden zu gegebener Zeit innerhalb der ESA die entsprechenden Programmentscheidungen zu treffen sein.

2. Vollzugsaufwand

Bei der Durchführung des Übereinkommens entstehen durch die vorgesehenen Konsultationen in geringem Umfang administrative Kosten.

E. Sonstige Kosten

Kosten für die Wirtschaft: Keine

Das Übereinkommen hat keine Auswirkungen auf das Lohn- und Preisniveau.

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Übereinkommen vom 29. Januar 1998
zwischen der Regierung Kanadas, Regierungen von Mitgliedstaaten
der Europäischen Weltraumorganisation, der Regierung Japans,
der Regierung der Russischen Föderation
und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
über Zusammenarbeit bei der zivilen internationalen Raumstation
(Raumstations-Übereinkommen)

Bundesrepublik Deutschland

Der Bundeskanzler

031 (331) – 270 30 – We 1/98 (Na 6)

Bonn, den 27. März 1998

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

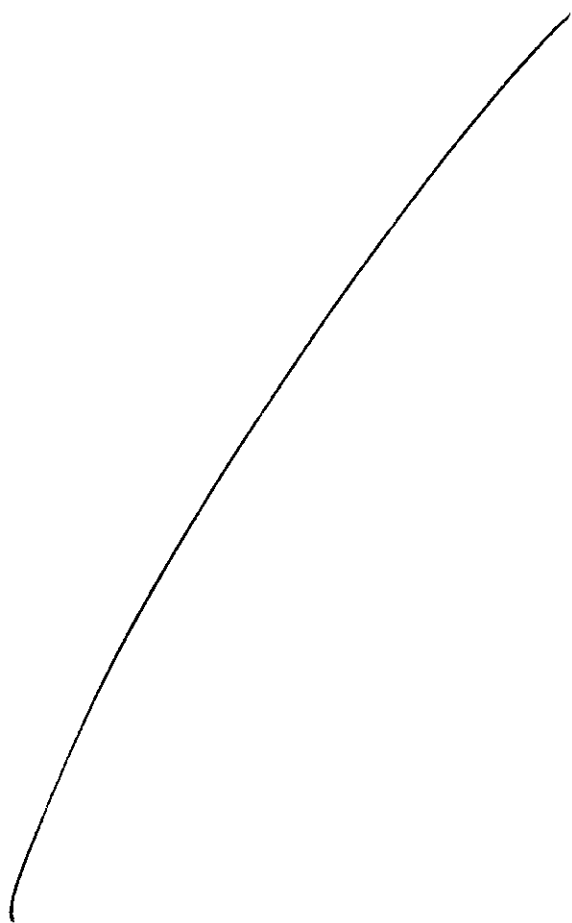
Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 29. Januar 1998 zwischen der Regierung Kanadas, Regierung von Mitgliedstaaten der Europäischen Weltraumorganisation, der Regierung Japans, der Regierung der Russischen Föderation und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über Zusammenarbeit bei der zivilen internationalen Raumstation (Raumstations-Übereinkommen)

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Dr. Helmut Kohl

Fristablauf: 08. 05. 98



-4-

Entwurf**Gesetz**

**zu dem Übereinkommen vom 29. Januar 1998
zwischen der Regierung Kanadas, Regierungen von Mitgliedstaaten
der Europäischen Weltraumorganisation, der Regierung Japans,
der Regierung der Russischen Föderation
und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
über Zusammenarbeit bei der zivilen internationalen Raumstation
(Raumstations-Übereinkommen)**

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Washington am 29. Januar 1998 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen zwischen der Regierung Kanadas, Regierungen von Mitgliedstaaten der Europäischen Weltraumorganisation, der Regierung Japans, der Regierung der Russischen Föderation und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über Zusammenarbeit bei der zivilen internationalen Raumstation und dem Briefwechsel der Verhandlungsleiter vom 26. Januar 1998 zur Auslegung des Übereinkommens wird zugestimmt. Das Übereinkommen und der Briefwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Eine Tätigkeit, die in oder an einem von der Europäischen Weltraumorganisation registrierten Element durchgeführt wird, gilt für das Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes und des Urheberrechts als im Geltungsbereich dieses Gesetzes durchgeführt.

Artikel 3

Das deutsche Strafrecht gilt, unabhängig vom Recht des Tatorts, für Taten, die in oder an einem Flugelement der Raumstation im Weltraum begangen werden, wenn

1. der Täter zur Zeit der Tat Deutscher ist oder
2. die Tat gegen einen Deutschen begangen wird oder
3. sich die Tat gegen ein von der Europäischen Weltraumorganisation registriertes Flugelement richtet.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 25 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Durch einen Briefwechsel unter den Verhandlungsleitern der fünf Partner des Übereinkommens (Europa, Japan, Kanada, Rußland, USA) wurde die übereinstimmende Auffassung der Verhandlungsdelegationen festgehalten, daß die USA und Rußland ihre eigenen Elemente sowie die Infrastruktur der Raumstation für Zwecke der nationalen Sicherheit nutzen dürfen, eine derartige Nutzung auf den von Europa beigestellten Elementen aber gegen den Willen des europäischen Partners nicht möglich ist. Der Briefwechsel ist in die Zustimmung des Gesetzgebers einzubeziehen, weil ihm im Hinblick auf Form und Inhalt als Auslegungsmittel größere Bedeutung zukommt als sonstigen Verhandlungsmaterialien.

Zu Artikel 2

Mit Artikel 2 soll von der den europäischen Partnerstaaten nach Artikel 21 Abs. 2 Satz 1 zweiter Halbsatz des Übereinkommens eingeräumten Option Gebrauch gemacht werden, den Geltungsbereich ihrer jeweiligen Gesetze zum Schutz des geistigen Eigentums auf die von der ESA registrierten Elemente der Raumstation zu erstrecken. Damit soll sichergestellt werden, daß hinsichtlich einer Tätigkeit in oder an einem von der ESA registrierten Element der Raumstation die Vorschriften auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes und des Urheberrechts Anwendung finden.

Hinsichtlich der weiteren Regelungen in Artikel 21 des Übereinkommens, die – wie in der Denkschrift zu Artikel 21 des Übereinkommens ausgeführt – zu gewissen Modifikationen des nationalen Rechts führen, besteht keine Notwendigkeit für den Erlass von zusätzlichen Ausführungsvorschriften, da diese Regelungen so detailliert und abschließend gefaßt sind, daß sie innerstaatlich unmittelbar angewendet werden können.

Zu Artikel 3

Die Vorschrift erstreckt den Geltungsbereich des deutschen Strafrechts auf Taten, die in oder an Elementen der Raumstation begangen werden. In Umsetzung der in Artikel 22 Abs. 1 des Übereinkommens enthaltenen Ermächtigung gilt das deutsche Strafrecht danach für die Taten deutscher Mitglieder des Personals der Raumstation (Ziffer 1). Darüber hinaus findet – wie dies dem Gedanken des § 7 Abs. 1 StGB entspricht – das deutsche Strafrecht auch dann Anwendung, wenn ein deutsches Besatzungsmitglied Opfer einer Straftat wird (Ziffer 2). Schließlich ist das deutsche Strafrecht anzuwenden, wenn sich die Tat gegen ein Flugelement richtet, das von der Europäischen Weltraumorganisation ESA gemäß Artikel 5 Abs. 1 des Übereinkommens als Weltraumgegenstand registriert worden ist (Ziffer 3).

Die Regelung gilt nur für Taten, die in oder an einem Flugelement der Raumstation während des Fluges im Weltraum begangen werden; auf Taten in Bodeneinrichtungen finden die allgemeinen Vorschriften des Strafgesetzbuches über die Geltung des deutschen Strafrechts Anwendung.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 25 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Das Übereinkommen als solches führt lediglich zu geringen finanziellen Belastungen (Verwaltungskosten) durch die in Artikel 23 vorgesehenen Konsultationen der Vertragspartner und die nach Artikel 24 alle drei Jahre erforderlichen regelmäßigen Zusammenkünfte zur Überprüfung der Zusammenarbeit.

Durch seinen Beitritt zum europäischen Raumstations-Entwicklungsprogramm hat sich Deutschland zur Zahlung seines Beitrags von 41 % für die Entwicklungs- und Bauphase verpflichtet. Die erforderlichen Mittel in Höhe von ca. 2,5 Mrd. DM (eskaliert) über die gesamte Laufzeit des Programms (1996 – 2004) werden aus dem Haushalt des BMBF bereitgestellt.

Hinsichtlich der vom Übereinkommen mit erfaßten Betriebs- und Nutzungsphase werden zu gegebener Zeit innerhalb der ESA die entsprechenden Programm Entscheidungen zu treffen sein.

Übereinkommen
zwischen der Regierung Kanadas, Regierungen von Mitgliedstaaten
der Europäischen Weltraumorganisation, der Regierung Japans,
der Regierung der Russischen Föderation
und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
über Zusammenarbeit bei der zivilen internationalen Raumstation

Agreement
Among the Government of Canada, Governments of Member States
of the European Space Agency, the Government of Japan,
the Government of the Russian Federation,
and the Government of the United States of America
Concerning Cooperation on the Civil International Space Station

Accord
entre le Gouvernement du Canada, les Gouvernements d'États membres
de l'Agence spatiale Européenne, le Gouvernement du Japon,
le Gouvernement de la Fédération de Russie
et le Gouvernement des États-Unis d'Amérique
sur la coopération relative à la Station spatiale internationale civile

Inhaltsverzeichnis	Table of Contents	Table des matières
Präambel	Preamble	Préambule
Artikel 1 Zweck und Geltungsbereich	Article 1 Object and Scope	Article 1 Objet et portée
Artikel 2 Rechte und Pflichten nach dem Völkerrecht	Article 2 International Rights and Obligations	Article 2 Droits et obligations internationaux
Artikel 3 Begriffsbestimmungen	Article 3 Definitions	Article 3 Définitions
Artikel 4 Zusammenarbeitende Stellen	Article 4 Cooperating Agencies	Article 4 Agences coopérantes
Artikel 5 Registrierung; Hoheitsgewalt und Kontrolle	Article 5 Registration; Jurisdiction and Control	Article 5 Immatriculation; juridiction et contrôle
Artikel 6 Eigentum an Elementen und Ausrüstungsgegenständen	Article 6 Ownership of Elements and Equipment	Article 6 Propriété des éléments et des équipements
Artikel 7 Management	Article 7 Management	Article 7 Gestion
Artikel 8 Detailentwurf und Entwicklung	Article 8 Detailed Design and Development	Article 8 Conception détaillée et développement
Artikel 9 Nutzung	Article 9 Utilization	Article 9 Utilisation
Artikel 10 Betrieb	Article 10 Operation	Article 10 Exploitation
Artikel 11 Mannschaft	Article 11 Crew	Article 11 Equipage
Artikel 12 Transport	Article 12 Transportation	Article 12 Transport
Artikel 13 Kommunikation	Article 13 Communications	Article 13 Télécommunications
Artikel 14 Weiterentwicklung	Article 14 Evolution	Article 14 Evolution
Artikel 15 Finanzierung	Article 15 Funding	Article 15 Financement
Artikel 16 Gegenseitiger Haftungsausschluß	Article 16 Cross-Waiver of Liability	Article 16 Renonciation mutuelle à recours en matière de responsabilité
Artikel 17 Haftungsübereinkommen	Article 17 Liability Convention	Article 17 Convention sur la responsabilité
Artikel 18 Zoll und Einreise	Article 18 Customs and Immigration	Article 18 Douanes et immigration
Artikel 19 Austausch von Daten und Gütern	Article 19 Exchange of Data and Goods	Article 19 Echange de données et de biens
Artikel 20 Behandlung von Daten und Gütern im Transit	Article 20 Treatment of Data and Goods in Transit	Article 20 Traitement des données et des biens en transit
Artikel 21 Geistiges Eigentum	Article 21 Intellectual Property	Article 21 Propriété intellectuelle
Artikel 22 Strafgerichtsbarkeit	Article 22 Criminal Jurisdiction	Article 22 Juridiction pénale
Artikel 23 Konsultationen	Article 23 Consultations	Article 23 Consultations
Artikel 24 Überprüfung der Zusammenarbeit bei der Raumstation	Article 24 Space Station Cooperation Review	Article 24 Examen de la coopération relative à la Station spatiale
Artikel 25 Inkrafttreten	Article 25 Entry into Force	Article 25 Entrée en vigueur
Artikel 26 Wirksamwerden zwischen bestimmten Vertragsparteien	Article 26 Operative Effect as between Certain Parties	Article 26 Effet exécutoire entre certaines parties
Artikel 27 Änderungen	Article 27 Amendments	Article 27 Modifications
Artikel 28 Rücktritt	Article 28 Withdrawal	Article 28 Retrait
Anlage Von den Partnern bereitzustellende Elemente der Raumstation	Annex Space Station Elements to be Provided by the Partners	Annexe Eléments de la Station spatiale à fournir par les Partenaires

Die Regierung Kanadas (im folgenden auch als „Kanada“ bezeichnet),

die Regierungen des Königreichs Belgien, des Königreichs Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Königreichs der Niederlande, des Königreichs Norwegen, des Königreichs Schweden, der Schweizerischen Eidgenossenschaft, des Königreichs Spanien und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, die Regierungen von Mitgliedstaaten der Europäischen Weltraumorganisation sind (im folgenden zusammen als „europäische Regierungen“ oder „europäischer Partner“ bezeichnet),

die Regierung Japans (im folgenden auch als „Japan“ bezeichnet),

die Regierung der Russischen Föderation (im folgenden auch als „Rußland“ bezeichnet) und

die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika (im folgenden als „Regierung der Vereinigten Staaten“ oder „Vereinigte Staaten“ bezeichnet) –

unter Hinweis darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten im Januar 1984 die Nationale Luft- und Raumfahrtorganisation (NASA) angewiesen hat, eine ständig bemannte Raumstation zu entwickeln und in eine Umlaufbahn zu bringen, und den Freunden und Verbündeten der Vereinigten Staaten angeboten hat, sich an der Entwicklung und Nutzung der Raumstation zu beteiligen und an dem daraus erwachsenden Nutzen teilzuhaben;

unter Hinweis darauf, daß der Premierminister von Kanada auf dem Gipfeltreffen mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten im März 1985 in Quebec dieses Angebot angenommen hat und daß beide Seiten auf dem Gipfeltreffen im März 1986 in Washington, D.C., ihr Interesse an einer Zusammenarbeit bekräftigt haben;

eingedenk der vom Rat der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) am 31. Januar 1985 und am 20. Oktober 1995 auf den Tagungen auf Ministerebene angenommenen einschlägigen Entschlüsse sowie unter Hinweis darauf, daß im Rahmen der ESA entsprechend dem in Artikel II ihres Gründungsübereinkommens festgelegten Zweck das Columbus-Programm und die europäische Beteiligung am Programm für die Entwicklung der internationalen Raumstation in Angriff genommen worden sind, um Elemente der zivilen internationalen Raumstation zu entwickeln;

eingedenk des von Japan während der Besuche des Administrators der NASA in Japan 1984 und 1985 bekundeten Interesses am Raumstationsprogramm und der Beteiligung Japans am Weltraumprogramm der Vereinigten Staaten mit dem „First Materials Processing Test“ (Erster Materialverarbeitungstest);

The Government of Canada (hereinafter also “Canada”),

The Governments of the Kingdom of Belgium, the Kingdom of Denmark, the French Republic, the Federal Republic of Germany, the Italian Republic, the Kingdom of the Netherlands, the Kingdom of Norway, the Kingdom of Spain, the Kingdom of Sweden, the Swiss Confederation, and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, being Governments of Member States of the European Space Agency (hereinafter collectively “the European Governments” or “the European Partner”),

The Government of Japan (hereinafter also “Japan”),

The Government of the Russian Federation (hereinafter also “Russia”), and

The Government of the United States of America (hereinafter “the Government of the United States” or “the United States”),

Recalling that in January 1984 the President of the United States directed the National Aeronautics and Space Administration (NASA) to develop and place into orbit a permanently manned Space Station and invited friends and allies of the United States to participate in its development and use and to share in the benefits thereof,

Recalling the acceptance of the aforementioned invitation by the Prime Minister of Canada at the March 1985 Quebec Summit meeting with the President of the United States and the mutual confirmation of interest on cooperation at the March 1986 Washington, D.C. Summit meeting,

Recalling the terms of the relevant Resolutions adopted on 31 January 1985 and 20 October 1995 by the European Space Agency (ESA) Council meeting at the ministerial level, and that, within the framework of ESA, and in accordance with its purpose as defined in Article II of the Convention establishing it, the Columbus programme and the European participation in the international Space Station development programme have been undertaken to develop and will develop elements of the civil international Space Station,

Recalling Japan's interest in the Space Station program manifested during the NASA Administrator's visits to Japan in 1984 and 1985 and Japan's participation in the U.S. space program through the First Materials Processing Test,

Le Gouvernement du Canada (ci-après également dénommé «le Canada»),

Les Gouvernements de la République fédérale d'Allemagne, du Royaume de Belgique, du Royaume de Danemark, du Royaume d'Espagne, de la République française, de la République italienne, du Royaume de Norvège, du Royaume des Pays-Bas, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, du Royaume de Suède et de la Confédération suisse, gouvernements d'Etats membres de l'Agence spatiale européenne (ci-après collectivement dénommés «les Gouvernements européens» ou «le Partenaire européen»),

Le Gouvernement du Japon (ci-après également dénommé «le Japon»),

Le Gouvernement de la Fédération de Russie (ci-après également dénommé «la Russie»), et

Le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique (ci-après dénommé «le Gouvernement des Etats-Unis» ou «les Etats-Unis»),

Rappelant qu'en janvier 1984, le Président des Etats-Unis a chargé l'Administration nationale de l'Aéronautique et de l'Espace (la NASA) de réaliser et de mettre sur orbite une Station spatiale habitée en permanence et a invité les amis et les alliés des Etats-Unis à participer à son développement et à son utilisation et à partager les bénéfices en découlant,

Rappelant que le Premier Ministre du Canada a accepté l'invitation susmentionnée lors de la réunion au sommet avec le Président des Etats-Unis tenue à Québec en mars 1985 et que les deux Gouvernements ont confirmé leur intérêt pour la coopération lors de la réunion au sommet de Washington, D.C., en mars 1986,

Rappelant les termes des Résolutions applicables adoptées le 31 janvier 1985 et le 20 octobre 1995 par le Conseil de l'Agence spatiale européenne (l'ASE) siégeant au niveau ministériel, et rappelant que le programme Columbus et le programme de développement relatif à la participation de l'Europe à la Station spatiale internationale ont été entrepris dans le cadre de l'ASE, en conformité avec sa mission définie à l'Article II de la Convention qui l'a créée, afin de développer des éléments de la Station spatiale internationale civile,

Rappelant l'intérêt que le Japon a manifesté pour le programme de Station spatiale lors des visites de l'Administrateur de la NASA au Japon en 1984 et en 1985 et la participation du Japon au programme spatial des Etats-Unis par le biais du Premier essai de traitement de matériaux,

eingedenk der Beteiligung der ESA und Kanadas am Raumtransportsystem der Vereinigten Staaten mit dem in Europa entwickelten ersten bemannten Weltraumlaboratorium Spacelab und dem von Kanada entwickelten Telemanipulatorsystem;

eingedenk der Partnerschaft, die durch das am 29. September 1988 in Washington beschlossene Übereinkommen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, Regierungen von Mitgliedstaaten der Europäischen Weltraumorganisation, der Regierung Japans und der Regierung Kanadas über Zusammenarbeit bei Detailentwurf, Entwicklung, Betrieb und Nutzung der ständig bemannten zivilen Raumstation (im folgenden als „Übereinkommen von 1988“ bezeichnet) sowie die zugehörigen Vereinbarungen zwischen der NASA und dem Staatsministerium für Wissenschaft und Technologie (MOSST) Kanadas, der NASA und der ESA sowie der NASA und der Regierung Japans geschaffen wurde;

in der Erkenntnis, daß das Übereinkommen von 1988 am 30. Januar 1992 im Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Japan in Kraft getreten ist;

im Hinblick darauf, daß die NASA, die ESA, die Regierung Japans und das MOSST Gemeinschaftsarbeiten ausgeführt haben, um die Partnerschaft beim Raumstationsprogramm nach dem Übereinkommen von 1988 und den zugehörigen Vereinbarungen zu verwirklichen, und in der Erkenntnis, daß die Kanadische Raumfahrtagentur (CSA) mit ihrer Gründung am 1. März 1989 die Verantwortung für die Durchführung des kanadischen Raumstationsprogramms vom MOSST übernommen hat;

überzeugt, daß angesichts der einzigartigen Erfahrung und Leistungen der Russischen Föderation in der bemannten Raumfahrt und bei Langzeitmissionen, einschließlich des erfolgreichen Langzeitbetriebs der russischen Raumstation Mir, ihre Beteiligung an der Partnerschaft die Leistungsfähigkeit der Raumstation zum Nutzen aller Partner erheblich verbessern wird;

eingedenk der von der Regierung Kanadas, den europäischen Regierungen, der Regierung Japans und der Regierung der Vereinigten Staaten am 6. Dezember 1993 an die Regierung der Russischen Föderation gerichteten Einladung, ein Partner bei Detailentwurf, Entwicklung, Betrieb und Nutzung der Raumstation im Rahmen der Raumstationsübereinkünfte zu werden, und der am 17. Dezember 1993 erfolgten positiven Antwort der Regierung der Russischen Föderation auf diese Einladung;

eingedenk der Abmachungen zwischen dem Vorsitzenden der Regierung der Russischen Föderation und dem Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten zur Förderung der Zusammenarbeit bei wichtigen Tätigkeiten in der bemannten Raumfahrt, ein-

Recalling ESA's and Canada's participation in the U.S. Space Transportation System through the European development of the first manned space laboratory, Spacelab, and the Canadian development of the Remote Manipulator System,

Recalling the partnership created by the Agreement Among the Government of the United States of America, Governments of Member States of the European Space Agency, the Government of Japan, and the Government of Canada on Cooperation in the Detailed Design, Development, Operation, and Utilization of the Permanently Manned Civil Space Station (hereinafter "the 1988 Agreement"), done at Washington on 29 September 1988 and related Memoranda of Understanding between NASA and the Ministry of State for Science and Technology (MOSST) of Canada, NASA and ESA, and NASA and the Government of Japan,

Recognizing that the 1988 Agreement entered into force on 30 January 1992 between the United States and Japan,

Recalling that NASA, ESA, the Government of Japan and MOSST have been implementing cooperative activities to realize the partnership in the Space Station program in accordance with the 1988 Agreement and the related Memoranda of Understanding, and recognizing that upon its establishment on 1 March 1989, the Canadian Space Agency (CSA) assumed responsibility for the execution of the Canadian Space Station Program from MOSST,

Convinced that, in view of the Russian Federation's unique experience and accomplishments in the area of human space flight and long-duration missions, including the successful long-term operation of the Russian Mir Space Station, its participation in the partnership will considerably enhance the capabilities of the Space Station to the benefit of all the Partners,

Recalling the invitation extended on 6 December 1993 by the Government of Canada, the European Governments, the Government of Japan, and the Government of the United States to the Government of the Russian Federation to become a Partner in the detailed design, development, operation and utilization of the Space Station within the framework established by the Space Station Agreements, and the positive response of the Government of the Russian Federation on 17 December 1993 to that invitation,

Recalling the arrangements between the Chairman of the Government of the Russian Federation and the Vice President of the United States to promote cooperation on important human spaceflight activities, including the Russian-U.S. Mir-Shuttle pro-

Rappelant la participation de l'ASE et du Canada au système de transport spatial des Etats-Unis par le biais de la réalisation par l'Europe du premier laboratoire spatial habité, Spacelab, et de la réalisation par le Canada du système télémanipulateur,

Rappelant le partenariat établi par l'Accord entre le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique, les Gouvernements d'Etats membres de l'Agence spatiale européenne, le Gouvernement du Japon et le Gouvernement du Canada relatif à la coopération en matière de conception détaillée, de développement, d'exploitation et d'utilisation de la Station spatiale civile habitée en permanence (ci-après dénommé «l'Accord de 1988»), conclu à Washington le 29 septembre 1988 et les Mémoires d'Accord correspondants entre la NASA et le Ministère d'Etat des Sciences et de la Technologie (le MEST) du Canada, la NASA et l'ASE, ainsi que la NASA et le Gouvernement du Japon,

Reconnaissant que l'Accord de 1988 est entré en vigueur le 30 janvier 1992 entre les Etats-Unis et le Japon,

Rappelant que la NASA, l'ASE, le Gouvernement du Japon et le MEST ont mis en oeuvre des activités de coopération visant à concrétiser le partenariat relatif au programme de Station spatiale, conformément à l'Accord de 1988 et aux Mémoires d'Accord correspondants, et reconnaissant qu'à sa création, le 1er mars 1989, l'Agence spatiale canadienne (l'ASC) a repris la responsabilité de l'exécution du programme canadien de Station spatiale précédemment assumée par le MEST,

Convaincus, au vu de l'expérience et des réalisations exceptionnelles de la Fédération de Russie dans les domaines du vol spatial habité et des missions habitées de longue durée, y compris l'exploitation à long terme, couronnée de succès, de la Station spatiale russe Mir, que sa participation au partenariat améliorera considérablement les capacités de la Station spatiale au bénéfice de tous les partenaires,

Rappelant que le Gouvernement du Canada, les Gouvernements européens, le Gouvernement du Japon et le Gouvernement des Etats-Unis ont invité, le 6 décembre 1993, le Gouvernement de la Fédération de Russie à s'associer en tant que Partenaire à la conception détaillée, au développement, à l'exploitation et à l'utilisation de la Station spatiale dans le cadre fixé par les Accords relatifs à cette dernière, et que le Gouvernement de la Fédération de Russie a répondu positivement à cette invitation le 17 décembre 1993,

Rappelant les arrangements entre le Président du Gouvernement de la Fédération de Russie et le Vice-Président des Etats-Unis en vue de promouvoir la coopération portant sur des activités importantes de vol spatial habité, y compris dans le cadre du

schließlich des russisch-amerikanischen Mir-/Raumtransporterprogramms, zur Vorbereitung des Baus der internationalen Raumstation;

eingedenk des Vertrags über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper (im folgenden als „Weltraumvertrag“ bezeichnet), der am 10. Oktober 1967 in Kraft getreten ist;

eingedenk des Übereinkommens über die Rettung und Rückführung von Raumfahrern sowie die Rückgabe von in den Weltraum gestarteten Gegenständen (im folgenden als „Rettungsübereinkommen“ bezeichnet), das am 3. Dezember 1968 in Kraft getreten ist;

eingedenk des Übereinkommens über die völkerrechtliche Haftung für Schäden durch Weltraumgegenstände (im folgenden als „Haftungsübereinkommen“ bezeichnet), das am 1. September 1972 in Kraft getreten ist;

eingedenk des Übereinkommens über die Registrierung von in den Weltraum gestarteten Gegenständen (im folgenden als „Registrierungsübereinkommen“ bezeichnet), das am 15. September 1976 in Kraft getreten ist;

überzeugt, daß die gemeinsame Arbeit an der zivilen internationalen Raumstation die Zusammenarbeit durch die Schaffung langfristiger und für alle Seiten nützlicher Beziehungen stärker ausweiten und die Zusammenarbeit bei der Erforschung und friedlichen Nutzung des Weltraums weiter fördern wird;

in der Erkenntnis, daß die NASA und die CSA, die NASA und die ESA, die NASA und die Regierung Japans sowie die NASA und die Russische Raumfahrtagentur (RKA) in Verbindung mit den Verhandlungen ihrer Regierungen über dieses Übereinkommen Vereinbarungen (im folgenden als „Vereinbarungen“ bezeichnet) vorbereitet haben und daß die Vereinbarungen Einzelbestimmungen zur Durchführung des Übereinkommens enthalten;

in der Erkenntnis aufgrund der obigen Erwägungen, daß es wünschenswert ist, zwischen der Regierung Kanadas, den europäischen Regierungen, der Regierung Japans, der Regierung der Russischen Föderation und der Regierung der Vereinigten Staaten einen Rahmen für Entwurf, Entwicklung, Betrieb und Nutzung der Raumstation festzulegen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Zweck und Geltungsbereich

(1) Zweck dieses Übereinkommens ist es, auf der Grundlage echter Partnerschaft den Rahmen für eine langfristige internatio-

gram, to prepare for building the International Space Station,

Recalling the Treaty on Principles Governing the Activities of States in the Exploration and Use of Outer Space, including the Moon and Other Celestial Bodies (hereinafter "the Outer Space Treaty"), which entered into force on 10 October 1967,

Recalling the Agreement on the Rescue of Astronauts, the Return of Astronauts, and the Return of Objects Launched into Outer Space (hereinafter "the Rescue Agreement"), which entered into force on 3 December 1968,

Recalling the Convention on International Liability for Damage Caused by Space Objects (hereinafter "the Liability Convention"), which entered into force on 1 September 1972,

Recalling the Convention on Registration of Objects Launched into Outer Space (hereinafter "the Registration Convention"), which entered into force on 15 September 1976,

Convinced that working together on the civil international Space Station will further expand cooperation through the establishment of a long-term and mutually beneficial relationship, and will further promote cooperation in the exploration and peaceful use of outer space,

Recognizing that NASA and CSA, NASA and ESA, NASA and the Government of Japan, and NASA and the Russian Space Agency (RSA) have prepared Memoranda of Understanding (hereinafter "the MOUs") in conjunction with their Governments' negotiation of this Agreement, and that the MOUs provide detailed provisions in implementation of this Agreement,

Recognizing, in light of the foregoing, that it is desirable to establish among the Government of Canada, the European Governments, the Government of Japan, the Government of the Russian Federation, and the Government of the United States a framework for the design, development, operation, and utilization of the Space Station,

Have agreed as follows:

Article 1

Object and Scope

1. The object of this Agreement is to establish a long-term international cooperative framework among the Partners, on

programme américano-russe Navette-Mir, afin de préparer la construction de la Station spatiale internationale,

Rappelant le Traité sur les principes régissant les activités des Etats en matière d'exploration et d'utilisation de l'espace extra-atmosphérique, y compris la Lune et les autres corps célestes (ci-après dénommé «le Traité sur l'espace extra-atmosphérique»), entré en vigueur le 10 octobre 1967,

Rappelant l'Accord sur le sauvetage des astronautes, le retour des astronautes et la restitution des objets lancés dans l'espace extra-atmosphérique (ci-après dénommé «l'Accord sur le sauvetage»), entré en vigueur le 3 décembre 1968,

Rappelant la Convention sur la responsabilité internationale pour les dommages causés par des objets spatiaux (ci-après dénommée «la Convention sur la responsabilité»), entrée en vigueur le 1er septembre 1972,

Rappelant la Convention sur l'immatriculation des objets lancés dans l'espace extra-atmosphérique (ci-après dénommée «la Convention sur l'immatriculation»), entrée en vigueur le 15 septembre 1976,

Convaincus que la collaboration à la Station spatiale internationale civile élargira la coopération en établissant des relations à long terme mutuellement avantageuses et la développera dans le domaine de l'exploration et de l'utilisation pacifique de l'espace extra-atmosphérique,

Reconnaissant que la NASA et l'ASC, la NASA et l'ASE, la NASA et le Gouvernement du Japon, et la NASA et l'Agence spatiale de Russie (la RKA) ont élaboré des Mémoires d'Accord en liaison avec la négociation du présent Accord par leurs gouvernements, et que ces Mémoires d'Accord définissent en détail les modalités d'application du présent Accord,

Reconnaissant, à la lumière de ce qui précède, qu'il est souhaitable d'établir entre le Gouvernement du Canada, les Gouvernements européens, le Gouvernement du Japon, le Gouvernement de la Fédération de Russie et le Gouvernement des Etats-Unis un cadre pour la conception, le développement, l'exploitation et l'utilisation de la Station spatiale,

Sont convenus de ce qui suit:

Article premier

Objet et portée

1. Le présent Accord a pour objet d'établir, sur la base d'une véritable association, un cadre de coopération internationale à

nale Zusammenarbeit der Partner bei Detailentwurf, Entwicklung, Betrieb und Nutzung einer ständig bemannten zivilen internationalen Raumstation für friedliche Zwecke in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht festzulegen. Diese zivile internationale Raumstation wird die Nutzung des Weltraums für Wissenschaft, Technik und Handel verstärken. Dieses Übereinkommen legt im einzelnen das Programm für die zivile internationale Raumstation dar und beschreibt, was unter dieser Partnerschaft zu verstehen ist, einschließlich der Rechte und Pflichten der Partner bei dieser Zusammenarbeit. Dieses Übereinkommen sieht ferner die Regelungen und Verfahren vor, die sicherstellen sollen, daß sein Zweck erfüllt wird.

(2) Unter der Führungsrolle der Vereinigten Staaten für das Gesamtmanagement und die Gesamtkoordination vereinen die Partner ihre Anstrengungen, um eine integrierte internationale Raumstation zu schaffen. Die Vereinigten Staaten und Rußland werden unter Nutzung ihrer weitreichenden Erfahrung in der bemannten Raumfahrt Elemente herstellen, die als Fundament für die internationale Raumstation dienen. Der europäische Partner und Japan werden Elemente herstellen, welche die Leistungsfähigkeit der Raumstation erheblich verbessern werden. Kanadas Beitrag wird ein wesentlicher Bestandteil der Raumstation sein. Dieses Übereinkommen führt in der Anlage die von den Partnern zur Schaffung der internationalen Raumstation bereitzustellenden Elemente auf.

(3) Die ständig bemannte zivile internationale Raumstation (im folgenden als „Raumstation“ bezeichnet) wird eine vielseitig einsetzbare Einrichtung in einer niedrigen Erdumlaufbahn sein und von allen Partnern bereitgestellte Flugelemente und raumstationsspezifische Bodenelemente umfassen. Durch die Bereitstellung von Flugelementen für die Raumstation erwirbt jeder Partner gewisse Rechte zur Nutzung der Raumstation und beteiligt sich im Einklang mit diesem Übereinkommen, den Vereinbarungen und den Durchführungsregelungen an ihrem Management.

(4) Die Raumstation ist auf Weiterentwicklung hin ausgelegt. Die Rechte und Pflichten der Partnerstaaten in bezug auf die Weiterentwicklung werden nach Artikel 14 besonders geregelt.

Artikel 2

Rechte und Pflichten nach dem Völkerrecht

(1) Die Raumstation wird in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht einschließlich des Weltraumvertrags, des Rettungsübereinkommens, des Haftungsübereinkommens und des Registrierungsübereinkommens entwickelt, betrieben und genutzt.

the basis of genuine partnership, for the detailed design, development, operation, and utilization of a permanently inhabited civil international Space Station for peaceful purposes, in accordance with international law. This civil international Space Station will enhance the scientific, technological, and commercial use of outer space. This Agreement specifically defines the civil international Space Station program and the nature of this partnership, including the respective rights and obligations of the Partners in this cooperation. This Agreement further provides for mechanisms and arrangements designed to ensure that its object is fulfilled.

2. The Partners will join their efforts, under the lead role of the United States for overall management and coordination, to create an integrated international Space Station. The United States and Russia, drawing on their extensive experience in human space flight, will produce elements which serve as the foundation for the international Space Station. The European Partner and Japan will produce elements that will significantly enhance the Space Station's capabilities. Canada's contribution will be an essential part of the Space Station. This Agreement lists in the Annex the elements to be provided by the Partners to form the international Space Station.

3. The permanently inhabited civil international Space Station (hereinafter "the Space Station") will be a multi-use facility in low-earth orbit, with flight elements and Space Station-unique ground elements provided by all the Partners. By providing Space Station flight elements, each Partner acquires certain rights to use the Space Station and participates in its management in accordance with this Agreement, the MOUs, and implementing arrangements.

4. The Space Station is conceived as having an evolutionary character. The Partner States' rights and obligations regarding evolution shall be subject to specific provisions in accordance with Article 14.

Article 2

International Rights and Obligations

1. The Space Station shall be developed, operated, and utilized in accordance with international law, including the Outer Space Treaty, the Rescue Agreement, the Liability Convention, and the Registration Convention.

long terme entre les Partenaires, en vue de la conception détaillée, du développement, de l'exploitation et de l'utilisation d'une Station spatiale internationale civile habitée en permanence, à des fins pacifiques, conformément au droit international. Cette Station spatiale internationale civile intensifiera l'utilisation scientifique, technologique et commerciale de l'espace extra-atmosphérique. Le présent Accord définit spécifiquement le programme relatif à la Station spatiale internationale civile et la nature de cette association, y compris les droits et obligations respectifs des Partenaires dans le cadre de cette coopération. L'Accord prévoit en outre des mécanismes et arrangements conçus pour faire en sorte que son objet soit rempli.

2. Les Partenaires uniront leurs efforts, les Etats-Unis ayant le rôle de chef de file en ce qui concerne la gestion et la coordination d'ensemble, en vue de créer une Station spatiale internationale intégrée. Les Etats-Unis et la Russie, tirant parti de leur grande expérience des vols spatiaux habités, produiront des éléments qui serviront de fondation à la Station spatiale internationale. Le Partenaire européen et le Japon produiront des éléments qui accroîtront sensiblement les capacités de la Station spatiale. La contribution du Canada sera un élément essentiel de la Station spatiale. Le présent Accord énumère en Annexe les éléments à fournir par les Partenaires pour constituer la Station spatiale internationale.

3. La Station spatiale internationale civile habitée en permanence (ci-après dénommée «la Station spatiale») sera une installation polyvalente placée sur orbite terrestre basse, composée d'éléments de vol et d'éléments au sol spécifiques de la Station spatiale fournis par tous les Partenaires. En fournissant des éléments de vol de la Station spatiale, chaque Partenaire acquiert certains droits d'utiliser la Station spatiale et participe à sa gestion conformément aux dispositions du présent Accord, des Mémoires d'Accord et des arrangements d'exécution.

4. La Station spatiale est de conception évolutive. Les droits et obligations des Etats partenaires concernant son évolution sont soumis à des dispositions spécifiques conformément à l'article 14.

Article 2

Droits et obligations Internationaux

1. La Station spatiale est développée, exploitée et utilisée conformément au droit international, y compris le Traité sur l'espace extra-atmosphérique, l'Accord sur le sauvetage, la Convention sur la responsabilité et la Convention sur l'immatriculation.

(2) Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen,

- a) als ändere es die sich aus den in Absatz 1 aufgeführten Übereinkünften ergebenden Rechte und Pflichten der Partnerstaaten untereinander und gegenüber anderen Staaten, sofern Artikel 16 nichts anderes bestimmt;
- b) als berühre es die Rechte und Pflichten der Partnerstaaten, wenn diese bei nicht mit der Raumstation zusammenhängenden Tätigkeiten den Weltraum einzeln oder in Zusammenarbeit mit anderen Staaten erforschen oder nutzen;
- c) als begründe es einen Anspruch auf nationale Aneignung des Weltraums oder eines Teils des Weltraums.

Artikel 3

Begriffsbestimmungen

In diesem Übereinkommen gelten die folgenden Begriffsbestimmungen:

- a) „dieses Übereinkommen“
bezeichnet das vorliegende Übereinkommen einschließlich der Anlage;
- b) „die Partner“ (oder gegebenenfalls „jeder Partner“)
bezeichnet die Regierung Kanadas, die in der Präambel aufgeführten europäischen Regierungen, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens werden, sowie jede andere europäische Regierung, die diesem Übereinkommen nach Artikel 25 Absatz 3 beitrifft, wobei diese europäischen Regierungen gemeinsam als ein Partner handeln, die Regierung Japans, die Regierung der Russischen Föderation und die Regierung der Vereinigten Staaten;
- c) „Partnerstaat“
bezeichnet jede Vertragspartei, für die dieses Übereinkommen nach Artikel 25 in Kraft getreten ist.

Artikel 4

Zusammenarbeitende Stellen

(1) Die Partner kommen überein, daß die Kanadische Raumfahrtagentur (im folgenden als „CSA“ bezeichnet) für die Regierung Kanadas, die Europäische Weltraumorganisation (im folgenden als „ESA“ bezeichnet) für die europäischen Regierungen, die Russische Raumfahrtagentur (im folgenden als „RKA“ bezeichnet) für Rußland und die Nationale Luft- und Raumfahrtorganisation (im folgenden als „NASA“ bezeichnet) für die Vereinigten Staaten die für die Durchführung der Zusammenarbeit bei der Raumstation verantwortlichen zusammenarbeitenden Stellen sind. Die Regierung Japans benennt für die Durchführung der Zusammenarbeit bei der Raumstation ihre zusammenarbeitende Stelle in der in Absatz 2 bezeichneten Vereinbarung zwischen der NASA und der Regierung Japans.

2. Nothing in this Agreement shall be interpreted as:

- (a) modifying the rights and obligations of the Partner States found in the treaties listed in paragraph 1 above, either toward each other or toward other States, except as otherwise provided in Article 16;
- (b) affecting the rights and obligations of the Partner States when exploring or using outer space, whether individually or in cooperation with other States, in activities unrelated to the Space Station; or
- (c) constituting a basis for asserting a claim to national appropriation over outer space or over any portion of outer space.

Article 3

Definitions

For the purposes of this Agreement, the following definitions shall apply:

- (a) "this Agreement":
the present Agreement, including the Annex;
- (b) "the Partners" (or, where appropriate, "each Partner"):
the Government of Canada; the European Governments listed in the Preamble which become parties to this Agreement, as well as any other European Government that may accede to this Agreement in accordance with Article 25(3), acting collectively as one Partner; the Government of Japan; the Government of the Russian Federation; and the Government of the United States;
- (c) "Partner State":
each Contracting Party for which this Agreement has entered into force, in accordance with Article 25.

Article 4

Cooperating Agencies

1. The Partners agree that the Canadian Space Agency (hereinafter "CSA") for the Government of Canada, the European Space Agency (hereinafter "ESA") for the European Governments, the Russian Space Agency (hereinafter "RSA") for Russia, and the National Aeronautics and Space Administration (hereinafter "NASA") for the United States shall be the Cooperating Agencies responsible for implementing Space Station cooperation. The Government of Japan's Cooperating Agency designation for implementing Space Station cooperation shall be made in the Memorandum of Understanding between NASA and the Government of Japan referred to in paragraph 2 below.

2. Aucune disposition du présent Accord ne peut être interprétée comme:

- (a) modifiant les droits et obligations des Etats partenaires entre eux ou à l'égard d'autres Etats tels qu'ils sont fixés dans les Traités énumérés au paragraphe 1 ci-dessus, sauf dans la mesure où l'article 16 en dispose autrement;
- (b) affectant les droits et obligations des Etats partenaires lorsqu'ils explorent ou utilisent l'espace extra-atmosphérique, soit individuellement soit en coopération avec d'autres Etats, dans le cadre d'activités sans rapport avec la Station spatiale; ou
- (c) constituant la base d'une revendication d'appropriation nationale de l'espace extra-atmosphérique ou d'une partie quelconque de cet espace.

Article 3

Définitions

Aux fins du présent Accord:

- (a) l'expression «le présent Accord» désigne le présent Accord, y compris son Annexe;
- (b) l'expression «les Partenaires» (ou, le cas échéant, «chaque Partenaire») désigne le Gouvernement du Canada; les Gouvernements européens énumérés dans le préambule qui deviennent parties au présent Accord ainsi que tout autre Gouvernement européen pouvant adhérer au présent Accord conformément aux dispositions de l'article 25.3, agissant collectivement en qualité de Partenaire unique; le Gouvernement du Japon; le Gouvernement de la Fédération de Russie; et le Gouvernement des Etats-Unis;
- (c) l'expression «Etat partenaire» désigne chaque Partie contractante pour laquelle le présent Accord est entré en vigueur, conformément aux dispositions de l'article 25.

Article 4

Agences coopérantes

1. Les Partenaires conviennent que l'Agence spatiale canadienne (ci-après dénommée «l'ASC») pour le Gouvernement du Canada, l'Agence spatiale européenne (ci-après dénommée «l'ASE») pour les Gouvernements européens, l'Agence spatiale de Russie (ci-après dénommée «la RKA») pour la Russie, et l'Administration nationale de l'Aéronautique et de l'Espace (ci-après dénommée «la NASA») pour les Etats-Unis sont les Agences coopérantes responsables de la mise en oeuvre de la coopération relative à la Station spatiale. La désignation de l'Agence coopérante du Gouvernement du Japon aux fins de la mise en oeuvre de la coopération relative à la Station spatiale est faite dans le Mémoire d'Accord entre la NASA et le Gouvernement du Japon mentionné au paragraphe 2 ci-dessous.

(2) Die zusammenarbeitenden Stellen führen die Zusammenarbeit bei der Raumstation nach den einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens, den Vereinbarungen zwischen der NASA und der CSA, der NASA und der ESA, der NASA und der Regierung Japans und der NASA und der RKA über Zusammenarbeit bei der zivilen internationalen Raumstation (Vereinbarungen) und nach den der Durchführung der Vereinbarungen dienenden Regelungen (Durchführungsregelungen) zwischen der NASA und den anderen zusammenarbeitenden Stellen durch. Die Vereinbarungen unterliegen diesem Übereinkommen; die Durchführungsregelungen entsprechen und unterliegen den Vereinbarungen.

(3) Legt eine Bestimmung einer Vereinbarung Rechte oder Pflichten fest, die von einer zusammenarbeitenden Stelle (oder im Fall Japans der Regierung Japans) angenommen wurden, die nicht Vertragspartei der betreffenden Vereinbarung ist, so darf die Bestimmung nur mit schriftlicher Zustimmung dieser zusammenarbeitenden Stelle (oder im Fall Japans der Regierung Japans) geändert werden.

Artikel 5

Registrierung; Hoheitsgewalt und Kontrolle

(1) Jeder Partner registriert im Einklang mit Artikel II des Registrierungsübereinkommens die von ihm bereitgestellten in der Anlage aufgeführten Flugelemente als Weltraumgegenstände; der europäische Partner hat damit die ESA beauftragt, die in seinem Namen und in seinem Auftrag handelt.

(2) Jeder Partner behält nach Artikel VIII des Weltraumvertrags und Artikel II des Registrierungsübereinkommens die Hoheitsgewalt und Kontrolle über die von ihm nach Absatz 1 dieses Artikels registrierten Elemente und über Mitglieder des Personals in oder an der Raumstation, die seine Staatsangehörigkeit besitzen. Die Ausübung dieser Hoheitsgewalt und Kontrolle unterliegt den einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens, der Vereinbarungen und der Durchführungsregelungen, einschließlich der darin festgelegten einschlägigen Verfahrensregelungen.

Artikel 6

Eigentum an Elementen und Ausrüstungsgegenständen

(1) Kanada, der europäische Partner, Rußland und die Vereinigten Staaten über ihre zusammenarbeitenden Stellen und ein von Japan im Zeitpunkt der Hinterlegung seiner Urkunde nach Artikel 25 Absatz 2 benannter Rechtsträger sind – vorbehaltlich anderer Bestimmungen in diesem Übereinkommen – Eigentümer der von ihnen bereitgestellten in der Anlage aufgeführten Elemente. Die Partner unterrichten

2. The Cooperating Agencies shall implement Space Station cooperation in accordance with the relevant provisions of this Agreement, the respective Memoranda of Understanding (MOUs) between NASA and CSA, NASA and ESA, NASA and the Government of Japan, and NASA and RSA concerning cooperation on the civil international Space Station, and arrangements between or among NASA and the other Cooperating Agencies implementing the MOUs (implementing arrangements). The MOUs shall be subject to this Agreement, and the implementing arrangements shall be consistent with and subject to the MOUs.

3. Where a provision of an MOU sets forth rights or obligations accepted by a Cooperating Agency (or, in the case of Japan, the Government of Japan) not a party to that MOU, such provision may not be amended without the written consent of that Cooperating Agency (or, in the case of Japan, the Government of Japan).

Article 5

Registration; Jurisdiction and Control

1. In accordance with Article II of the Registration Convention, each Partner shall register as space objects the flight elements listed in the Annex which it provides, the European Partner having delegated this responsibility to ESA, acting in its name and on its behalf.

2. Pursuant to Article VIII of the Outer Space Treaty and Article II of the Registration Convention, each Partner shall retain jurisdiction and control over the elements it registers in accordance with paragraph 1 above and over personnel in or on the Space Station who are its nationals. The exercise of such jurisdiction and control shall be subject to any relevant provisions of this Agreement, the MOUs, and implementing arrangements, including relevant procedural mechanisms established therein.

Article 6

Ownership of Elements and Equipment

1. Canada, the European Partner, Russia, and the United States, through their respective Cooperating Agencies, and an entity designated by Japan at the time of the deposit of its instrument under Article 25(2), shall own the elements listed in the Annex that they respectively provide, except as otherwise provided for in this Agreement. The Partners, acting through their Cooperating Agencies, shall notify

2. Les Agences coopérantes mettent en oeuvre la coopération relative à la Station spatiale conformément aux dispositions applicables du présent Accord, aux Mémoires d'Accord respectifs signés entre la NASA et l'ASC, la NASA et l'ASE, la NASA et le Gouvernement du Japon, ainsi qu'entre la NASA et la RKA sur la coopération relative à la Station spatiale internationale civile (les Mémoires d'Accord) et aux arrangements conclus entre la NASA et les autres Agences coopérantes pour l'application des Mémoires d'Accord (les arrangements d'exécution). Les Mémoires d'Accord sont subordonnés au présent Accord et les arrangements d'exécution sont compatibles avec les Mémoires d'Accord et subordonnés à ceux-ci.

3. Lorsqu'une disposition d'un Mémoire d'Accord énonce des droits ou obligations acceptés par une Agence coopérante (ou, dans le cas du Japon, par le Gouvernement du Japon) qui n'est pas partie à ce Mémoire d'Accord, cette disposition ne peut pas être modifiée sans le consentement écrit de cette Agence coopérante (ou, dans le cas du Japon, du Gouvernement du Japon).

Article 5

Immatriculation; jurisdiction et contrôle

1. Conformément à l'article II de la Convention sur l'immatriculation, chaque Partenaire immatricule comme objets spatiaux les éléments de vol qu'il fournit énumérés à l'Annexe, le Partenaire européen ayant délégué cette responsabilité à l'ASE, agissant au nom et pour le compte dudit Partenaire.

2. Conformément à l'article VIII du Traité sur l'espace extra-atmosphérique et à l'article II de la Convention sur l'immatriculation, chaque Partenaire conserve sous sa juridiction et sous son contrôle les éléments qu'il immatricule conformément au paragraphe 1 ci-dessus, et les personnels dans ou sur la Station spatiale qui sont ses ressortissants. L'exercice de cette juridiction et de ce contrôle est subordonné à toute disposition applicable du présent Accord, des Mémoires d'Accord et des arrangements d'exécution, y compris les mécanismes de procédure appropriés qui y sont fixés.

Article 6

Propriété des éléments et des équipements

1. Le Canada, le Partenaire européen, la Russie et les Etats-Unis, par l'intermédiaire de leurs Agences coopérantes respectives, et une entité que le Japon désignera au moment où il déposera un instrument au titre de l'article 25.2, sont propriétaires des éléments énumérés à l'Annexe qu'ils ont respectivement fournis, sauf dispositions contraires du présent Accord. Les Partenaires, agissant par l'intermédiaire de leurs

einander über ihre zusammenarbeitenden Stellen über das Eigentum an Ausrüstungsgegenständen in oder an der Raumstation.

(2) Der europäische Partner überträgt der ESA, die in seinem Namen und in seinem Auftrag handelt, das Eigentum an den von ihm bereitgestellten Elementen sowie an den im Rahmen eines Programms der ESA als Beitrag zur Raumstation und zu deren Betrieb und Nutzung entwickelten und finanzierten Ausrüstungsgegenständen.

(3) Die Übertragung des Eigentums an den in der Anlage aufgeführten Elementen oder an Ausrüstungsgegenständen in oder an der Raumstation berührt nicht die Rechte und Pflichten der Partner nach diesem Übereinkommen, den Vereinbarungen oder den Durchführungsregelungen.

(4) Ausrüstungsgegenstände in oder an der Raumstation dürfen nur mit vorheriger Zustimmung der Partner Eigentum von Nichtpartnern oder ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden privaten Rechtsträgern sein; desgleichen darf diesen das Eigentum an in der Anlage aufgeführten Elementen nur mit vorheriger Zustimmung der anderen Partner übertragen werden. Die Übertragung des Eigentums an in der Anlage aufgeführten Elementen bedarf der vorherigen Unterrichtung der anderen Partner.

(5) Das Eigentum an Ausrüstungsgegenständen oder Material, die ein Nutzer bereitstellt, wird durch die bloße Gegenwart dieser Gegenstände oder dieses Materials in oder an der Raumstation nicht berührt.

(6) Aus dem Eigentum an Elementen oder ihrer Registrierung und aus dem Eigentum an Ausrüstungsgegenständen kann kein Eigentum an Material oder Daten hergeleitet werden, die aus in oder an der Raumstation ausgeführten Arbeiten stammen.

(7) Die Ausübung des Eigentums an Elementen und Ausrüstungsgegenständen unterliegt den einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens, der Vereinbarungen und der Durchführungsregelungen, einschließlich der darin festgelegten einschlägigen Verfahrensregelungen.

Artikel 7 Management

(1) Das Management der Raumstation wird auf multilateraler Grundlage organisiert, und die Partner beteiligen sich über ihre zusammenarbeitenden Stellen, wie nachstehend vorgesehen, an den im Einklang mit den Vereinbarungen und Durchführungsregelungen errichteten Managementgremien und nehmen darin Aufgaben wahr. Diese Managementgremien planen und koordinieren im Einklang mit diesem Übereinkommen und den Vereinbarungen die Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Entwurf und der Entwicklung der Raumstation sowie ihrem sicheren, wirtschaftlichen und wirksamen Betrieb und ihrer sicheren, wirtschaftlichen und wirksamen Nutzung. In diesen Managementgremien

each other regarding the ownership of any equipment in or on the Space Station.

2. The European Partner shall entrust ESA, acting in its name and on its behalf, with ownership over the elements it provides, as well as over any other equipment developed and funded under an ESA programme as a contribution to the Space Station, its operation or utilization.

3. The transfer of ownership of the elements listed in the Annex or of equipment in or on the Space Station shall not affect the rights and obligations of the Partners under this Agreement, the MOUs, or implementing arrangements.

4. Equipment in or on the Space Station shall not be owned by, and ownership of elements listed in the Annex shall not be transferred to, any non-Partner or private entity under the jurisdiction of a non-Partner without the prior concurrence of the other Partners. Any transfer of ownership of any element listed in the Annex shall require prior notification of the other Partners.

5. The ownership of equipment or material provided by a user shall not be affected by the mere presence of such equipment or material in or on the Space Station.

6. The ownership or registration of elements or the ownership of equipment shall in no way be deemed to be an indication of ownership of material or data resulting from the conduct of activities in or on the Space Station.

7. The exercise of ownership of elements and equipment shall be subject to any relevant provisions of this Agreement, the MOUs, and implementing arrangements, including relevant procedural mechanisms established therein.

Article 7 Management

1. Management of the Space Station will be established on a multilateral basis and the Partners, acting through their Cooperating Agencies, will participate and discharge responsibilities in management bodies established in accordance with the MOUs and implementing arrangements as provided below. These management bodies shall plan and coordinate activities affecting the design and development of the Space Station and its safe, efficient, and effective operation and utilization, as provided in this Agreement and the MOUs. In these management bodies, decision-making by consensus shall be the goal. Mechanisms for decision-making within these management bodies where it is not

Agences coopérantes, se notifient mutuellement les informations concernant la propriété de tout équipement installé dans ou sur la Station spatiale.

2. Le Partenaire européen confère à l'ASE, agissant en son nom et pour son compte, la propriété des éléments qu'il fournit ainsi que de tout autre équipement élaboré et financé dans le cadre d'un programme de l'ASE à titre de contribution à la Station spatiale, à son exploitation ou à son utilisation.

3. Le transfert de propriété des éléments énumérés à l'Annexe ou d'équipements installés dans ou sur la Station spatiale n'affecte en rien les droits et obligations des Partenaires au titre du présent Accord, des Mémoires d'Accord ou des arrangements d'exécution.

4. Un non-Partenaire ou une entité privée placée sous sa juridiction ne peut être propriétaire d'équipements installés dans ou sur la Station spatiale et la propriété des éléments énumérés à l'Annexe ne peut lui être transférée sans l'assentiment préalable des autres Partenaires. Tout transfert de propriété de l'un quelconque des éléments énumérés à l'Annexe doit être préalablement notifié aux autres Partenaires.

5. La présence dans ou sur la Station spatiale d'équipements ou de matériels fournis par un utilisateur n'affecte pas en soi les droits de propriété y afférents.

6. La propriété ou l'immatriculation d'éléments ou la propriété d'équipements n'est en aucun cas considérée comme constituant une indication de la propriété du matériel ou des données qui résulteront d'activités conduites dans ou sur la Station spatiale.

7. L'exercice du droit de propriété afférent aux éléments et équipements est subordonné à toute disposition applicable du présent Accord, des Mémoires d'Accord et des arrangements d'exécution, y compris les mécanismes de procédure appropriés qui y sont fixés.

Article 7 Gestion

1. La gestion de la Station spatiale sera organisée sur une base multilatérale et les Partenaires, agissant par l'intermédiaire de leurs Agences coopérantes, participeront à des organes de gestion et s'acquitteront de leurs responsabilités au sein de ces organes de gestion, mis sur pied conformément aux dispositions des Mémoires d'Accord et des arrangements d'exécution, comme il est prévu ci-après. Ces organes de gestion planifient et coordonnent les activités touchant à la conception et au développement de la Station spatiale, à son exploitation et à son utilisation sûres et efficaces, comme prévu dans le présent Accord et dans les Mémoires d'Accord. Ces organes de gestion

werden Entscheidungen durch Konsens angestrebt. Regelungen für die Beschlußfassung in den Managementgremien in denjenigen Fällen, in denen die zusammenarbeitenden Stellen keinen Konsens erzielen können, sind in den Vereinbarungen festgelegt. Entscheidungsbefugnisse der Partner und ihrer zusammenarbeitenden Stellen in bezug auf die von ihnen bereitgestellten Elemente sind in diesem Übereinkommen und den Vereinbarungen festgelegt.

(2) Die Vereinigten Staaten sind über die NASA und im Einklang mit den Vereinbarungen und Durchführungsregelungen für das Management ihres eigenen Programms einschließlich ihrer Nutzungstätigkeiten verantwortlich. Die Vereinigten Staaten sind über die NASA und im Einklang mit den Vereinbarungen und Durchführungsregelungen auch für folgendes verantwortlich: das Gesamtmanagement und die Gesamtkoordination des Raumstationsprogramms – sofern dieser Artikel und die Vereinbarungen nichts anderes bestimmen –, die Gesamtsystemtechnik und -integration, die Aufstellung von Gesamtsicherheitsanforderungen und -plänen sowie die Gesamtplanung und -koordination der Durchführung des gesamten integrierten Betriebs der Raumstation.

(3) Kanada, der europäische Partner, Japan und Rußland sind über ihre zusammenarbeitenden Stellen und im Einklang mit den Vereinbarungen und Durchführungsregelungen für folgendes verantwortlich: das Management ihrer eigenen Programme einschließlich ihrer Nutzungstätigkeiten, die Systemtechnik und -integration der von ihnen bereitgestellten Elemente, die Aufstellung und Anwendung detaillierter Sicherheitsanforderungen und -pläne für die von ihnen bereitgestellten Elemente sowie entsprechend Absatz 2 für die Unterstützung der Vereinigten Staaten bei der Wahrnehmung ihrer Gesamtaufgaben, einschließlich der Teilnahme an der Planung und Koordinierung der Durchführung des integrierten Betriebs der Raumstation.

(4) In Fragen des Entwurfs und der Entwicklung, die nur ein von Kanada, dem europäischen Partner, Japan oder Rußland bereitgestelltes Element der Raumstation betreffen und nicht von der in den Vereinbarungen vorgesehenen vereinbarten Programmdokumentation erfaßt sind, kann der betreffende Partner über seine zusammenarbeitende Stelle in bezug auf dieses Element entscheiden.

possible for the Cooperating Agencies to reach consensus are specified in the MOUs. Decision-making responsibilities which the Partners and their Cooperating Agencies have with respect to the elements they provide are specified in this Agreement and the MOUs.

2. The United States, acting through NASA, and in accordance with the MOUs and implementing arrangements, shall be responsible for management of its own program, including its utilization activities. The United States, acting through NASA, and in accordance with the MOUs and implementing arrangements, shall also be responsible for: overall program management and coordination of the Space Station, except as otherwise provided in this Article and in the MOUs; overall system engineering and integration; establishment of overall safety requirements and plans; and overall planning for and coordination of the execution of the overall integrated operation of the Space Station.

3. Canada, the European Partner, Japan and Russia, acting through their Cooperating Agencies, and in accordance with the MOUs and implementing arrangements, shall each be responsible for: management of their own programs, including their utilization activities; system engineering and integration of the elements they provide; development and implementation of detailed safety requirements and plans for the elements they provide; and, consistent with paragraph 2 above, supporting the United States in the performance of its overall responsibilities, including participating in planning for and coordination of the execution of the integrated operation of the Space Station.

4. To the extent that a design and development matter concerns only a Space Station element provided by Canada, the European Partner, Japan, or Russia and is not covered in the agreed program documentation provided for in the MOUs, that Partner, acting through its Cooperating Agency, may make decisions related to that element.

ont pour objectif la prise de décision par consensus. Les Mémoires d'Accord spécifient les mécanismes de prise de décision au sein de ces organes de gestion lorsque les Agences coopérantes ne peuvent parvenir à un consensus. Le présent Accord et les Mémoires d'Accord précisent les responsabilités des Partenaires et de leurs Agences coopérantes en matière de prise de décision sur les éléments qu'ils fournissent.

2. Les Etats-Unis, agissant par l'intermédiaire de la NASA et conformément aux dispositions des Mémoires d'Accord et des arrangements d'exécution, sont responsables de la gestion de leur propre programme, y compris leurs activités d'utilisation. Les Etats-Unis, agissant par l'intermédiaire de la NASA et conformément aux dispositions des Mémoires d'Accord et des arrangements d'exécution, sont également responsables: de la gestion et de la coordination d'ensemble du programme de Station spatiale, sauf dans la mesure où le présent article et les Mémoires d'Accord en disposent autrement; de l'ingénierie et de l'intégration d'ensemble du système; des impératifs et plans d'ensemble en matière de sécurité, ainsi que de la planification et de la coordination d'ensemble de la mise en oeuvre de l'exploitation intégrée d'ensemble de la Station spatiale.

3. Le Canada, le Partenaire européen, le Japon et la Russie, agissant par l'intermédiaire de leurs Agences coopérantes et conformément aux dispositions des Mémoires d'Accord et des arrangements d'exécution, sont respectivement responsables: de la gestion de leurs propres programmes, y compris de leurs activités d'utilisation; de l'ingénierie système et de l'intégration des éléments qu'ils fournissent; de l'élaboration et de la mise en oeuvre des impératifs et plans détaillés de sécurité pour les éléments qu'ils fournissent, ainsi que, conformément au paragraphe 2 ci-dessus, du soutien à accorder aux Etats-Unis dans l'exercice de leurs responsabilités d'ensemble, y compris la participation à la planification et à la coordination de la mise en oeuvre de l'exploitation intégrée de la Station spatiale.

4. Lorsqu'une question de conception et de développement porte exclusivement sur un élément de la Station spatiale fourni par le Canada, le Partenaire européen, le Japon ou la Russie et n'est pas traitée dans la documentation de programme approuvée, telle que la prévoient les Mémoires d'Accord, les décisions concernant cet élément peuvent être prises par le Partenaire considéré agissant par l'intermédiaire de son Agence coopérante.

Artikel 8

Detailliertwurf und Entwicklung

Im Einklang mit Artikel 7 und den anderen einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens sowie den Vereinbarun-

Article 8

Detailed Design and Development

In accordance with Article 7 and other relevant provisions of this Agreement, and in accordance with the MOUs and imple-

Article 8

Conception détaillée et développement

Conformément aux dispositions de l'article 7 et aux autres dispositions applicables du présent Accord, et conformém-

gen und Durchführungsregelungen entwirft und entwickelt jeder Partner über seine zusammenarbeitende Stelle die Elemente, die er bereitstellt, einschließlich der für den laufenden Betrieb und die uneingeschränkte internationale Nutzung der Flugelemente geeigneten raumstationsspezifischen Bodenelemente, und steht mit den anderen Partnern über ihre zusammenarbeitenden Stellen in Verbindung, um zu Lösungen betreffend den Entwurf und die Entwicklung ihrer Elemente zu gelangen.

Artikel 9

Nutzung

(1) Nutzungsrechte leiten sich aus der Bereitstellung von Nutzerelementen, Infrastrukturelementen oder beidem durch die Partner her. Jeder Partner, der Nutzerelemente der Raumstation bereitstellt, behält die Nutzung dieser Elemente, sofern dieser Absatz nichts anderes bestimmt. Partner, die Ressourcen aus ihren Infrastrukturelementen der Raumstation für den Betrieb und die Nutzung der Raumstation bereitstellen, erhalten dafür einen festen Anteil an der Nutzung bestimmter Nutzerelemente. Die genauen Anteile der Partner an den Nutzerelementen der Raumstation und an den Ressourcen aus der Infrastruktur der Raumstation sind in den Vereinbarungen und Durchführungsregelungen angegeben.

(2) Die Partner können einen beliebigen Teil ihres jeweiligen Anteils auf dem Weg des Tausches oder Verkaufs weitergeben. Die Tausch- oder Verkaufsbedingungen werden fallweise von den an dem betreffenden Geschäft Beteiligten festgelegt.

(3) Jeder Partner kann seine Anteile für jeden Zweck, der mit dem Ziel dieses Übereinkommens und den Vereinbarungen und Durchführungsregelungen vereinbar ist, nutzen oder durch von ihm gewählte Benutzer nutzen lassen; jedoch

- a) bedarf jede geplante Nutzung eines Nutzerelements durch einen Nichtpartner oder einen der Hoheitsgewalt eines Nichtpartners unterstehenden privaten Rechtsträger der vorherigen Unterrichtung und des rechtzeitigen Konsenses aller Partner über ihre zusammenarbeitenden Stellen;
- b) bestimmt der Partner, der ein Element bereitstellt, ob eine ins Auge gefaßte Nutzung des betreffenden Elements friedlichen Zwecken dient; diese Vorschrift kann jedoch nicht herangezogen werden, um einen Partner an der Nutzung von Ressourcen aus der Infrastruktur der Raumstation zu hindern.

(4) Bei der Nutzung der Raumstation bemüht sich jeder Partner über seine zusammenarbeitende Stelle und mit Hilfe

menting arrangements, each Partner, acting through its Cooperating Agency, shall design and develop the elements which it provides, including Space Station-unique ground elements adequate to support the continuing operation and full international utilization of the flight elements, and shall interact with the other Partners, through their Cooperating Agencies, to reach solutions on design and development of their respective elements.

Article 9

Utilization

1. Utilization rights are derived from Partner provision of user elements, infrastructure elements, or both. Any Partner that provides Space Station user elements shall retain use of those elements, except as otherwise provided in this paragraph. Partners which provide resources to operate and use the Space Station, which are derived from their Space Station infrastructure elements, shall receive in exchange a fixed share of the use of certain user elements. Partners' specific allocations of Space Station user elements and of resources derived from Space Station infrastructure are set forth in the MOUs and implementing arrangements.

2. The Partners shall have the right to barter or sell any portion of their respective allocations. The terms and conditions of any barter or sale shall be determined on a case-by-case basis by the parties to the transaction.

3. Each Partner may use and select users for its allocations for any purpose consistent with the object of this Agreement and provisions set forth in the MOUs and implementing arrangements, except that:

- (a) any proposed use of a user element by a non-Partner or private entity under the jurisdiction of a non-Partner shall require the prior notification to and timely consensus among all Partners through their Cooperating Agencies; and
- (b) the Partner providing an element shall determine whether a contemplated use of that element is for peaceful purposes, except that this subparagraph shall not be invoked to prevent any Partner from using resources derived from the Space Station infrastructure.

4. In its use of the Space Station, each Partner, through its Cooperating Agency, shall seek through the mechanisms estab-

ment aux Mémoires d'Accord et aux arrangements d'exécution, chaque Partenaire, agissant par l'intermédiaire de son Agence coopérante, conçoit et développe les éléments qu'il fournit, y compris les éléments au sol spécifiques de la Station spatiale adéquats pour assurer le soutien de l'exploitation continue et de la pleine utilisation internationale des éléments de vol, et agit en liaison avec les autres Partenaires, par l'intermédiaire de leurs Agences coopérantes, pour parvenir à des solutions en ce qui concerne la conception et le développement de leurs éléments respectifs.

Article 9

Utilisation

1. Les droits d'utilisation sont fonction de la fourniture par les Partenaires d'éléments destinés aux utilisateurs, d'éléments d'infrastructure, ou des uns et des autres. Tout Partenaire qui fournit des éléments de la Station spatiale destinés aux utilisateurs conserve l'utilisation de ces éléments, sauf dispositions contraires du présent paragraphe. Les Partenaires qui fournissent, pour exploiter et utiliser la Station spatiale, des ressources tirées de leurs éléments d'infrastructure de la Station spatiale reçoivent en contrepartie une part fixe de l'utilisation de certains éléments destinés aux utilisateurs. Les allocations spécifiques, aux Partenaires, d'éléments de la Station spatiale destinés aux utilisateurs et de ressources tirées de l'infrastructure de la Station spatiale sont fixées dans les Mémoires d'Accord et les arrangements d'exécution.

2. Les Partenaires ont le droit d'échanger ou de vendre telle ou telle partie de leurs allocations respectives. Les modalités de ces échanges ou de ces ventes sont fixées cas par cas par les parties à la transaction.

3. Chaque Partenaire peut utiliser ses allocations et choisir pour celles-ci des utilisateurs pour toute fin compatible avec l'objet du présent Accord et avec les dispositions des Mémoires d'Accord et des arrangements d'exécution, avec les réserves suivantes:

- (a) toute utilisation envisagée d'un élément destiné aux utilisateurs par un non-Partenaire, ou une entité privée placée sous sa juridiction, doit être préalablement notifiée à tous les Partenaires par l'intermédiaire de leurs Agences coopérantes et faire l'objet d'un consensus en temps voulu entre eux;
- (b) le Partenaire fournissant un élément détermine si l'utilisation prévue de cet élément répond à des fins pacifiques; le présent alinéa ne peut toutefois pas être invoqué pour empêcher l'un des Partenaires d'utiliser des ressources tirées de l'infrastructure de la Station spatiale.

4. Dans son utilisation de la Station spatiale, chaque Partenaire, agissant par l'intermédiaire de son Agence coopérante,

der in den Vereinbarungen festgelegten Verfahren, schwerwiegende negative Auswirkungen auf die Nutzung der Raumstation durch die anderen Partner zu vermeiden.

(5) Jeder Partner garantiert den anderen Partnern den Zugang zu seinen Elementen der Raumstation und deren Nutzung entsprechend ihren Anteilen.

(6) Für die Zwecke dieses Artikels gilt ein Mitgliedstaat der ESA nicht als „Nicht-partner“.

Artikel 10

Betrieb

Die Partner nehmen über ihre zusammenarbeitenden Stellen im Einklang mit Artikel 7 und den anderen einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens sowie den Vereinbarungen und Durchführungsregelungen Aufgaben beim Betrieb der von ihnen bereitgestellten Elemente wahr. Die Partner arbeiten über ihre zusammenarbeitenden Stellen im Einklang mit den Vereinbarungen und Durchführungsregelungen Verfahren aus, nach denen die Raumstation auf eine für deren Nutzer und Betreiber sichere, wirtschaftliche und wirksame Weise betrieben werden kann, und wenden solche Verfahren an. Jeder Partner ist ferner über seine zusammenarbeitende Stelle für die Erhaltung der Funktionsfähigkeit der von ihm bereitgestellten Elemente verantwortlich.

Artikel 11

Mannschaft

(1) Jeder Partner ist berechtigt, qualifiziertes Personal zu stellen, das mit angemessenem Anteil als Mannschaft der Raumstation eingesetzt wird. Die Auswahl und die Entscheidungen über die Flugeinsätze der Mannschaftsmitglieder eines Partners werden nach den in den Vereinbarungen und Durchführungsregelungen festgelegten Verfahren getroffen.

(2) Der Verhaltenskodex für die Mannschaft der Raumstation wird im Einklang mit den internen Verfahren der einzelnen Partner und den Vereinbarungen von allen Partnern ausgearbeitet und genehmigt. Ein Partner muß den Verhaltenskodex genehmigt haben, bevor er Mannschaft für die Raumstation stellt. Jeder Partner trägt, wenn er sein Recht auf Stellung von Mannschaft ausübt, dafür Sorge, daß seine Mannschaftsmitglieder den Verhaltenskodex einhalten.

Artikel 12

Transport

(1) Jeder Partner hat das Recht auf Zugang zur Raumstation unter Verwendung seiner staatlichen und privatwirtschaftlichen Raumtransportsysteme, sofern sie mit der Raumstation kompatibel

lished in the MOUs to avoid causing serious adverse effects on the use of the Space Station by the other Partners.

5. Each Partner shall assure access to and use of its Space Station elements to the other Partners in accordance with their respective allocations.

6. For purposes of this Article, an ESA Member State shall not be considered a "non-Partner".

Article 10

Operation

The Partners, acting through their Cooperating Agencies, shall have responsibilities in the operation of the elements they respectively provide, in accordance with Article 7 and other relevant provisions of this Agreement, and in accordance with the MOUs and implementing arrangements. The Partners, acting through their Cooperating Agencies, shall develop and implement procedures for operating the Space Station in a manner that is safe, efficient, and effective for Space Station users and operators, in accordance with the MOUs and implementing arrangements. Further, each Partner, acting through its Cooperating Agency, shall be responsible for sustaining the functional performance of the elements it provides.

Article 11

Crew

1. Each Partner has the right to provide qualified personnel to serve on an equitable basis as Space Station crew members. Selections and decisions regarding the flight assignments of a Partner's crew members shall be made in accordance with procedures provided in the MOUs and implementing arrangements.

2. The Code of Conduct for the Space Station crew will be developed and approved by all the Partners in accordance with the individual Partner's internal procedures, and in accordance with the MOUs. A Partner must have approved the Code of Conduct before it provides Space Station crew. Each Partner, in exercising its right to provide crew, shall ensure that its crew members observe the Code of Conduct.

Article 12

Transportation

1. Each of the Partners shall have the right of access to the Space Station using its respective government and private sector space transportation systems, if they are compatible with the Space Station.

s'efforce, au moyen des mécanismes établis dans les Mémoires d'Accord, de ne pas perturber gravement l'utilisation de la Station par les autres Partenaires.

5. Chaque Partenaire assure aux autres, conformément à leurs allocations respectives, l'accès à ses éléments de la Station spatiale et l'utilisation de ceux-ci.

6. Aux fins du présent article, un Etat membre de l'ASE n'est pas considéré comme un «non-Partenaire».

Article 10

Exploitation

Les Partenaires, agissant par l'intermédiaire de leurs Agences coopérantes, ont des responsabilités dans l'exploitation des éléments qu'ils fournissent respectivement, conformément aux dispositions de l'article 7 et aux autres dispositions applicables du présent Accord, et conformément aux Mémoires d'Accord et aux arrangements d'exécution. Les Partenaires, agissant par l'intermédiaire de leurs Agences coopérantes, mettent au point et appliquent des procédures permettant une exploitation de la Station spatiale sûre et efficace pour ses utilisateurs et ses exploitants, conformément aux dispositions des Mémoires d'Accord et des arrangements d'exécution. De plus, chaque Partenaire, agissant par l'intermédiaire de son Agence coopérante, est responsable du maintien en état opérationnel des éléments qu'il fournit.

Article 11

Equipage

1. Chaque Partenaire a le droit de fournir du personnel qualifié pour exercer, selon une répartition équitable, les fonctions de membres de l'équipage de la Station spatiale. Les sélections et les décisions concernant les affectations à des vols de membres de l'équipage relevant d'un Partenaire déterminé sont conformes aux procédures prévues dans les Mémoires d'Accord et les arrangements d'exécution.

2. Le Code de conduite de l'équipage de la Station spatiale sera élaboré et approuvé par tous les Partenaires, conformément aux procédures internes de chaque Partenaire et conformément aux dispositions des Mémoires d'Accord. Tout Partenaire doit avoir approuvé le Code de conduite avant de fournir des membres de l'équipage de la Station spatiale. Dans l'exercice de son droit, chaque Partenaire s'assure que les membres de l'équipage qu'il fournit observent le Code de conduite.

Article 12

Transport

1. Chacun des Partenaires a le droit d'accéder à la Station spatiale à l'aide de ses propres systèmes de transport spatial du secteur public ou du secteur privé, s'ils sont compatibles avec la Station spatiale.

sind. Die Vereinigten Staaten, Rußland, der europäische Partner und Japan stellen über ihre zusammenarbeitenden Stellen Start- und Rücktransportdienste für die Raumstation bereit (wobei sie Raumtransportsysteme wie den amerikanischen Raumtransporter, die russische Proton und Soyuz, die europäische Ariane-5 und die japanische H-II verwenden). Zunächst werden die amerikanischen und russischen Raumtransportsysteme zur Erbringung von Start- und Rücktransportdiensten für die Raumstation verwendet; die anderen Raumtransportsysteme werden zusätzlich eingesetzt, sobald sie verfügbar werden. Der Zugang sowie die Start- und Rücktransportdienste erfolgen nach Maßgabe der einschlägigen Vereinbarungen und Durchführungsregelungen.

(2) Diejenigen Partner, die den anderen Partnern und deren Nutzern gegen Entgelt oder auf einer anderen Grundlage Start- und Rücktransportdienste erbringen, erbringen diese Dienste entsprechend den in den einschlägigen Vereinbarungen und Durchführungsregelungen festgelegten Bedingungen. Diejenigen Partner, die Start- und Rücktransportdienste gegen Entgelt erbringen, erbringen diese Dienste einem anderen Partner oder den Nutzern dieses Partners – unter vergleichbaren Umständen – auf der gleichen Grundlage, auf der sie solche Dienste anderen Partnern oder deren Nutzern erbringen. Die Partner bemühen sich nach Kräften, die von den anderen Partnern vorgeschlagenen Anforderungen und Flugtermine zu berücksichtigen.

(3) Die Vereinigten Staaten planen und koordinieren über die NASA, die zusammen mit den zusammenarbeitenden Stellen der anderen Partner in Managementgremien tätig wird, Start- und Rücktransportdienste für die Raumstation im Einklang mit dem in den Vereinbarungen und Durchführungsregelungen vorgesehenen Verfahren der integrierten Verkehrsplanung.

(4) Jeder Partner achtet die Schutzrechte an den entsprechend gekennzeichneten Daten und Gütern, die mit seinem Raumtransportsystem befördert werden sollen, und wahrt deren Vertraulichkeit.

Artikel 13

Kommunikation

(1) Die Vereinigten Staaten und Rußland stellen über ihre zusammenarbeitenden Stellen die beiden Hauptnetze für Weltraum- und Bodenkommunikation über Datenrelaisatellitensysteme für die Steuerung, die Überwachung und den Betrieb der Elemente und Nutzlasten der Raumstation sowie für andere Kommunikationszwecke der Raumstation bereit. Andere Partner können Netze für Weltraum- und

The United States, Russia, the European Partner, and Japan, through their respective Cooperating Agencies, shall make available launch and return transportation services for the Space Station (using such space transportation systems as the U.S. Space Shuttle, the Russian Proton and Soyuz, the European Ariane-5, and the Japanese H-II). Initially, the U.S. and Russian space transportation systems will be used to provide launch and return transportation services for the Space Station and, in addition, the other space transportation systems will be used as those systems become available. Access and launch and return transportation services shall be in accordance with the provisions of the relevant MOUs and implementing arrangements.

2. Those Partners providing launch and return transportation services to other Partners and their respective users on a reimbursable or other basis shall provide such services consistent with conditions specified in the relevant MOUs and implementing arrangements. Those Partners providing launch and return transportation services on a reimbursable basis shall provide such services to another Partner or the users of that Partner, in comparable circumstances, on the same basis they provide such services to any other Partner or the users of such other Partner. Partners shall use their best efforts to accommodate proposed requirements and flight schedules of the other Partners.

3. The United States, through NASA, working with the other Partners' Cooperating Agencies in management bodies, shall plan and coordinate launch and return transportation services for the Space Station in accordance with the integrated traffic planning process, as provided in the MOUs and implementing arrangements.

4. Each Partner shall respect the proprietary rights in and the confidentiality of appropriately marked data and goods to be transported on its space transportation system.

Article 13

Communications

1. The United States and Russia, through their Cooperating Agencies, shall provide the two primary data relay satellite system space and ground communications networks for command, control, and operations of Space Station elements and payloads, and other Space Station communication purposes. Other Partners may provide data relay satellite system space and ground communication networks, if they

Les Etats-Unis, la Russie, le Partenaire européen et le Japon, par l'intermédiaire de leurs Agences coopérantes respectives, mettent à disposition des services de lancement et de retour sur Terre pour la Station spatiale (en utilisant des systèmes de transport spatial tels que la Navette spatiale américaine, les lanceurs russes Proton et Soyuz, le lanceur européen Ariane 5 et le lanceur japonais H-II). Dans un premier temps, les systèmes de transport spatial américains et russes seront utilisés pour fournir des services de lancement et de retour sur Terre pour la Station spatiale; les autres systèmes de transport spatial seront, en outre, utilisés à mesure qu'ils deviendront disponibles. L'accès ainsi que les services de lancement et de retour sur Terre sont assurés conformément aux dispositions des Mémoires d'Accord et des arrangements d'exécution applicables.

2. Les Partenaires qui fournissent des services de lancement et de retour sur Terre à d'autres Partenaires et à leurs utilisateurs respectifs moyennant paiement ou selon d'autres modalités fournissent ce type de service conformément aux conditions spécifiées dans les Mémoires d'Accord et les arrangements d'exécution applicables. Les Partenaires qui fournissent des services de lancement et de retour sur Terre moyennant paiement fournissent ces services à un autre Partenaire ou aux utilisateurs de ce Partenaire, dans des circonstances comparables, sur la même base que la fourniture de ces services à tout autre Partenaire ou aux utilisateurs de cet autre Partenaire. Les Partenaires font tout leur possible pour répondre aux propositions des autres Partenaires relatives à leurs impératifs et calendriers de vol.

3. Les Etats-Unis, par l'intermédiaire de la NASA, agissant en collaboration avec les Agences coopérantes des autres Partenaires au sein des organes de gestion, planifient et coordonnent les services de lancement et de retour sur Terre pour la Station spatiale, en accord avec la procédure de planification intégrée des vols, comme le prévoient les Mémoires d'Accord et les arrangements d'exécution.

4. Chaque Partenaire respecte les droits de propriété sur les biens et données dûment identifiés devant être transportés par son système de transport spatial, ainsi que le caractère confidentiel de ces biens et données.

Article 13

Télécommunications

1. Les Etats-Unis et la Russie, par l'intermédiaire de leurs Agences coopérantes, fournissent les deux principaux réseaux de communications spatial et terrestre de systèmes de satellites de relais de données pour assurer la commande, le contrôle et l'exploitation des éléments et charges utiles de la Station spatiale et faire face à d'autres besoins de télécommunications de cette dernière. Les autres Partenaires

Bodenkommunikation über Datenrelais-satellitensysteme bereitstellen, wenn diese mit der Raumstation und der Nutzung der beiden Hauptnetze durch die Raumstation kompatibel sind. Die Bereitstellung der Raumstationskommunikation erfolgt nach Maßgabe der einschlägigen Vereinbarungen und Durchführungsregelungen.

(2) Die zusammenarbeitenden Stellen bemühen sich nach Kräften, mit ihren Kommunikationssystemen gegen Entgelt mit der Raumstation in Zusammenhang stehende spezifische Anforderungen der anderen zusammenarbeitenden Stellen entsprechend den in den einschlägigen Vereinbarungen und Durchführungsregelungen festgelegten Bedingungen zu erfüllen.

(3) Die Vereinigten Staaten planen und koordinieren über die NASA, die zusammen mit den zusammenarbeitenden Stellen der anderen Partner in Managementgremien tätig wird, die Weltraum- und Bodenkommunikationsdienste für die Raumstation im Einklang mit der in den Vereinbarungen und Durchführungsregelungen vorgesehenen einschlägigen Programmdokumentation.

(4) Im Einklang mit den Vereinbarungen können Maßnahmen zur Sicherung der Vertraulichkeit der Nutzungsdaten getroffen werden, die das Informationssystem der Raumstation und andere in Verbindung mit der Raumstation verwendete Kommunikationssysteme durchlaufen. Jeder Partner achtet bei der Erbringung von Kommunikationsdiensten für einen anderen Partner die Schutzrechte an den Nutzungsdaten, die seine Kommunikationssysteme einschließlich seines Bodennetzes und der Kommunikationssysteme seiner Auftragnehmer durchlaufen, und wahrt ihre Vertraulichkeit.

Artikel 14

Weiterentwicklung

(1) Die Partner beabsichtigen, die Raumstation durch Erweiterung ihrer Kapazität weiterzuentwickeln, und bemühen sich darum, daß die Wahrscheinlichkeit möglichst groß sein wird, daß diese Weiterentwicklung durch Beiträge aller Partner bewirkt wird. Zu diesem Zweck ist jeder Partner bestrebt, wo zweckmäßig, den anderen Partnern Gelegenheit zu geben, an seinen Vorschlägen zur Einführung erweiterter Kapazität mitzuwirken. Die Raumstation mit ihrer erweiterten Kapazität bleibt eine zivile Station, deren Betrieb und Nutzung zu friedlichen Zwecken in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht erfolgen werden.

(2) Dieses Übereinkommen regelt nur die Rechte und Pflichten in Bezug auf die in der Anlage aufgeführten Elemente; jedoch finden dieser Artikel und Artikel 16 auch auf jede Kapazitätserweiterung Anwendung. Dieses Übereinkommen begründet für einen Partnerstaat weder die Verpflichtung

are compatible with the Space Station and with Space Station use of the two primary networks. The provision of Space Station communications shall be in accordance with provisions in the relevant MOUs and implementing arrangements.

2. On a reimbursable basis, the Cooperating Agencies shall use their best efforts to accommodate, with their respective communication systems, specific Space Station-related requirements of one another, consistent with conditions specified in the relevant MOUs and implementing arrangements.

3. The United States, through NASA, working with the other Partners' Cooperating Agencies in management bodies, shall plan and coordinate space and ground communications services for the Space Station in accordance with relevant program documentation, as provided in the MOUs and implementing arrangements.

4. Measures to ensure the confidentiality of utilization data passing through the Space Station Information System and other communication systems being used in connection with the Space Station may be implemented, as provided in the MOUs. Each Partner shall respect the proprietary rights in, and the confidentiality of, the utilization data passing through its communication systems, including its ground network and the communication systems of its contractors, when providing communication services to another Partner.

Article 14

Evolution

1. The Partners intend that the Space Station shall evolve through the addition of capability and shall strive to maximize the likelihood that such evolution will be effected through contributions from all the Partners. To this end, it shall be the object of each Partner to provide, where appropriate, the opportunity to the other Partners to cooperate in its proposals for additions of evolutionary capability. The Space Station together with its additions of evolutionary capability shall remain a civil station, and its operation and utilization shall be for peaceful purposes, in accordance with international law.

2. This Agreement sets forth rights and obligations concerning only the elements listed in the Annex, except that this Article and Article 16 shall apply to any additions of evolutionary capability. This Agreement does not commit any Partner State to participate in, or otherwise grant any Partner

peuvent fournir des réseaux de communications spatial et terrestre de systèmes de satellites de relais de données s'ils sont compatibles avec la Station spatiale et avec l'utilisation par la Station spatiale des deux réseaux principaux. La fourniture de services de télécommunications pour la Station spatiale respecte les dispositions des Mémoires d'Accord et des arrangements d'exécution applicables.

2. Les Agences coopérantes font tout leur possible pour répondre, en utilisant leurs systèmes de télécommunications respectifs et moyennant paiement, à leurs besoins spécifiques réciproques liés à la Station spatiale, dans le respect des conditions spécifiées dans les Mémoires d'Accord et les arrangements d'exécution applicables.

3. Les Etats-Unis, par l'intermédiaire de la NASA, agissant en collaboration avec les Agences coopérantes des autres Partenaires au sein des organes de gestion, planifient et coordonnent les services de télécommunications spatial et au sol pour la Station spatiale, conformément à la documentation de programme appropriée, comme prévu dans les Mémoires d'Accord et les arrangements d'exécution.

4. Des mesures visant à protéger le caractère confidentiel des données d'utilisation transitant par le système d'information de la Station spatiale et par d'autres systèmes de télécommunications utilisés en liaison avec celle-ci, peuvent être mises en oeuvre comme prévu dans les Mémoires d'Accord. Lorsqu'il fournit des services de télécommunications à un autre Partenaire, chaque Partenaire respecte les droits de propriété sur les données d'utilisation transitant par ses systèmes de télécommunications, y compris son réseau au sol et les systèmes de télécommunications de ses contractants, ainsi que le caractère confidentiel de ces données.

Article 14

Evolution

1. Les Partenaires envisagent une évolution de la Station spatiale par adjonction de capacité et s'efforcent de maximiser les chances de voir tous les Partenaires contribuer à cette évolution. A cette fin, chaque Partenaire se fixe pour objectif de donner, le cas échéant, aux autres Partenaires la possibilité de coopérer à ses propositions d'adjonctions de capacité. La Station spatiale avec ses adjonctions de capacité reste une station civile et est exploitée et utilisée à des fins pacifiques, conformément au droit international.

2. Le présent Accord énonce les droits et obligations relatifs aux seuls éléments énumérés en Annexe, à l'exception du présent article et de l'article 16 qui s'appliquent à toutes adjonctions de capacité. Le présent Accord n'oblige aucun Etat partenaire à contribuer à l'adjonction de capacité et ne

zur Teilnahme an der Einführung erweiternder Kapazität noch gewährt es einem Partner Rechte an erweiterter Kapazität.

(3) Die Verfahren für die Koordinierung der Weiterentwicklungsstudien der Partner und für die Prüfung spezifischer Vorschläge zur Einführung erweiternder Kapazität sind in den Vereinbarungen niedergelegt.

(4) Die Zusammenarbeit zwischen zwei oder mehreren Partnern zur gemeinsamen Einführung erweiternder Kapazität(en) erfordert im Anschluß an die in Absatz 3 vorgesehene Koordinierung und Prüfung eine Änderung dieses Übereinkommens oder eine gesonderte Übereinkunft, deren Vertragsparteien einerseits die Vereinigten Staaten sind, um sicherzustellen, daß die Erweiterung mit dem Gesamtprogramm vereinbar ist, und andererseits andere Partner, für die sich betriebliche oder technische Auswirkungen auf ein von ihnen bereitgestelltes Element der Raumstation oder Raumtransportsystem ergeben.

(5) Im Anschluß an die in Absatz 3 vorgesehene Koordinierung und Prüfung erfordert die Einführung erweiternder Kapazität durch einen Partner die vorherige Unterrichtung der anderen Partner und eine Übereinkunft mit den Vereinigten Staaten, um sicherzustellen, daß die Erweiterung mit dem Gesamtprogramm vereinbar ist, und mit anderen Partnern, für die sich betriebliche oder technische Auswirkungen auf ein von ihnen bereitgestelltes Element der Raumstation oder Raumtransportsystem ergeben.

(6) Ein Partner, der etwa durch die Einführung erweiternder Kapazität nach Absatz 4 oder 5 berührt wird, kann um Konsultationen mit den anderen Partnern im Einklang mit Artikel 23 ersuchen.

(7) Die Einführung erweiternder Kapazität ändert nicht die Rechte und Pflichten der Partnerstaaten nach diesem Übereinkommen und den Vereinbarungen in bezug auf die in der Anlage aufgeführten Elemente, sofern der betroffene Partnerstaat nicht einer anderen Regelung zustimmt.

Artikel 15

Finanzierung

(1) Jeder Partner trägt nach Maßgabe der Vereinbarungen und Durchführungsregelungen die Kosten für die Erfüllung der ihm nach diesem Übereinkommen obliegenden Aufgaben, wozu auch eine der Billigkeit entsprechende Beteiligung an den vereinbarten gemeinsamen Systembetriebskosten oder an Tätigkeiten gehört, die dem Betrieb der Raumstation als Ganzes zugeordnet werden.

(2) Jeder Partner kommt seinen finanziellen Verpflichtungen nach diesem Übereinkommen nach Maßgabe seiner Finanzierungsverfahren und unter der Voraussetzung nach, daß Haushaltsmittel verfügbar sind. In Anerkennung der Bedeutung der Zusammenarbeit bei der Raumstation ver-

rights in, the addition of evolutionary capability.

3. Procedures for the coordination of the Partners' respective evolution studies and for the review of specific proposals for the addition of evolutionary capability are provided in the MOUs.

4. Cooperation between or among Partners regarding the sharing of addition(s) of evolutionary capability shall require, following the coordination and review provided for in paragraph 3 above, either the amendment of this Agreement, or a separate agreement to which the United States, to ensure that any addition is consistent with the overall program, and any other Partner providing a Space Station element or space transportation system on which there is an operational or technical impact, shall be parties.

5. Following the coordination and review provided for in paragraph 3 above, the addition of evolutionary capability by one Partner shall require prior notification of the other Partners, and an agreement with the United States to ensure that any addition is consistent with the overall program, and with any other Partner providing a Space Station element or space transportation system on which there is an operational or technical impact.

6. A Partner which may be affected by the addition of evolutionary capability under paragraph 4 or 5 above may request consultations with the other Partners in accordance with Article 23.

7. The addition of evolutionary capability shall in no event modify the rights and obligations of any Partner State under this Agreement and the MOUs concerning the elements listed in the Annex, unless the affected Partner State otherwise agrees.

Article 15

Funding

1. Each Partner shall bear the costs of fulfilling its respective responsibilities under this Agreement, including sharing on an equitable basis the agreed common system operations costs or activities attributed to the operation of the Space Station as a whole, as provided in the MOUs and implementing arrangements.

2. Financial obligations of each Partner pursuant to this Agreement are subject to its funding procedures and the availability of appropriated funds. Recognizing the importance of Space Station cooperation, each Partner undertakes to make its best efforts to obtain approval for funds to meet

confère à aucun Partenaire de droit sur cette adjonction.

3. Les Mémoires d'Accord prévoient des procédures pour la coordination des études respectives des Partenaires sur l'évolution et pour l'examen de propositions spécifiques d'adjonction de capacité.

4. La coopération entre deux ou plusieurs Partenaires en ce qui concerne le partage d'une ou de plusieurs adjonction(s) de capacité requiert, après la coordination et les examens prévus au paragraphe 3 ci-dessus, soit une modification du présent Accord, soit un accord distinct auquel sont parties les Etats-Unis, afin de s'assurer que toute adjonction est compatible avec l'ensemble du programme, et tout autre Partenaire fournissant un élément de la Station spatiale ou un système de transport spatial sur lequel cette adjonction a une incidence opérationnelle ou technique.

5. Après la coordination et les examens prévus au paragraphe 3 ci-dessus, l'adjonction de capacité par un Partenaire requiert de celui-ci une notification préalable aux autres Partenaires et un accord avec les Etats-Unis - afin de s'assurer que toute adjonction est compatible avec l'ensemble du programme - et avec tout autre Partenaire fournissant un élément de la Station spatiale ou un système de transport spatial sur lequel cette adjonction a une incidence opérationnelle ou technique.

6. Un Partenaire susceptible d'être affecté par l'adjonction de capacité visée aux paragraphes 4 et 5 ci-dessus peut demander des consultations avec les autres Partenaires comme prévu à l'article 23.

7. L'adjonction de capacité ne modifie en aucun cas les droits et obligations d'un Etat partenaire, au titre du présent Accord et des Mémoires d'Accord, en ce qui concerne les éléments énumérés en Annexe, sauf si l'Etat partenaire intéressé accepte qu'il en soit autrement.

Article 15

Financement

1. Chaque Partenaire prend à sa charge les dépenses nécessaires pour s'acquitter de ses propres responsabilités au titre du présent Accord, y compris en partageant équitablement les activités ou les coûts communs d'exploitation des systèmes, qui auront été agréés et qui se rapporteront à l'exploitation de la Station spatiale dans son ensemble, comme prévu dans les Mémoires d'Accord et les arrangements d'exécution.

2. Les obligations financières de chaque Partenaire en application du présent Accord sont subordonnées à ses procédures de financement et à la disponibilité des fonds budgétaires. Reconnaisant l'importance de la coopération relative à la Station spatiale, chaque Partenaire s'enga-

pflichtet sich jeder Partner, im Rahmen seiner Finanzierungsverfahren nach Kräften darauf hinzuwirken, daß die Mittel zur Erfüllung dieser Verpflichtungen bewilligt werden.

(3) Treten Finanzierungsprobleme auf, die sich auf die Fähigkeit eines Partners zur Erfüllung der ihm im Rahmen der Zusammenarbeit bei der Raumstation obliegenden Aufgaben auswirken können, so unterrichtet und konsultiert dieser Partner über seine zusammenarbeitende Stelle die anderen zusammenarbeitenden Stellen. Falls erforderlich, können auch die Partner einander konsultieren.

(4) Die Partner sind bestrebt, die Betriebskosten der Raumstation auf ein Mindestmaß zu beschränken. Im besonderen entwickeln die Partner über ihre zusammenarbeitenden Stellen im Einklang mit den Vereinbarungen Verfahren, die darauf abzielen, die gemeinsamen Systembetriebskosten und -tätigkeiten innerhalb genehmigter geschätzter Grenzen zu halten.

(5) Die Partner sind ferner bestrebt, während der Durchführung der Zusammenarbeit bei der Raumstation den Zahlungsverkehr auf ein Mindestmaß zu beschränken, unter anderem durch die Ausführung besonderer Betriebstätigkeiten nach Maßgabe der Vereinbarungen und Durchführungsregelungen oder, wenn die betreffenden Partner dies vereinbaren, durch den Austausch von Leistungen.

those obligations, consistent with its respective funding procedures.

3. In the event that funding problems arise that may affect a Partner's ability to fulfill its responsibilities in Space Station cooperation, that Partner, acting through its Cooperating Agency, shall notify and consult with the other Cooperating Agencies. If necessary, the Partners may also consult.

4. The Partners shall seek to minimize operations costs for the Space Station. In particular, the Partners, through their Cooperating Agencies, in accordance with the provisions of the MOUs, shall develop procedures intended to contain the common system operations costs and activities within approved estimated levels.

5. The Partners shall also seek to minimize the exchange of funds in the implementation of Space Station cooperation, including through the performance of specific operations activities as provided in the MOUs and implementing arrangements or, if the concerned Partners agree, through the use of barter.

ge à faire tout son possible pour obtenir l'approbation des fonds nécessaires pour s'acquitter de telles obligations, dans la mesure compatible avec ses procédures de financement.

3. S'il se pose des problèmes de financement susceptibles d'affecter la capacité d'un Partenaire de s'acquitter de ses responsabilités au titre de la coopération relative à la Station spatiale, celui-ci, agissant par l'intermédiaire de son Agence coopérante, en informe les autres Agences coopérantes et les consulte. Les Partenaires peuvent également se consulter si nécessaire.

4. Les Partenaires s'efforcent de réduire au minimum les coûts d'exploitation de la Station spatiale. En particulier, les Partenaires, par l'intermédiaire de leurs Agences coopérantes et conformément aux dispositions des Mémoires d'Accord, mettent au point des procédures visant à contenir les activités et les coûts communs d'exploitation des systèmes dans les limites des niveaux estimatifs approuvés.

5. Dans la mise en oeuvre de la coopération relative à la Station spatiale, les Partenaires s'efforcent également de réduire au minimum les échanges de fonds, y compris en menant des activités opérationnelles spécifiques comme prévu dans les Mémoires d'Accord et les arrangements d'exécution ou, si les Partenaires intéressés l'acceptent, en procédant à des échanges.

Artikel 16

Gegenseitiger Haftungsausschluß

(1) Zweck dieses Artikels ist es, die gegenseitige Haftung der Partnerstaaten und zugehörigen Stellen auszuschließen, um die Beteiligung an der Erforschung, Erschließung und Nutzung des Weltraums mittels der Raumstation zu fördern. Um dies zu erreichen, wird dieser gegenseitige Haftungsausschluß weit ausgelegt.

(2) Im Sinn dieses Artikels

- a) umfaßt der Ausdruck „Partnerstaat“ auch seine zusammenarbeitende Stelle. Er umfaßt auch jeden in der Vereinbarung zwischen der NASA und der Regierung Japans benannten Rechtsträger, der die zusammenarbeitende Stelle der Regierung Japans bei der Durchführung der genannten Vereinbarung unterstützt;
- b) bedeutet der Ausdruck „zugehörige Stelle“
 - 1. einen Auftragnehmer oder Unterauftragnehmer eines Partnerstaats auf jeder Ebene,
 - 2. einen Nutzer oder Kunden eines Partnerstaats auf jeder Ebene oder

Article 16

Cross-Waiver of Liability

1. The objective of this Article is to establish a cross-waiver of liability by the Partner States and related entities in the interest of encouraging participation in the exploration, exploitation, and use of outer space through the Space Station. This cross-waiver of liability shall be broadly construed to achieve this objective.

2. For the purposes of this Article:

- (a) A "Partner State" includes its Cooperating Agency. It also includes any entity specified in the MOU between NASA and the Government of Japan to assist the Government of Japan's Cooperating Agency in the implementation of that MOU.
- (b) The term "related entity" means:
 - (1) a contractor or subcontractor of a Partner State at any tier;
 - (2) a user or customer of a Partner State at any tier; or

Article 16

Renonciation mutuelle à recours en matière de responsabilité

1. Le présent article a pour objet d'établir une renonciation mutuelle à recours en matière de responsabilité de la part des Etats partenaires et des entités associées en vue d'encourager la participation à l'exploration, à l'exploitation et à l'utilisation de l'espace extra-atmosphérique au moyen de la Station spatiale. Cette renonciation mutuelle à recours fera l'objet d'une interprétation large en vue d'atteindre cet objectif.

2. Aux fins du présent article:

- (a) L'expression «Etat partenaire» s'étend à son Agence coopérante. Cette expression inclut également toute entité désignée dans le Mémoire d'Accord entre la NASA et le Gouvernement du Japon pour aider l'Agence coopérante du Gouvernement du Japon dans la mise en oeuvre dudit Mémoire d'Accord.
- (b) L'expression «entité associée» désigne:
 - (1) un contractant ou un sous-contractant d'un Etat partenaire à quelque niveau que ce soit,
 - (2) un utilisateur ou un client d'un Etat partenaire, à quelque niveau que ce soit, ou

3. einen Auftragnehmer oder Unterauftragnehmer eines Nutzers oder Kunden eines Partnerstaats auf jeder Ebene.

Dieser Buchstabe ist auch auf einen Staat beziehungsweise eine Organisation oder Einrichtung eines Staates anwendbar, die in derselben Beziehung zu einem Partnerstaat steht, wie unter den Nummern 1 bis 3 beschrieben, oder auf andere Weise an der Ausführung von geschützten Weltraumarbeiten nach Buchstabe f beteiligt ist.

Die Ausdrücke „Auftragnehmer“ und „Unterauftragnehmer“ umfassen Lieferanten jeder Art;

- c) bedeutet der Ausdruck „Schaden“

1. Körperverletzung oder sonstige Gesundheitsbeeinträchtigung oder Tod einer Person;
2. Schädigung oder Verlust von Vermögen oder Nutzungsausfall in bezug auf Vermögen;
3. Einkommensverlust oder entgangenen Gewinn oder
4. andere unmittelbare, mittelbare oder Folgeschäden;

- d) bedeutet der Ausdruck „Trägerfahrzeug“ einen Gegenstand (oder Teil eines Gegenstands), der gestartet werden soll, von der Erde gestartet wurde oder zur Erde zurückkehrt, und Nutzlasten oder Personen oder beides trägt;

- e) bedeutet der Ausdruck „Nutzlast“ alle Sachen, die auf oder in einem Trägerfahrzeug oder der Raumstation mitgeführt oder eingesetzt werden sollen;

- f) bedeutet der Ausdruck „geschützte Weltraumarbeiten“ alle im Rahmen dieses Übereinkommens, der Vereinbarungen und der Durchführungsregelungen ausgeführten Trägerfahrzeug-, Raumstations- und Nutzlasttätigkeiten auf der Erde, im Weltraum und auf dem Weg zwischen der Erde und dem Weltraum. Hierzu gehört unter anderem folgendes:

1. Forschung, Entwurf, Entwicklung, Erprobung, Fertigung, Zusammenbau, Integration, Betrieb und Nutzung von Träger- und Transferfahrzeugen, der Raumstation und von Nutzlasten sowie der zugehörigen Unterstützungsausrüstungen, -anlagen und -leistungen;
2. alle Tätigkeiten betreffend Bodenunterstützungs-, Erprobungs-, Ausbildungs-, Simulations-, Lenkungs- und Steuerungsausrüstungen sowie zugehörige Anlagen und Dienstleistungen.

Der Ausdruck „geschützte Weltraumarbeiten“ umfaßt auch alle Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Weiterent-

- (3) a contractor or subcontractor of a user or customer of a Partner State at any tier.

This subparagraph may also apply to a State, or an agency or institution of a State, having the same relationship to a Partner State as described in subparagraphs 2(b)(1) through 2(b)(3) above or otherwise engaged in the implementation of Protected Space Operations as defined in subparagraph 2 (f) below.

“Contractors” and “subcontractors” include suppliers of any kind.

- (c) The term “damage” means:

- (1) bodily injury to, or other impairment of health of, or death of, any person;
- (2) damage to, loss of, or loss of use of any property;
- (3) loss of revenue or profits; or
- (4) other direct, indirect or consequential damage.

- (d) The term “launch vehicle” means an object (or any part thereof) intended for launch, launched from Earth, or returning to Earth which carries payloads or persons, or both.

- (e) The term “payload” means all property to be flown or used on or in a launch vehicle or the Space Station.

- (f) The term “Protected Space Operations” means all launch vehicle activities, Space Station activities, and payload activities on Earth, in outer space, or in transit between Earth and outer space in implementation of this Agreement, the MOUs, and implementing arrangements. It includes, but is not limited to:

- (1) research, design, development, test, manufacture, assembly, integration, operation, or use of launch or transfer vehicles, the Space Station, or a payload, as well as related support equipment and facilities and services; and
- (2) all activities related to ground support, test, training, simulation, or guidance and control equipment and related facilities or services.

“Protected Space Operations” also includes all activities related to evolution of the Space Station, as provided

- (3) un contractant ou un sous-contractant d'un utilisateur ou d'un client d'un Etat partenaire à quelque niveau que ce soit.

Le présent alinéa peut également s'appliquer à un Etat, ou à une agence ou une institution d'un Etat, entretenant avec un Etat partenaire des relations semblables à celles qui sont décrites aux alinéas 2(b)(1) à 2(b)(3) ci-dessus ou s'occupant à un autre titre de la mise en oeuvre d'opérations spatiales protégées telles qu'elles sont définies à l'alinéa 2(f) ci-dessous.

Les «contractants» et les «sous-contractants» comprennent les fournisseurs de toute nature.

- (c) Le terme «dommage» désigne:

- (1) les lésions corporelles ou autres atteintes à la santé causées à une personne ou le décès d'une personne;
- (2) les dommages matériels, la perte d'un bien ou de son usage;
- (3) la perte de recettes ou de bénéfices; ou
- (4) les autres dommages directs, indirects ou consécutifs.

- (d) Le terme «lanceur» désigne un objet (ou une partie d'un objet) destiné au lancement, lancé à partir de la Terre ou revenant sur Terre et emportant des charges utiles ou des personnes ou les deux.

- (e) L'expression «charge utile» désigne tout bien destiné à être embarqué ou utilisé dans ou sur un lanceur ou la Station spatiale.

- (f) L'expression «opérations spatiales protégées» désigne toutes les activités relatives au lanceur, à la Station spatiale et aux charges utiles à Terre, dans l'espace extra-atmosphérique ou en transit entre la Terre et l'espace extra-atmosphérique en application du présent Accord, des Mémoires d'Accord et des arrangements d'exécution. Cette expression comprend, de manière non limitative:

- (1) la recherche, la conception, la mise au point, les essais, la fabrication, l'assemblage, l'intégration, l'exploitation ou l'utilisation de lanceurs ou de véhicules de transfert, de la Station spatiale, ou d'une charge utile ainsi que des équipements, installations et services de soutien connexes; et
- (2) toutes les activités liées aux équipements de soutien au sol, d'essais, d'entraînement, de simulation, de pilotage et de contrôle, et aux installations ou services connexes.

L'expression «opérations spatiales protégées» désigne également toutes les activités liées à l'évolution de la Station

wicklung der Raumstation nach Artikel 14. Der Ausdruck „geschützte Weltraumarbeiten“ umfaßt keine Tätigkeiten auf der Erde, die nach der Rückkehr von der Raumstation ausgeführt werden, um das Erzeugnis oder Verfahren einer Nutzlast für andere Zwecke als für die mit der Raumstation zusammenhängenden Tätigkeiten im Rahmen dieses Übereinkommens weiterzuentwickeln.

(3)

a) Jeder Partnerstaat erklärt sich mit einem gegenseitigen Haftungsausschluß einverstanden, wonach jeder Partnerstaat auf alle Ansprüche gegen die unter den Nummern 1 bis 3 aufgeführten Stellen und Personen wegen Schäden, die aus geschützten Weltraumarbeiten entstehen, verzichtet. Dieser gegenseitige Haftungsausschluß gilt nur, wenn die schädigende Person, Stelle oder Sache an geschützten Weltraumarbeiten beteiligt ist und die geschädigte Person, Stelle oder Sache infolge ihrer Beteiligung an geschützten Weltraumarbeiten geschädigt wird. Der gegenseitige Haftungsausschluß gilt für alle Schadensersatzansprüche ungeachtet ihres Rechtsgrunds gegen

1. einen anderen Partnerstaat;
2. eine zugehörige Stelle eines anderen Partnerstaats;
3. die Beschäftigten der unter den Nummern 1 und 2 bezeichneten Stellen.

b) Ferner dehnt jeder Partnerstaat durch Vertrag oder auf andere Weise den unter Buchstabe a vorgesehenen gegenseitigen Haftungsausschluß auf seine zugehörigen Stellen aus, indem er von ihnen verlangt,

1. auf alle Ansprüche gegen die unter Buchstabe a Nummern 1 bis 3 bezeichneten Stellen und Personen zu verzichten und
2. zu verlangen, daß ihre zugehörigen Stellen auf alle Ansprüche gegen die unter Buchstabe a Nummern 1 bis 3 bezeichneten Stellen und Personen verzichten.

c) Zur Vermeidung von Unklarheiten wird festgestellt, daß dieser gegenseitige Haftungsausschluß sich auch auf die gegenseitige Haftung nach dem Haftungsübereinkommen erstreckt, sofern die schädigende Person, Stelle oder Sache an geschützten Weltraumarbeiten beteiligt ist und die geschädigte Person, Stelle oder Sache infolge ihrer Beteiligung an geschützten Weltraumarbeiten geschädigt wird.

d) Ungeachtet der anderen Bestimmungen dieses Artikels gilt dieser gegenseitige Haftungsausschluß nicht für

for in Article 14. "Protected Space Operations" excludes activities on Earth which are conducted on return from the Space Station to develop further a payload's product or process for use other than for Space Station related activities in implementation of this Agreement.

3.

(a) Each Partner State agrees to a cross-waiver of liability pursuant to which each Partner State waives all claims against any of the entities or persons listed in subparagraphs 3(a)(1) through 3(a)(3) below based on damage arising out of Protected Space Operations. This cross-waiver shall apply only if the person, entity, or property causing the damage is involved in Protected Space Operations and the person, entity, or property damaged is damaged by virtue of its involvement in Protected Space Operations. The cross-waiver shall apply to any claims for damage, whatever the legal basis for such claims against:

- (1) another Partner State;
- (2) a related entity of another Partner State;
- (3) the employees of any of the entities identified in subparagraphs 3(a)(1) and 3(a)(2) above.

(b) In addition, each Partner State shall, by contract or otherwise, extend the cross-waiver of liability as set forth in subparagraph 3(a) above to its related entities by requiring them to:

- (1) waive all claims against the entities or persons identified in subparagraphs 3(a)(1) through 3(a)(3) above; and
- (2) require that their related entities waive all claims against the entities or persons identified in subparagraphs 3(a)(1) through 3(a)(3) above.

(c) For avoidance of doubt, this cross-waiver of liability includes a cross-waiver of liability arising from the Liability Convention where the person, entity, or property causing the damage is involved in Protected Space Operations and the person, entity, or property damaged is damaged by virtue of its involvement in Protected Space Operations.

(d) Notwithstanding the other provisions of this Article, this cross-waiver of liability shall not be applicable to:

spatiale, comme prévu à l'article 14. Ne sont pas considérées comme «opérations spatiales protégées» les activités menées sur Terre au retour de la Station spatiale pour poursuivre la mise au point d'un produit ou d'un procédé relevant d'une charge utile à des fins autres que des activités liées à la Station spatiale en application du présent Accord.

3.

(a) Chaque Etat partenaire consent à une renonciation mutuelle à recours par laquelle il renonce à toute demande de réparation à l'encontre de l'une quelconque des entités ou des personnes énumérées aux alinéas 3(a)(1) à 3(a)(3) ci-dessous au titre de dommages découlant d'opérations spatiales protégées. Cette renonciation mutuelle à recours ne s'applique que dans le cas où la personne, l'entité ou le bien ayant causé le dommage participe à des opérations spatiales protégées et où la personne, l'entité ou le bien lésé l'a été du fait de sa participation à des opérations spatiales protégées. La renonciation mutuelle à recours s'applique à toutes demandes de réparation en cas de dommage, quelle qu'en soit la base juridique, à l'encontre:

- (1) d'un autre Etat partenaire;
- (2) d'une entité associée d'un autre Etat partenaire;
- (3) du personnel de l'une quelconque des entités énumérées aux alinéas 3(a)(1) et 3(a)(2) ci-dessus.

(b) En outre, chaque Etat partenaire étend, par contrat ou de toute autre manière, la renonciation à recours énoncée à l'alinéa 3(a) ci-dessus à ses entités associées en leur demandant:

- (1) de renoncer à toute demande de réparation à l'encontre des entités ou personnes énumérées aux alinéas 3(a)(1) à 3(a)(3) ci-dessus; et
- (2) d'exiger de leurs entités associées qu'elles renoncent à toute demande de réparation à l'encontre des entités ou personnes énumérées aux alinéas 3(a)(1) à 3(a)(3) ci-dessus.

(c) Pour éviter toute ambiguïté, la présente renonciation mutuelle à recours comprend la renonciation à une demande de réparation en cas de responsabilité découlant de la Convention sur la responsabilité, lorsque la personne, l'entité ou le bien ayant causé le dommage participe à des opérations spatiales protégées et lorsque la personne, l'entité ou le bien lésé l'a été du fait de sa participation à des opérations spatiales protégées.

(d) Nonobstant les autres dispositions du présent article, la présente renonciation mutuelle à recours n'est pas applicable aux demandes de réparation:

- | | | |
|--|--|--|
| 1. Ansprüche zwischen einem Partnerstaat und seiner zugehörigen Stelle oder zwischen seinen zugehörigen Stellen; | (1) claims between a Partner State and its related entity or between its own related entities; | (1) entre un Etat partenaire et son entité associée ou entre ses entités associées; |
| 2. Ansprüche, die von einer natürlichen Person, ihrem Nachlaßpfleger, ihren Hinterbliebenen oder Rechtsnachfolgern – es sei denn, der Rechtsnachfolger ist ein Partnerstaat – wegen Körperverletzung, sonstiger Gesundheitsbeeinträchtigung oder Tod dieser natürlichen Person geltend gemacht werden; | (2) claims made by a natural person, his/her estate, survivors or subrogees (except when a subrogee is a Partner State) for bodily injury to, or other impairment of health of, or death of such natural person; | (2) émanant, en cas de lésion corporelle ou autres atteintes à la santé ou de décès d'une personne physique, de cette personne, de ses héritiers, de ses ayants-droits ou de ses subrogés (sauf lorsqu'un subrogé est un Etat partenaire); |
| 3. Ansprüche wegen Schäden, die durch vorsätzliches Fehlverhalten verursacht werden; | (3) claims for damage caused by willful misconduct; | (3) pour dommage résultant d'une faute intentionnelle; |
| 4. Ansprüche in bezug auf geistiges Eigentum; | (4) intellectual property claims; | (4) au titre de la propriété intellectuelle; |
| 5. Schadensersatzansprüche, die entstehen, weil ein Partnerstaat den gegenseitigen Haftungsausschluß nach Buchstabe b nicht auf seine zugehörigen Stellen ausgedehnt hat. | (5) claims for damage resulting from a failure of a Partner State to extend the cross-waiver of liability to its related entities, pursuant to subparagraph 3(b) above. | (5) résultant du manquement d'un Etat partenaire à étendre la renonciation mutuelle à recours en matière de responsabilité à ses entités associées, en application de l'alinéa 3(b) ci-dessus. |
- e) Mit Bezug auf Buchstabe d Nummer 2 kommt die Regierung Japans, falls sich ein an sie abgetretener Anspruch nicht auf das Gesetz über die Unfallentschädigung für Beschäftigte der Regierung gründet, ihrer Verpflichtung, auf solche abgetretene Ansprüche zu verzichten, nach, indem sie sicherstellt, daß jeder nach Absatz 2 Buchstabe a benannte unterstützende Rechtsträger jede in Buchstabe a Nummern 1 bis 3 aufgeführte Stelle oder Person entsprechend Artikel 15 Absatz 2 und in Einklang mit den anwendbaren Gesetzen und sonstigen Vorschriften Japans aufgrund der Haftung entschädigt, die sich aus dem an die Regierung Japans abgetretenen Anspruch herleitet. Dieser Artikel hindert die Regierung Japans nicht daran, auf die vorstehenden abgetretenen Ansprüche zu verzichten.
- (e) With respect to subparagraph 3(d)(2) above, in the event that a subrogated claim of the Government of Japan is not based upon government employee accident compensation law, the Government of Japan shall fulfill its obligation to waive such subrogated claim by ensuring that any assisting entity specified pursuant to subparagraph 2(a) above indemnifies, in a manner consistent with Article 15(2) and in accordance with applicable laws and regulations of Japan, any entity or person identified in subparagraphs 3(a)(1) through 3(a)(3) above against liability arising from such subrogated claim by the Government of Japan. Nothing in this Article shall preclude the Government of Japan from waiving the foregoing subrogated claims.
- (e) Eu égard à l'alinéa 3(d)(2) ci-dessus, lorsqu'une demande de réparation en subrogation du Gouvernement du Japon ne repose pas sur la législation en matière d'indemnisation des employés gouvernementaux en cas d'accident, le Gouvernement du Japon s'acquitte de son obligation à renoncer à ses demandes de réparation en subrogation en s'assurant que l'entité auxiliaire désignée conformément à l'alinéa 2(a) ci-dessus dédommage, dans le respect de l'article 15.2 et de la législation et réglementation en vigueur au Japon, toute entité ou personne énumérée aux alinéas 3(a)(1) à 3(a)(3) ci-dessus pour les responsabilités découlant des demandes de réparation en subrogation du Gouvernement du Japon. Aucune disposition du présent article n'empêche le Gouvernement du Japon de renoncer aux demandes de réparation en subrogation décrites ci-dessus.
- f) Dieser Artikel kann nicht so ausgelegt werden, als begründe er Ansprüche oder Klagen, die anderweitig nicht begründet sind.
- (f) Nothing in this Article shall be construed to create the basis for a claim or suit where none would otherwise exist.
- (f) Aucune disposition du présent article ne doit être interprétée comme ouvrant droit à une demande de réparation ou à des poursuites qui autrement n'auraient pas été fondées.

Artikel 17

Haftungsübereinkommen

(1) Sofern Artikel 16 nichts anderes bestimmt, bleiben die Partnerstaaten und die ESA nach dem Haftungsübereinkommen haftbar.

(2) Wird nach dem Haftungsübereinkommen ein Anspruch geltend gemacht, so konsultieren die Partner (und gegebenenfalls die ESA) einander umgehend über eine mögliche Haftung, über eine Aufteilung der Haftung und über die Verteidigung gegen diesen Anspruch.

Article 17

Liability Convention

1. Except as otherwise provided in Article 16, the Partner States, as well as ESA, shall remain liable in accordance with the Liability Convention.

2. In the event of a claim arising out of the Liability Convention, the Partners (and ESA, if appropriate) shall consult promptly on any potential liability, on any apportionment of such liability, and on the defense of such claim.

Article 17

Convention sur la responsabilité

1. Sauf dispositions contraires de l'article 16, les Etats partenaires, ainsi que l'ASE, restent responsables conformément aux dispositions de la Convention sur la responsabilité.

2. Dans le cas d'une demande en réparation fondée sur les dispositions de la Convention sur la responsabilité, les Partenaires (et l'ASE, le cas échéant) se consultent dans les meilleurs délais sur toute responsabilité éventuelle, sur toute répartition de cette responsabilité et sur la défense à opposer à cette demande.

(3) Für die Erbringung von Start- und Rückfuhrdiensten nach Artikel 12 Absatz 2 können die betreffenden Partner (und gegebenenfalls die ESA) gesonderte Übereinkünfte über die Aufteilung einer möglichen gesamtschuldnerischen Haftung nach dem Haftungsübereinkommen schließen.

3. Regarding the provision of launch and return services provided for in Article 12(2), the Partners concerned (and ESA, if appropriate) may conclude separate agreements regarding the apportionment of any potential joint and several liability arising out of the Liability Convention.

3. En ce qui concerne la fourniture de services de lancement et de retour sur Terre prévus à l'article 12.2, les Partenaires intéressés (et l'ASE, le cas échéant) peuvent conclure des accords distincts relatifs à la répartition de la responsabilité solidaire éventuelle découlant de la Convention sur la responsabilité.

Artikel 18

Zoll und Einreise

(1) Jeder Partnerstaat erleichtert vorbehaltlich seiner Gesetze und sonstigen Vorschriften die für die Durchführung dieses Übereinkommens notwendigen Reisen von Personen und die für seine Durchführung notwendige Beförderung von Gütern in sein Hoheitsgebiet und aus seinem Hoheitsgebiet.

(2) Jeder Partnerstaat erleichtert vorbehaltlich seiner Gesetze und sonstigen Vorschriften die Ausstellung entsprechender Einreise- und Aufenthaltsdokumente für Staatsangehörige eines anderen Partnerstaats und ihre Familienangehörigen, die in sein Hoheitsgebiet einreisen, aus ihm ausreisen oder sich darin aufhalten, um für die Durchführung dieses Übereinkommens notwendige Aufgaben wahrzunehmen.

(3) Jeder Partnerstaat erteilt die Genehmigung zur zollfreien Ein- und Ausfuhr der für die Durchführung dieses Übereinkommens notwendigen Güter und Software in sein Hoheitsgebiet und aus seinem Hoheitsgebiet und sorgt dafür, daß sie von allen von den Zollbehörden erhobenen sonstigen Steuern und Abgaben befreit sind. Dieser Absatz wird ungeachtet des Herkunftslands dieser notwendigen Güter und Software durchgeführt.

Article 18

Customs and Immigration

1. Each Partner State shall facilitate the movement of persons and goods necessary to implement this Agreement into and out of its territory, subject to its laws and regulations.

2. Subject to its laws and regulations, each Partner State shall facilitate provision of the appropriate entry and residence documentation for nationals and families of nationals of another Partner State who enter or exit or reside within the territory of the first Partner State in order to carry out functions necessary for the implementation of this Agreement.

3. Each Partner State shall grant permission for duty-free importation and exportation to and from its territory of goods and software which are necessary for implementation of this Agreement and shall ensure their exemption from any other taxes and duties collected by the customs authorities. This paragraph shall be implemented without regard to the country of origin of such necessary goods and software.

Article 18

Douanes et immigration

1. Chaque Etat partenaire facilite, dans le respect de sa législation et de sa réglementation, l'entrée et la sortie de son territoire pour les personnes et les biens nécessaires aux fins de mise en oeuvre du présent Accord.

2. Chaque Etat partenaire facilite, dans le respect de sa législation et de sa réglementation, la fourniture de la documentation applicable en matière d'entrée et de séjour sur son territoire aux ressortissants d'un autre Etat partenaire et aux membres de leur famille qui entrent sur son territoire, en sortent ou y séjournent pour y exercer des fonctions nécessaires à la mise en oeuvre du présent Accord.

3. Chaque Etat partenaire accorde l'autorisation d'importer sur son territoire et d'exporter de son territoire, en franchise des droits de douanes, des biens et des logiciels nécessaires à la mise en oeuvre du présent Accord et fait en sorte que ces biens et logiciels soient exemptés de tout autre taxe ou droit prélevé par les autorités douanières. Le présent paragraphe s'applique quel que soit le pays d'origine de ces biens et logiciels nécessaires.

Artikel 19

Austausch von Daten und Gütern

(1) Sofern in diesem Absatz nichts anderes bestimmt ist, gibt jeder Partner über seine zusammenarbeitende Stelle alle technischen Daten und Güter weiter, die (von den beiden an der Weitergabe Beteiligten) für erforderlich gehalten werden, um die Aufgaben der zusammenarbeitenden Stelle dieses Partners aufgrund der einschlägigen Vereinbarungen und Durchführungsregelungen zu erfüllen. Jeder Partner verpflichtet sich, jedes Ersuchen um technische Daten oder Güter, das von der zusammenarbeitenden Stelle eines anderen Partners für Zwecke der Zusammenarbeit bei der Raumstation vorgelegt wird, zügig zu erledigen. Dieser Artikel verpflichtet einen Partnerstaat nicht, technische Daten und Güter weiterzugeben, wenn seine innerstaatlichen Gesetze oder sonstigen Vorschriften dem entgegenstehen.

(2) Die Partner werden sich nach Kräften bemühen, Ersuchen um die Genehmigung der Weitergabe technischer Daten und Güter durch andere Personen oder Stellen als die Partner oder ihre zusammenarbeitenden Stellen (z.B. der sich wahrscheinlich entwickelnde Austausch von Unternehmen zu Unternehmen) zügig zu erledigen, und

Article 19

Exchange of Data and Goods

1. Except as otherwise provided in this paragraph, each Partner, acting through its Cooperating Agency shall transfer all technical data and goods considered to be necessary (by both parties to any transfer) to fulfill the responsibilities of that Partner's Cooperating Agency under the relevant MOUs and implementing arrangements. Each Partner undertakes to handle expeditiously any request for technical data or goods presented by the Cooperating Agency of another Partner for the purposes of Space Station cooperation. This Article shall not require a Partner State to transfer any technical data and goods in contravention of its national laws or regulations.

2. The Partners shall make their best efforts to handle expeditiously requests for authorization of transfers of technical data and goods by persons or entities other than the Partners or their Cooperating Agencies (for example, company-to-company exchanges which are likely to develop), and they shall encourage and facilitate such

Article 19

Echange de données et de biens

1. Sauf dispositions contraires du présent paragraphe, chaque Partenaire, agissant par l'intermédiaire de son Agence coopérante, transfère toutes les données techniques et tous les biens considérés (par les deux parties au transfert) comme nécessaires à l'Agence coopérante de ce Partenaire pour s'acquitter de ses obligations au titre des Mémoires d'Accord et arrangements d'exécution applicables. Chaque Partenaire s'engage à traiter avec célérité toute demande de données techniques ou de biens présentée par l'Agence coopérante d'un autre Partenaire à des fins de coopération relative à la Station spatiale. Le présent article ne fait pas obligation à un Etat partenaire de transférer des données techniques ou des biens en infraction à sa législation ou à sa réglementation nationale.

2. Les Partenaires font tout leur possible pour traiter avec célérité les demandes d'autorisation de transferts de données techniques et de biens par des personnes ou par des entités autres que les Partenaires ou leurs Agences coopérantes (par exemple, les échanges entre firmes qui se développeront vraisemblablement); ils

werden eine solche Weitergabe im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit bei der Raumstation aufgrund dieses Übereinkommens fördern und erleichtern. Ansonsten fällt diese Weitergabe nicht unter die Bedingungen dieses Artikels. Auf diese Weitergabe finden die innerstaatlichen Gesetze und sonstigen Vorschriften Anwendung.

(3) Die Partner stimmen darin überein, daß für die Weitergabe technischer Daten und Güter aufgrund dieses Übereinkommens die in diesem Absatz vorgesehenen Einschränkungen gelten. Die Weitergabe technischer Daten zur Wahrnehmung der Aufgaben der Partner in bezug auf Schnittstellen, Integration und Sicherheit erfolgt in der Regel ohne die in diesem Absatz vorgesehenen Einschränkungen. Sind für Schnittstellen, Integration oder Sicherheit Daten über Detailentwurf, Fertigung und Verarbeitung sowie zugehörige Software erforderlich, so erfolgt die Weitergabe nach Absatz 1; die Daten und die zugehörige Software können jedoch im Einklang mit der nachstehenden Regelung entsprechend gekennzeichnet werden. Technische Daten und Güter, die nicht unter die in diesem Absatz vorgesehenen Einschränkungen fallen, werden uneingeschränkt weitergegeben, sofern die Weitergabe nicht durch innerstaatliche Gesetze oder sonstige Vorschriften anderweitig eingeschränkt ist.

a) Die zusammenarbeitende Stelle, welche die technischen Daten oder Güter liefert, versieht diejenigen, die für die Zwecke der Ausfuhrüberwachung geschützt werden müssen, mit einem Vermerk oder einem anderen besonderen Kennzeichen. In diesem Vermerk oder Kennzeichen sind alle besonderen Bedingungen anzugeben, unter denen solche technischen Daten oder Güter von der empfangenden zusammenarbeitenden Stelle und ihren Auftragnehmern und Unterauftragnehmern benutzt werden können, darunter 1. daß solche technischen Daten oder Güter nur zur Erfüllung der Aufgaben der empfangenden zusammenarbeitenden Stelle aufgrund dieses Übereinkommens und der einschlägigen Vereinbarungen benutzt werden dürfen und 2. daß solche technischen Daten oder Güter nur mit vorheriger schriftlicher Erlaubnis des liefernden Partnerstaats, die über seine zusammenarbeitende Stelle erteilt wird, von anderen Personen oder Stellen als der empfangenden zusammenarbeitenden Stelle, ihren Auftragnehmern oder Unterauftragnehmern oder zu anderen Zwecken benutzt werden dürfen.

b) Die liefernde zusammenarbeitende Stelle versieht die technischen Daten, die zur Wahrung von Schutzrechten geschützt werden müssen, mit einem Vermerk. In diesem Vermerk sind alle besonderen Bedingungen anzugeben, unter denen solche technischen Daten von der empfangenden zusammenarbeitenden Stelle und ihren Auftragnehmern und Unterauftragnehmern benutzt werden können, darunter 1. daß

transfers in connection with the Space Station cooperation under this Agreement. Otherwise, such transfers are not covered by the terms and conditions of this Article. National laws and regulations shall apply to such transfers.

3. The Partners agree that transfers of technical data and goods under this Agreement shall be subject to the restrictions set forth in this paragraph. The transfer of technical data for the purposes of discharging the Partners' responsibilities with regard to interface, integration and safety shall normally be made without the restrictions set forth in this paragraph. If detailed design, manufacturing, and processing data and associated software is necessary for interface, integration or safety purposes, the transfer shall be made in accordance with paragraph 1 above, but the data and associated software may be appropriately marked as set out below. Technical data and goods not covered by the restrictions set forth in this paragraph shall be transferred without restriction, except as otherwise restricted by national laws or regulations.

(a) The furnishing Cooperating Agency shall mark with a notice, or otherwise specifically identify, the technical data or goods that are to be protected for export control purposes. Such a notice or identification shall indicate any specific conditions regarding how such technical data or goods may be used by the receiving Cooperating Agency and its contractors and subcontractors, including (1) that such technical data or goods shall be used only for the purposes of fulfilling the receiving Cooperating Agency's responsibilities under this Agreement and the relevant MOUs, and (2) that such technical data or goods shall not be used by persons or entities other than the receiving Cooperating Agency, its contractors or subcontractors, or for any other purposes, without the prior written permission of the furnishing Partner State, acting through its Cooperating Agency.

(b) The furnishing Cooperating Agency shall mark with a notice the technical data that are to be protected for proprietary rights purposes. Such notice shall indicate any specific conditions regarding how such technical data may be used by the receiving Cooperating Agency and its contractors and subcontractors, including (1) that such technical data shall be used, duplicated, or disclosed only for the purposes

encouragent et facilitent ces transferts pour les besoins de la coopération relative à la Station spatiale au titre du présent Accord. Les dispositions du présent article ne s'appliquent pas par ailleurs à ces transferts. Ceux-ci sont régis par les législations et réglementations nationales.

3. Les Partenaires conviennent que les transferts de données techniques et de biens au titre du présent Accord sont assujettis aux restrictions énoncées dans le présent paragraphe. Les restrictions énoncées dans le présent paragraphe ne s'appliquent pas en règle générale aux transferts de données techniques visant à ce que les Partenaires s'acquittent de leurs responsabilités en matière d'interfaces, d'intégration et de sécurité. Si des données détaillées sur la conception, la fabrication et les procédés ainsi que les logiciels associés sont nécessaires à des fins d'interfaçage, d'intégration ou de sécurité, leur transfert se fait conformément au paragraphe 1 ci-dessus mais les données et les logiciels associés peuvent être signalés par une mention appropriée comme il est indiqué ci-après. Sauf restrictions résultant par ailleurs de la législation ou de la réglementation nationales, les données techniques et les biens non couverts par les restrictions énoncées dans le présent paragraphe sont transférés sans restriction.

(a) L'Agence coopérante qui fournit les données techniques ou les biens signale par une mention ou identifie spécifiquement de toute autre manière les données techniques ou les biens qui doivent être protégés aux fins du contrôle à l'exportation. Cette mention ou marque d'identification indique toute condition spécifique concernant les modalités d'utilisation de ces données techniques ou de ces biens par l'Agence coopérante qui les reçoit, ses contractants et sous-contractants, y compris (1) que ces données techniques ou biens ne peuvent être utilisés par l'Agence coopérante qui les reçoit qu'aux fins des responsabilités dont elle doit s'acquitter au titre du présent Accord et des Mémoires d'Accord applicables et (2) que ces données techniques ou biens ne peuvent être utilisés par des personnes ou entités autres que l'Agence coopérante qui les reçoit, ses contractants ou sous-contractants ni à quelque autre fin que ce soit sans l'autorisation écrite préalable de l'Etat partenaire qui les fournit, agissant par l'intermédiaire de son Agence coopérante.

(b) L'Agence coopérante qui fournit les données techniques signale par une mention celles qui doivent faire l'objet d'une protection au titre des droits de propriété. Cette mention indique toute condition spécifique concernant les modalités d'utilisation de ces données techniques par l'Agence coopérante qui les reçoit, ses contractants et sous-contractants, y compris (1) que ces données techniques seront utilisées,

solche technischen Daten nur für die Erfüllung der Aufgaben der empfangenden zusammenarbeitenden Stelle aufgrund dieses Übereinkommens und der einschlägigen Vereinbarungen benutzt, vervielfältigt oder mitgeteilt werden dürfen und 2. daß solche technischen Daten nur mit vorheriger schriftlicher Erlaubnis des liefernden Partnerstaats, die über seine zusammenarbeitende Stelle erteilt wird, von anderen Personen oder Stellen als der empfangenden zusammenarbeitenden Stelle, ihren Auftragnehmern oder Unterauftragnehmern oder zu anderen Zwecken benutzt werden dürfen.

- c) Unterliegen technische Daten oder Güter, die aufgrund dieses Übereinkommens weitergegeben werden, der Geheimhaltung, so versieht die liefernde zusammenarbeitende Stelle sie mit einem Vermerk oder einem anderen besonderen Kennzeichen. Der ersuchte Partnerstaat kann verlangen, daß diese Weitergabe nach einer Geheimhaltungsübereinkunft erfolgt, welche die Bedingungen für die Weitergabe und den Schutz solcher technischen Daten oder Güter enthält. Eine Weitergabe braucht nicht zu erfolgen, wenn der empfangende Partnerstaat nicht für den Schutz der Geheimhaltung von Patentanmeldungen sorgt, die der Geheimhaltung unterliegende oder sonst für Zwecke der nationalen Sicherheit geheimgehaltene Informationen enthalten. Der Geheimhaltung unterliegende technische Daten oder Güter werden aufgrund dieses Übereinkommens nur weitergegeben, wenn beide Seiten der Weitergabe zustimmen.

(4) Jeder Partnerstaat unternimmt alle erforderlichen Schritte, um sicherzustellen, daß technische Daten oder Güter, die er nach Absatz 3 Buchstabe a, b oder c empfängt, von dem empfangenden Partnerstaat, seiner zusammenarbeitenden Stelle und anderen Personen und Stellen (einschließlich Auftragnehmern und Unterauftragnehmern), denen die technischen Daten oder Güter später weitergegeben werden, entsprechend den Bedingungen des Vermerks oder Kennzeichens behandelt werden. Jeder Partnerstaat und jede zusammenarbeitende Stelle unternehmen alle nach vernünftigem Ermessen erforderlichen Schritte, einschließlich der Gewährleistung angemessener Vertragsbedingungen in ihren Aufträgen und Unteraufträgen, um die unbefugte Benutzung, Mitteilung oder erneute Weitergabe solcher technischen Daten oder Güter oder den unbefugten Zugang dazu zu verhindern. Bei nach Absatz 3 Buchstabe c empfangenen technischen Daten oder Gütern gewährt der empfangende Partnerstaat oder die empfangende zusammenarbeitende Stelle diesen technischen Daten oder Gütern einen Schutzzumfang, der mindestens dem von dem liefernden Partnerstaat oder der liefernden zusammenarbeitenden Stelle gewährten Schutzzumfang gleichwertig ist.

of fulfilling the receiving Cooperating Agency's responsibilities under this Agreement and the relevant MOUs, and (2) that such technical data shall not be used by persons or entities other than the receiving Cooperating Agency, its contractors or subcontractors, or for any other purposes, without the prior written permission of the furnishing Partner State, acting through its Cooperating Agency.

- (c) In the event that any technical data or goods transferred under this Agreement are classified, the furnishing Cooperating Agency shall mark with a notice, or otherwise specifically identify, such technical data or goods. The requested Partner State may require that any such transfer shall be pursuant to a security of information agreement or arrangement which sets forth the conditions for transferring and protecting such technical data or goods. A transfer need not be conducted if the receiving Partner State does not provide for the protection of the secrecy of patent applications containing information that is classified or otherwise held in secrecy for national security purposes. No classified technical data or goods shall be transferred under this Agreement unless both parties agree to the transfer.

4. Each Partner State shall take all necessary steps to ensure that technical data or goods received by it under subparagraphs 3(a), 3(b), or 3(c) above shall be treated by the receiving Partner State, its Cooperating Agency, and other persons and entities (including contractors and subcontractors) to which the technical data or goods are subsequently transferred in accordance with the terms of the notice or identification. Each Partner State and Cooperating Agency shall take all reasonably necessary steps, including ensuring appropriate contractual conditions in their contracts and subcontracts, to prevent unauthorized use, disclosure, or retransfer of, or unauthorized access to, such technical data or goods. In the case of technical data or goods received under subparagraph 3(c) above, the receiving Partner State or Cooperating Agency shall accord such technical data or goods a level of protection at least equivalent to the level of protection accorded by the furnishing Partner State or Cooperating Agency.

reproduites ou communiquées aux seules fins de l'exercice des responsabilités incombant à l'Agence coopérante qui les reçoit au titre du présent Accord et des Mémoires d'Accord applicables, et (2) que ces données techniques ne peuvent être utilisées par des personnes ou entités autres que l'Agence coopérante qui les reçoit, ses contractants ou sous-contractants ni à quelque autre fin que ce soit sans l'autorisation écrite préalable de l'Etat partenaire qui les fournit, agissant par l'intermédiaire de son Agence coopérante.

- (c) En cas de transfert au titre du présent Accord de données techniques ou de biens classifiés, l'Agence coopérante qui les fournit signale par une mention ou identifie spécifiquement de quelque autre manière ces données techniques ou ces biens. L'Etat partenaire auquel ces données techniques ou ces biens sont demandés peut exiger que le transfert s'effectue sur la base d'un accord ou d'un arrangement sur la sécurité de l'information énonçant les conditions de transfert et de protection de ces données techniques ou de ces biens. Le transfert n'est pas obligatoire si l'Etat partenaire qui reçoit les données techniques ou les biens n'assure pas la protection du secret des demandes de brevet comportant des informations classifiées ou autrement tenues secrètes à des fins de sécurité nationale. Il n'est transféré au titre du présent Accord aucune donnée technique ni aucun bien classifiés à moins que les deux parties n'aient approuvé le transfert.

4. Chaque Etat partenaire prend toutes les mesures nécessaires pour faire en sorte que les données techniques ou les biens reçus par lui au titre des alinéas 3(a), 3(b) ou 3(c) ci-dessus soient traités par l'Etat partenaire qui les reçoit, son Agence coopérante et les autres personnes ou entités (y compris les contractants et sous-contractants) auxquels les données techniques ou les biens sont par la suite transférés, conformément aux conditions fixées dans la notice ou la marque d'identification. Chaque Etat partenaire et chaque Agence coopérante prend toutes les mesures nécessaires dans les limites du raisonnable, entre autres par la spécification de conditions contractuelles appropriées dans ses contrats et sous-contrats, pour prévenir l'utilisation, la communication ou le retransfert non autorisés de ces données techniques ou de ces biens ou l'accès non autorisé à ces données techniques ou à ces biens. Pour les données techniques ou les biens reçus au titre de l'alinéa 3(c) ci-dessus, l'Etat partenaire ou l'Agence coopérante qui les reçoit leur applique un niveau de protection au moins équivalent à celui qui est appliqué par l'Etat partenaire ou l'Agence coopérante qui les fournit.

(5) Es ist nicht die Absicht der Partner, durch dieses Übereinkommen oder die einschlägigen Vereinbarungen einem Empfänger weitergehende Rechte als das Recht auf Benutzung, Mitteilung oder erneute Weitergabe empfangener technischer Daten oder Güter entsprechend den nach diesem Artikel auferlegten Bedingungen zu gewähren.

(6) Der Rücktritt eines Partnerstaats von diesem Übereinkommen läßt die Rechte oder Pflichten hinsichtlich des Schutzes technischer Daten oder Güter, die vor diesem Rücktritt aufgrund dieses Übereinkommens weitergegeben wurden, unberührt, sofern in einer Rücktrittsvereinbarung nach Artikel 28 nichts anderes vereinbart wird.

(7) Für die Zwecke dieses Artikels gilt jede Weitergabe technischer Daten und Güter durch eine zusammenarbeitende Stelle an die ESA als für die ESA, für alle europäischen Partnerstaaten und für die von der ESA bezeichneten Auftragnehmer und Unterauftragnehmer für die Raumstation bestimmt, sofern bei der Weitergabe nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt wird.

(8) Die Partner legen über ihre zusammenarbeitenden Stellen Leitlinien für die Sicherheit von Informationen fest.

5. It is not the intent of the Partners to grant, through this Agreement or the relevant MOUs, any rights to a recipient beyond the right to use, disclose, or retransfer received technical data or goods consistent with conditions imposed under this Article.

6. Withdrawal from this Agreement by a Partner State shall not affect rights or obligations regarding the protection of technical data and goods transferred under this Agreement prior to such withdrawal, unless otherwise agreed in a withdrawal agreement pursuant to Article 28.

7. For the purposes of this Article, any transfer of technical data and goods by a Cooperating Agency to ESA shall be deemed to be destined to ESA, to all of the European Partner States, and to ESA's designated Space Station contractors and subcontractors, unless otherwise specifically provided for at the time of transfer.

8. The Partners, through their Cooperating Agencies, will establish guidelines for security of information.

5. Par le présent Accord ou les Mémoires d'Accord applicables, les Partenaires n'entendent accorder à un bénéficiaire d'autre droit que celui d'utiliser, de communiquer ou de retransférer des données techniques ou des biens reçus, conformément aux conditions imposées par le présent article.

6. Le retrait du présent Accord d'un Etat partenaire n'affecte pas les droits et obligations en ce qui concerne la protection des données techniques et des biens transférés au titre du présent Accord avant ce retrait, sauf s'il en est autrement convenu dans un accord de retrait en application de l'article 28.

7. Aux fins du présent article, tout transfert par une Agence coopérante de données techniques ou de biens à l'ASE est considéré comme destiné à l'ASE, à tous les Etats partenaires européens ainsi qu'aux contractants et sous-contractants de la Station spatiale désignés par l'ASE, sauf disposition contraire expressément prévue au moment du transfert.

8. Les Partenaires, par l'intermédiaire de leurs Agences coopérantes, élaboreront des directives en matière de sécurité de l'information.

Artikel 20

Behandlung von Daten und Gütern im Transit

Im Hinblick auf die Bedeutung des kontinuierlichen Betriebs und der uneingeschränkten internationalen Nutzung der Raumstation gestattet jeder Partnerstaat, soweit es seine anwendbaren Gesetze und sonstigen Vorschriften zulassen, den raschen Transit von Daten und Gütern der anderen Partner, ihrer zusammenarbeitenden Stellen und ihrer Nutzer. Dieser Artikel gilt nur für Daten oder Güter, die sich im Transit zu oder von der Raumstation befinden, wozu unter anderem der Transit zwischen seiner Staatsgrenze und einem Start- oder Landeplatz in seinem Hoheitsgebiet sowie zwischen einem Start- oder Landeplatz und der Raumstation gehört.

Artikel 21

Geistiges Eigentum

(1) Für die Zwecke dieses Übereinkommens ist der Begriff „geistiges Eigentum“ im Sinn des Artikels 2 des am 14. Juli 1967 in Stockholm beschlossenen Übereinkommens zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum zu verstehen.

(2) Vorbehaltlich dieses Artikels gilt für die Zwecke des Rechts des geistigen Eigentums eine Tätigkeit, die in oder an einem Flugelement der Raumstation ausgeführt wird, als ausschließlich im Hoheitsgebiet des Partnerstaats ausgeführt, der das Element registriert hat; was jedoch die von der ESA registrierten Elemente betrifft,

Article 20

Treatment of Data and Goods in Transit

Recognizing the importance of the continuing operation and full international utilization of the Space Station, each Partner State shall, to the extent its applicable laws and regulations permit, allow the expeditious transit of data and goods of the other Partners, their Cooperating Agencies, and their users. This Article shall only apply to data and goods transiting to and from the Space Station, including but not limited to transit between its national border and a launch or landing site within its territory, and between a launch or landing site and the Space Station.

Article 21

Intellectual Property

1. For the purposes of this Agreement, "intellectual property" is understood to have the meaning of Article 2 of the Convention Establishing the World Intellectual Property Organization, done at Stockholm on 14 July 1967.

2. Subject to the provisions of this Article, for purposes of intellectual property law, an activity occurring in or on a Space Station flight element shall be deemed to have occurred only in the territory of the Partner State of that element's registry, except that for ESA-registered elements any European Partner State may deem the

Article 20

Traitement des données et des biens en transit

Reconnaissant l'importance de l'exploitation continue et de la pleine utilisation internationale de la Station spatiale, chaque Etat partenaire permet, dans la mesure où l'y autorisent sa législation et sa réglementation nationales, le transit rapide des données et des biens des autres Partenaires, de leurs Agences coopérantes et de leurs utilisateurs. Le présent article ne s'applique qu'aux données et aux biens en transit à destination ou en provenance de la Station spatiale y compris, de manière non limitative, le transit entre ses frontières nationales et un site de lancement ou d'atterrissage situé sur son territoire et le transit entre un site de lancement ou d'atterrissage et la Station spatiale.

Article 21

Propriété intellectuelle

1. Aux fins du présent Accord, l'expression «propriété intellectuelle» a le sens que lui donne l'article 2 de la Convention portant création de l'Organisation mondiale de la propriété intellectuelle, signée à Stockholm le 14 juillet 1967.

2. Pour l'application du droit en matière de propriété intellectuelle, et sous réserve des dispositions du présent article, une activité se déroulant dans ou sur un élément de vol de la Station spatiale est réputée n'avoir eu lieu que sur le territoire de l'Etat partenaire ayant immatriculé cet élément, à ceci près que, pour les éléments

kann jeder europäische Partnerstaat die Tätigkeit als in seinem Hoheitsgebiet ausgeführt betrachten. Zur Vermeidung von Unklarheiten wird festgestellt, daß die Teilnahme eines Partnerstaats, seiner zusammenarbeitenden Stelle oder seiner zugehörigen Stellen an einer Tätigkeit, die in oder an einem Raumstationsflugelement eines anderen Partners ausgeführt wird, an sich nicht die Hoheitsgewalt über eine solche Tätigkeit, wie in Satz 1 festgelegt, ändert oder berührt.

(3) Ein Partnerstaat wendet in bezug auf eine Erfindung, die in oder an einem Flugelement der Raumstation von einer Person gemacht wird, die nicht Staatsangehörige dieses Partnerstaats ist oder in diesem Staat ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat, seine Rechtsvorschriften betreffend die Geheimhaltung von Erfindungen nicht so an, daß er die Einreichung einer Patentanmeldung in einem anderen Partnerstaat, der die Geheimhaltung von Patentanmeldungen schützt, die der Geheimhaltung unterliegende oder sonst für Zwecke der nationalen Sicherheit geschützte Informationen enthalten, verhindert (indem er z.B. eine Frist vorschreibt oder die Einholung einer vorherigen Genehmigung verlangt). Diese Bestimmung beeinträchtigt nicht a) das Recht eines Partnerstaats, in dem eine Patentanmeldung zuerst eingereicht wird, die Geheimhaltung der Patentanmeldung zu überwachen oder die weitere Anmeldung zu beschränken, oder b) das Recht eines anderen Partnerstaats, in dem eine Patentanmeldung später eingereicht wird, aufgrund einer internationalen Verpflichtung die Verbreitung einer Anmeldung zu beschränken.

(4) Ist eine natürliche oder juristische Person Inhaber von Rechten an geistigem Eigentum, die in mehr als einem europäischen Partnerstaat geschützt sind, so kann sie nur in einem dieser Staaten für ein und dieselbe in oder an einem von der ESA registrierten Element begangene Verletzung dieser Rechte an diesem geistigen Eigentum Schadensersatz erlangen. Führt ein und dieselbe Rechtsverletzung in oder an einem von der ESA registrierten Element zu Klagen mehrerer Inhaber von Rechten an geistigem Eigentum, weil mehr als ein europäischer Partnerstaat der Ansicht ist, daß die Tätigkeit in seinem Hoheitsgebiet ausgeführt wurde, so kann ein Gericht im Fall einer später erhobenen Klage eine einstweilige Aussetzung des Verfahrens beschließen, um das Ergebnis einer früher erhobenen Klage abzuwarten. Wurden mehrere Gerichtsverfahren eingeleitet, so schließt die Vollstreckung eines auf Entschädigung lautenden Urteils in einem dieser Verfahren jede weitere Entschädigung in jedem anhängigen oder künftigen Verfahren aus, das auf dieselbe Rechtsverletzung gegründet ist.

(5) Hinsichtlich einer Tätigkeit, die in oder an einem von der ESA registrierten Element ausgeführt wird, darf sich ein europäischer Partnerstaat nicht weigern, eine Lizenz für die Ausübung eines Rechts an geistigem

activity to have occurred within its territory. For avoidance of doubt, participation by a Partner State, its Cooperating Agency, or its related entities in an activity occurring in or on any other Partner's Space Station flight element shall not in and of itself alter or affect the jurisdiction over such activity provided for in the previous sentence.

3. In respect of an invention made in or on any Space Station flight element by a person who is not its national or resident, a Partner State shall not apply its laws concerning secrecy of inventions so as to prevent the filing of a patent application (for example, by imposing a delay or requiring prior authorization) in any other Partner State that provides for the protection of the secrecy of patent applications containing information that is classified or otherwise protected for national security purposes. This provision does not prejudice (a) the right of any Partner State in which a patent application is first filed to control the secrecy of such patent application or restrict its further filing; or (b) the right of any other Partner State in which an application is subsequently filed to restrict, pursuant to any international obligation, the dissemination of an application.

4. Where a person or entity owns intellectual property which is protected in more than one European Partner State, that person or entity may not recover in more than one such State for the same act of infringement of the same rights in such intellectual property which occurs in or on an ESA-registered element. Where the same act of infringement in or on an ESA-registered element gives rise to actions by different intellectual property owners by virtue of more than one European Partner State's deeming the activity to have occurred in its territory, a court may grant a temporary stay of proceeding in a later-filed action pending the outcome of an earlier-filed action. Where more than one action is brought, satisfaction of a judgment rendered for damages in any of the actions shall bar further recovery of damages in any pending or future action for infringement based upon the same act of infringement.

5. With respect to an activity occurring in or on an ESA-registered element, no European Partner State shall refuse to recognize a license for the exercise of any intellectual property right if that license is

immatriculés par l'ASE, chaque Etat partenaire européen peut estimer que l'activité s'est déroulée dans les limites de son territoire. Pour éviter toute ambiguïté, la participation d'un Etat partenaire, de son Agence coopérante ou de ses entités associées à une activité se déroulant dans ou sur un élément de vol de la Station spatiale de tout autre Partenaire ne modifie ni n'affecte en soi la juridiction applicable à cette activité telle que la prévoit la phrase précédente.

3. Pour les inventions faites dans ou sur un élément de vol de la Station spatiale par une personne qui n'est pas ressortissante d'un Etat partenaire ou qui n'y réside pas, celui-ci n'applique pas sa législation en matière de secret de l'invention, dans la mesure où ceci empêcherait (par exemple en imposant un délai ou en exigeant une autorisation préalable) le dépôt d'une demande de brevet dans un autre Etat partenaire qui assure la protection du secret des demandes de brevet contenant des informations classifiées ou autrement protégées à des fins de sécurité nationale. Cette disposition n'affecte pas (a) le droit d'un Etat partenaire auprès duquel une demande de brevet est déposée en premier lieu, de contrôler la confidentialité ou de limiter la possibilité de dépôts ultérieurs d'une telle demande ou (b) le droit de tout autre Etat partenaire auprès duquel une demande de brevet est déposée par la suite de restreindre, conformément aux obligations internationales, la diffusion d'une demande de brevet.

4. Lorsqu'une personne ou une entité détient des droits de propriété intellectuelle protégés dans plus d'un Etat partenaire européen, cette personne ou entité ne peut obtenir réparation dans plus d'un de ces Etats pour la même atteinte aux mêmes droits de propriété intellectuelle se produisant dans ou sur un élément immatriculé par l'ASE. Lorsque la même atteinte intervenant dans ou sur un élément immatriculé par l'ASE donne lieu à l'engagement de procédures par différents détenteurs de droits de propriété intellectuelle du fait que plus d'un Etat partenaire européen considère que l'acte s'est produit sur son territoire, un tribunal peut, dans l'attente du résultat d'une procédure en cours, décider la suspension temporaire d'une procédure engagée ultérieurement. Lorsque plusieurs procédures sont engagées, l'exécution d'un jugement accordant des dommages et intérêts, au titre de l'une d'entre elles, exclut toute indemnisation ultérieure au titre d'une action en cours ou future, relative à une atteinte, fondée sur le même motif.

5. En ce qui concerne les activités se déroulant dans ou sur un élément immatriculé par l'ASE, aucun Etat partenaire européen ne peut refuser de reconnaître une licence pour l'exercice d'un quelconque

Eigentum anzuerkennen, wenn diese Lizenz nach dem Recht eines der europäischen Partnerstaaten durchsetzbar ist; die Einhaltung der Bestimmungen einer solchen Lizenz schließt auch jeden Schadensersatz für eine Verletzung in einem europäischen Partnerstaat aus.

(6) Die vorübergehende Anwesenheit von Gegenständen, einschließlich der Bestandteile eines Flugelements, im Hoheitsgebiet eines Partnerstaats im Transit zwischen einem beliebigen Ort auf der Erde und einem von einem anderen Partnerstaat oder der ESA registrierten Flugelement der Raumstation begründet an sich nicht die Einleitung eines Verfahrens wegen Patentverletzung im ersten Partnerstaat.

Artikel 22

Strafgerichtsbarkeit

Angesichts der einzigartigen und neuartigen Natur dieser besonderen internationalen Zusammenarbeit im Weltraum

(1) können Kanada, die europäischen Partnerstaaten, Japan, Rußland und die Vereinigten Staaten Strafgerichtsbarkeit über in oder an Flugelementen tätige Mitglieder des Personals, die ihre Staatsangehörigkeit besitzen, ausüben.

(2) In einem Fall, der eine strafbare Handlung in der Umlaufbahn beinhaltet, die a) das Leben oder die Sicherheit eines Staatsangehörigen eines anderen Partnerstaats beeinträchtigt oder b) in oder an dem Flugelement eines anderen Partnerstaates erfolgt oder zur Beschädigung dieses Flugelements führt, konsultiert der Partnerstaat, dessen Staatsangehöriger der Tatverdächtige ist, auf Ersuchen eines betroffenen Partnerstaats diesen Staat im Hinblick auf ihr jeweiliges Interesse an einer Strafverfolgung. Ein betroffener Partnerstaat kann nach dieser Konsultation Strafgerichtsbarkeit über den Tatverdächtigen ausüben, sofern der Partnerstaat, dessen Staatsangehöriger der Tatverdächtige ist, binnen 90 Tagen nach dem Tag der Konsultation oder innerhalb einer anderen einvernehmlich festgelegten Frist entweder

1. der Ausübung der Strafgerichtsbarkeit zustimmt oder
2. nicht zusichert, daß er den Fall seinen zuständigen Behörden zur Strafverfolgung unterbreiten wird.

(3) Erhält ein Partnerstaat, der die Auslieferung vom Bestehen eines Vertrags abhängig macht, ein Auslieferungsersuchen eines anderen Partnerstaats, mit dem er keinen Auslieferungsvertrag hat, so kann er, wenn er dies wünscht, dieses Übereinkommen als Rechtsgrundlage für die Auslieferung in bezug auf die behauptete strafbare Handlung in der Umlaufbahn betrachten. Die Auslieferung unterliegt den Verfahrensvorschriften und sonstigen Bedingungen des Rechts des ersuchten Partnerstaats.

enforceable under the laws of any European Partner State, and compliance with the provisions of such license shall also bar recovery for infringement in any European Partner State.

6. The temporary presence in the territory of a Partner State of any articles, including the components of a flight element, in transit between any place on Earth and any flight element of the Space Station registered by another Partner State or ESA shall not in itself form the basis for any proceedings in the first Partner State for patent infringement.

Article 22

Criminal Jurisdiction

In view of the unique and unprecedented nature of this particular international cooperation in space:

1. Canada, the European Partner States, Japan, Russia, and the United States may exercise criminal jurisdiction over personnel in or on any flight element who are their respective nationals.

2. In a case involving misconduct on orbit that: (a) affects the life or safety of a national of another Partner State or (b) occurs in or on or causes damage to the flight element of another Partner State, the Partner State whose national is the alleged perpetrator shall, at the request of any affected Partner State, consult with such State concerning their respective prosecutorial interests. An affected Partner State may, following such consultation, exercise criminal jurisdiction over the alleged perpetrator provided that, within 90 days of the date of such consultation or within such other period as may be mutually agreed, the Partner State whose national is the alleged perpetrator either:

- (1) concurs in such exercise of criminal jurisdiction, or
- (2) fails to provide assurances that it will submit the case to its competent authorities for the purpose of prosecution.

3. If a Partner State which makes extradition conditional on the existence of a treaty receives a request for extradition from another Partner State with which it has no extradition treaty, it may at its option consider this Agreement as the legal basis for extradition in respect of the alleged misconduct on orbit. Extradition shall be subject to the procedural provisions and the other conditions of the law of the requested Partner State.

droit de propriété intellectuelle si la validité de cette licence est reconnue par la législation de l'un des Etats partenaires européens, et l'observation des clauses de cette licence exclut par ailleurs toute indemnisation pour une atteinte intervenant dans un Etat partenaire européen.

6. La présence temporaire sur le territoire d'un Etat partenaire de tous articles, y compris les composants d'un élément de vol, en transit entre un point quelconque au sol et un quelconque élément de vol de la Station spatiale immatriculé par un autre Etat partenaire ou par l'ASE ne constitue pas en soi un motif permettant d'engager, dans le premier Etat partenaire, une quelconque action pour contrefaçon de brevet.

Article 22

Jurisdiction pénale

Eu égard au caractère unique et sans précédent de cette forme particulière de coopération internationale dans l'espace:

1. Le Canada, les Etats partenaires européens, le Japon, la Russie et les Etats-Unis peuvent exercer la juridiction pénale sur les personnels dans ou sur tout élément de vol qui sont leurs ressortissants.

2. En cas d'infraction en orbite: (a) portant atteinte à la vie ou à la sécurité d'un ressortissant d'un autre Etat partenaire ou (b) survenant dans ou sur l'élément de vol d'un autre Etat partenaire ou endommageant cet élément, l'Etat partenaire dont le ressortissant est l'auteur présumé de l'infraction consulte, à la demande de l'un quelconque des Etats partenaires lésés, ledit Etat au sujet de leurs intérêts respectifs en matière de poursuites. Un Etat partenaire lésé peut, après une telle consultation, exercer la juridiction pénale sur l'auteur présumé de l'infraction à condition que dans les 90 jours suivant cette consultation ou dans un autre délai à arrêter d'un commun accord, l'Etat partenaire dont le ressortissant est l'auteur présumé de l'infraction:

- (1) donne son accord à l'exercice de cette juridiction pénale, ou
- (2) ne donne pas les assurances qu'il soumettra cette affaire à ses autorités compétentes en vue de poursuites.

3. Si un Etat partenaire pour lequel l'extradition est assujettie à l'existence d'un traité reçoit une demande d'extradition émanant d'un autre Etat partenaire avec lequel il n'a pas conclu de traité d'extradition, il peut s'il le désire considérer que le présent Accord constitue le fondement juridique de l'extradition liée à l'infraction présumée en orbite. L'extradition est soumise aux règles de procédure et autres conditions de la législation de l'Etat partenaire requis.

(4) Jeder Partnerstaat leistet vorbehaltlich seiner innerstaatlichen Gesetze und sonstigen Vorschriften den anderen Partnern Unterstützung im Zusammenhang mit einer behaupteten strafbaren Handlung in der Umlaufbahn.

(5) Mit diesem Artikel ist nicht beabsichtigt, die Befugnisse und Verfahren für die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Ausführung von Mannschaftstätigkeiten in oder an der Raumstation einzuschränken, die im Verhaltenskodex nach Artikel 11 festgelegt werden, und mit dem Verhaltenskodex ist nicht beabsichtigt, die Anwendung dieses Artikels einzuschränken.

Artikel 23

Konsultationen

(1) Die Partner können einander über ihre zusammenarbeitenden Stellen in allen sich aus der Zusammenarbeit bei der Raumstation ergebenden Fragen konsultieren. Die Partner bemühen sich nach Kräften, diese Fragen durch Konsultationen zwischen allen oder einzelnen zusammenarbeitenden Stellen nach den in den Vereinbarungen niedergelegten Verfahren zu regeln.

(2) Jeder Partner kann um Konsultationen auf Regierungsebene mit einem anderen Partner über alle sich aus der Zusammenarbeit bei der Raumstation ergebenden Fragen ersuchen. Der ersuchte Partner entspricht diesem Ersuchen umgehend. Teilt der ersuchende Partner den Vereinigten Staaten mit, daß der Gegenstand der Konsultationen von allen Partnern geprüft werden sollte, so beraumen die Vereinigten Staaten zum frühestmöglichen Zeitpunkt multilaterale Konsultationen an und laden alle Partner dazu ein.

(3) Jeder Partner, der erhebliche Entwurfsänderungen an einem Flugelement vornehmen will, die sich auf die anderen Partner auswirken können, teilt dies den anderen Partnern bei der frühestmöglichen Gelegenheit mit. Ein Partner, der eine solche Mitteilung erhalten hat, kann darum ersuchen, daß die Angelegenheit zum Gegenstand von Konsultationen nach den Absätzen 1 und 2 gemacht wird.

(4) Bedarf eine durch Konsultationen nicht geregelte Angelegenheit weiterhin der Regelung, so können die beteiligten Partner sie einer vereinbarten Form der Beilegung von Streitigkeiten wie Vergleich, Vermittlung oder Schiedsspruch unterwerfen.

Artikel 24

Überprüfung der Zusammenarbeit bei der Raumstation

Im Hinblick darauf, daß die Zusammenarbeit aufgrund dieses Übereinkommens langfristig angelegt und komplex ist und sich weiterentwickeln wird, halten die Partner einander über Entwicklungen, die sich auf diese Zusammenarbeit auswirken können, auf dem laufenden. Die Partner treten

4. Each Partner State shall, subject to its national laws and regulations, afford the other Partners assistance in connection with alleged misconduct on orbit.

5. This Article is not intended to limit the authorities and procedures for the maintenance of order and the conduct of crew activities in or on the Space Station which shall be established in the Code of Conduct pursuant to Article 11, and the Code of Conduct is not intended to limit the application of this Article.

Article 23

Consultations

1. The Partners, acting through their Cooperating Agencies, may consult with each other on any matter arising out of Space Station cooperation. The Partners shall exert their best efforts to settle such matters through consultation between or among their Cooperating Agencies in accordance with procedures provided in the MOUs.

2. Any Partner may request that government-level consultations be held with another Partner on any matter arising out of Space Station cooperation. The requested Partner shall accede to such request promptly. If the requesting Partner notifies the United States that the subject of such consultations is appropriate for consideration by all the Partners, the United States shall convene multilateral consultations at the earliest practicable time, to which it shall invite all the Partners.

3. Any Partner which intends to proceed with significant flight element design changes which may have an impact on the other Partners shall notify the other Partners accordingly at the earliest opportunity. A Partner so notified may request that the matter be submitted to consultations in accordance with paragraphs 1 and 2 above.

4. If an issue not resolved through consultations still needs to be resolved, the concerned Partners may submit that issue to an agreed form of dispute resolution such as conciliation, mediation, or arbitration.

Article 24

Space Station Cooperation Review

In view of the long-term, complex, and evolving character of their cooperation under this Agreement, the Partners shall keep each other informed of developments which might affect this cooperation. Beginning in 1999, and every three years thereafter, the Partners shall meet to deal

4. Chaque Etat partenaire prête assistance, dans le respect de sa législation et de sa réglementation nationales, aux autres Partenaires en cas d'infraction présumée en orbite.

5. Le présent article ne vise pas à restreindre les pouvoirs et les procédures applicables au maintien de l'ordre et au déroulement des activités de l'équipage dans ou sur la Station spatiale définies dans le Code de conduite en application de l'article 11, et le Code de conduite ne vise pas à limiter l'application du présent article.

Article 23

Consultations

1. Les Partenaires, agissant par l'intermédiaire de leurs Agences coopérantes, peuvent se consulter mutuellement sur toute question découlant de la coopération relative à la Station spatiale. Les Partenaires font tout leur possible pour régler ces questions par voie de consultations entre deux ou plusieurs de leurs Agences coopérantes conformément aux procédures prévues dans les Mémoires d'Accord.

2. Tout Partenaire peut demander que se tiennent des consultations au niveau gouvernemental avec un autre Partenaire sur toute question découlant de la coopération relative à la Station spatiale. Le Partenaire sollicité accède à cette demande dans les meilleurs délais. Si le Partenaire demandeur informe les Etats-Unis que l'objet de ces consultations se prête à un examen par tous les Partenaires, les Etats-Unis organisent, aussi rapidement que possible, des consultations multilatérales auxquelles ils invitent tous les Partenaires.

3. Tout Partenaire qui compte procéder à des modifications notables de la conception d'un élément de vol susceptibles d'avoir une incidence pour les autres Partenaires en avise les autres Partenaires dans les meilleurs délais. Un Partenaire ainsi avisé peut demander que l'affaire soit soumise à la procédure de consultation prévue aux paragraphes 1 et 2 ci-dessus.

4. Si une question non résolue par voie de consultations reste à résoudre, les Partenaires intéressés peuvent la soumettre à une procédure agréée de règlement des différends telle que la conciliation, la médiation ou l'arbitrage.

Article 24

Examen de la coopération relative à la Station spatiale

En raison du caractère à long terme, complexe et évolutif de leur coopération au titre du présent Accord, les Partenaires se tiennent mutuellement informés des évolutions susceptibles d'affecter cette coopération. A partir de l'année 1999, et tous les trois ans par la suite, les Partenaires se

erstmal 1999 und danach alle drei Jahre zusammen, um Fragen der Zusammenarbeit zu behandeln und die Zusammenarbeit bei der Raumstation zu überprüfen und zu fördern.

with matters involved in their cooperation and to review and promote Space Station cooperation.

réunissent pour traiter les questions liées à leur coopération et pour examiner et promouvoir la coopération relative à la Station spatiale.

Artikel 25

Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die in der Präambel aufgeführten Staaten zur Unterzeichnung auf.

(2) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, der Annahme, der Genehmigung oder des Beitritts. Die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt erfolgt nach Maßgabe der verfassungsrechtlichen Verfahren jedes Staates. Die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden werden bei der Regierung der Vereinigten Staaten, die hiermit zum Verwahrer bestimmt wird, hinterlegt.

(3)

a) Dieses Übereinkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die letzte Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde Japans, Rußlands und der Vereinigten Staaten hinterlegt worden ist. Der Verwahrer notifiziert allen Unterzeichnerstaaten das Inkrafttreten dieses Übereinkommens.

b) Dieses Übereinkommen tritt für einen europäischen Partnerstaat erst in Kraft, wenn es für den europäischen Partner in Kraft getreten ist. Es tritt für den europäischen Partner in Kraft, wenn der Verwahrer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden von mindestens vier europäischen Unterzeichnerstaaten oder beitretenden Staaten und außerdem eine förmliche Notifikation des Vorsitzenden des ESA-Rates erhalten hat.

c) Nach dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens für den europäischen Partner tritt es für jeden in der Präambel aufgeführten europäischen Staat, der seine Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde noch nicht hinterlegt hat, mit der Hinterlegung dieser Urkunde in Kraft. Jeder in der Präambel nicht aufgeführte Mitgliedstaat der ESA kann diesem Übereinkommen durch Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde beim Verwahrer beitreten.

(4) Mit dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens tritt das Übereinkommen von 1988 außer Kraft.

(5) Falls dieses Übereinkommen für einen Partner binnen zwei Jahren nach seiner Unterzeichnung nicht in Kraft getreten ist, können die Vereinigten Staaten eine Konferenz der Unterzeichner dieses Übereinkommens einberufen, um zu prüfen, welche Schritte – einschließlich der Modifikation dieses Übereinkommens – erforderlich sind, um diesem Umstand Rechnung zu tragen.

Article 25

Entry into Force

1. This Agreement shall remain open for signature by the States listed in the Preamble of this Agreement.

2. This Agreement is subject to ratification, acceptance, approval, or accession. Ratification, acceptance, approval, or accession shall be effected by each State in accordance with its constitutional processes. Instruments of ratification, acceptance, approval, or accession shall be deposited with the Government of the United States, hereby designated as the Depositary.

3.

(a) This Agreement shall enter into force on the date on which the last instrument of ratification, acceptance, or approval of Japan, Russia and the United States has been deposited. The Depositary shall notify all signatory States of this Agreement's entry into force.

(b) This Agreement shall not enter into force for a European Partner State before it enters into force for the European Partner. It shall enter into force for the European Partner after the Depositary receives instruments of ratification, acceptance, approval, or accession from at least four European signatory or acceding States, and, in addition, a formal notification by the Chairman of the ESA Council.

(c) Following entry into force of this Agreement for the European Partner, it shall enter into force for any European State listed in the Preamble that has not deposited its instrument of ratification, acceptance or approval upon deposit of such instrument. Any ESA Member State not listed in the Preamble may accede to this Agreement by depositing its instrument of accession with the Depositary.

4. Upon entry into force of this Agreement, the 1988 Agreement shall cease to be in force.

5. If this Agreement has not entered into force for a Partner within a period of two years after its signature, the United States may convene a conference of the signatories to this Agreement to consider what steps, including any modifications to this Agreement, are necessary to take account of that circumstance.

Article 25

Entrée en vigueur

1. Le présent Accord reste ouvert à la signature des Etats énumérés au préambule.

2. Le présent Accord est soumis à ratification, acceptation, approbation ou adhésion. La ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion sont effectuées par chaque Etat conformément à ses procédures constitutionnelles. Les instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion sont déposés auprès du Gouvernement des Etats-Unis, ici désigné comme Dépositaire.

3.

(a) Le présent Accord entrera en vigueur à la date à laquelle le dernier instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation du Japon, de la Russie et des Etats-Unis aura été déposé. Le Dépositaire notifiera l'entrée en vigueur du présent Accord à tous les Etats signataires.

(b) Le présent Accord n'entrera pas en vigueur pour un Etat partenaire européen avant d'entrer en vigueur pour le Partenaire européen. Il entrera en vigueur pour le Partenaire européen lorsque le Dépositaire aura reçu les instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion d'au moins quatre Etats européens signataires ou adhérents et, en outre, une notification officielle du Président du Conseil de l'ESA.

(c) Après l'entrée en vigueur du présent Accord pour le Partenaire européen, il entrera en vigueur, pour tout Etat européen figurant au préambule qui n'aura pas déposé son instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation, au moment du dépôt de cet instrument. Tout Etat membre de l'ASE qui ne figure pas au préambule peut adhérer au présent Accord en déposant son instrument d'adhésion auprès du Dépositaire.

4. Dès l'entrée en vigueur du présent Accord, l'Accord de 1988 deviendra caduc.

5. Si le présent Accord n'est pas entré en vigueur pour un Partenaire dans les deux ans suivant sa signature, les Etats-Unis peuvent réunir une conférence des signataires du présent Accord pour examiner les mesures, y compris d'éventuelles modifications du présent Accord, nécessaires pour tenir compte de ces circonstances.

Artikel 26**Wirksamwerden
zwischen bestimmten Vertragsparteien**

Ungeachtet des Artikels 25 Absatz 3 Buchstabe a wird dieses Übereinkommen im Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland an dem Tag wirksam, an dem sie ihre Zustimmung, gebunden zu sein, durch Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde ausgedrückt haben. Der Verwahrer notifiziert allen Unterzeichnerstaaten, ob dieses Übereinkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland nach diesem Artikel wirksam wird.

Artikel 27**Änderungen**

Dieses Übereinkommen einschließlich seiner Anlage kann durch schriftliche Vereinbarung der Regierungen der Partnerstaaten, für die es in Kraft getreten ist, geändert werden. Änderungen dieses Übereinkommens, ausgenommen Änderungen, die ausschließlich an der Anlage vorgenommen werden, bedürfen der Ratifikation, der Annahme, der Genehmigung oder des Beitritts der betreffenden Staaten nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen Verfahren. Änderungen, die ausschließlich an der Anlage vorgenommen werden, bedürfen nur der schriftlichen Zustimmung der Regierungen der Partnerstaaten, für die dieses Übereinkommen in Kraft getreten ist.

Artikel 28**Rücktritt**

(1) Jeder Partnerstaat kann von diesem Übereinkommen jederzeit unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr durch eine an den Verwahrer gerichtete schriftliche Anzeige zurücktreten. Der Rücktritt eines europäischen Partnerstaats berührt nicht die Rechte und Pflichten des europäischen Partners nach diesem Übereinkommen.

(2) Zeigt ein Partner den Rücktritt von diesem Übereinkommen an, so bemühen sich die Partner im Hinblick auf die Sicherstellung der Fortsetzung des Gesamtprogramms, Einvernehmen über die Bedingungen des Rücktritts dieses Partners zu erzielen, bevor der Rücktritt wirksam wird.

(3)

a) Da Kanadas Beitrag ein wesentlicher Bestandteil der Raumstation ist, stellt Kanada nach seinem Rücktritt sicher, daß die Vereinigten Staaten die in der Anlage aufgeführten kanadischen Elemente wirksam nutzen und betreiben können. Zu diesem Zweck stellt Kanada umgehend Gerät, Zeichnungen, Dokumentation, Software, Ersatzteile, Werkzeuge, Sondererprobungsgerät und/oder andere notwendige Sachen bereit, um welche die Vereinigten Staaten ersuchen.

Article 26**Operative Effect
as Between Certain Parties**

Notwithstanding Article 25 (3)(a) above, this Agreement shall become operative as between the United States and Russia on the date they have expressed their consent to be bound by depositing their instruments of ratification, acceptance or approval. The Depositary shall notify all signatory States if this Agreement becomes operative between the United States and Russia pursuant to this Article.

Article 27**Amendments**

This Agreement, including its Annex, may be amended by written agreement of the Governments of the Partner States for which this Agreement has entered into force. Amendments to this Agreement, except for those made exclusively to the Annex, shall be subject to ratification, acceptance, approval, or accession by those States in accordance with their respective constitutional processes. Amendments made exclusively to the Annex shall require only a written agreement of the Governments of the Partner States for which this Agreement has entered into force.

Article 28**Withdrawal**

1. Any Partner State may withdraw from this Agreement at any time by giving to the Depositary at least one year's prior written notice. Withdrawal by a European Partner State shall not affect the rights and obligations of the European Partner under this Agreement.

2. If a Partner gives notice of withdrawal from this Agreement, with a view toward ensuring the continuation of the overall program, the Partners shall endeavor to reach agreement concerning the terms and conditions of that Partner's withdrawal before the effective date of withdrawal.

3.

(a) Because Canada's contribution is an essential part of the Space Station, upon its withdrawal, Canada shall ensure the effective use and operation by the United States of the Canadian elements listed in the Annex. To this end, Canada shall expeditiously provide hardware, drawings, documentation, software, spares, tooling, special test equipment, and/or any other necessary items requested by the United States.

Article 26**Effet exécutoire
entre certaines Parties**

Nonobstant l'article 25.3(a) ci-dessus, le présent Accord devient exécutoire entre les Etats-Unis et la Russie à la date à laquelle ils signifient leur volonté de se lier en déposant leurs instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation. Si le présent Accord devient exécutoire entre les Etats-Unis et la Russie en vertu du présent article, le Dépositaire le notifie à tous les Etats signataires.

Article 27**Modifications**

Le présent Accord, y compris son Annexe, peut être modifié par accord écrit des Gouvernements des Etats partenaires pour lesquels il est entré en vigueur. Les modifications apportées au présent Accord, excepté celles qui sont apportées exclusivement à l'Annexe, sont soumises à ratification, acceptation, approbation ou adhésion par ces Etats conformément à leurs procédures constitutionnelles respectives. Les modifications apportées exclusivement à l'Annexe nécessitent uniquement l'accord écrit des gouvernements des Etats partenaires pour lesquels le présent Accord sera entré en vigueur.

Article 28**Retrait**

1. Tout Etat partenaire peut se retirer du présent Accord à tout moment en donnant notification écrite de ce retrait au Dépositaire au moins un an à l'avance. Le retrait d'un Etat partenaire européen n'affecte pas les droits et obligations du Partenaire européen au titre du présent Accord.

2. Si un Partenaire donne notification de son retrait du présent Accord, les Partenaires s'efforcent, afin d'assurer la poursuite de l'ensemble du programme, de parvenir à un accord sur les modalités du retrait de ce Partenaire avant la date effective de son retrait.

3.

(a) La contribution du Canada constituant un élément essentiel de la Station spatiale, le Canada fera en sorte, en cas de retrait, que les Etats-Unis soient en mesure d'utiliser et d'exploiter effectivement les éléments canadiens énumérés à l'Annexe. A cette fin, le Canada fournira avec célérité le matériel, les dessins, la documentation, le logiciel, les pièces de rechange, l'outillage, les équipements d'essais spéciaux et/ou tous autres articles nécessaires demandés par les Etats-Unis.

b) Sobald Kanada aus irgendeinem Grund seinen Rücktritt angezeigt hat, handeln die Vereinigten Staaten und Kanada umgehend eine Rücktrittsvereinbarung aus. Falls diese Vereinbarung die Übertragung der für die Fortsetzung des Gesamtprogramms benötigten Elemente auf die Vereinigten Staaten vorsieht, hat sie auch vorzusehen, daß die Vereinigten Staaten Kanada einen angemessenen Ausgleich für diese Übertragung leisten.

(4) Zeigt ein Partner den Rücktritt von diesem Übereinkommen an, so wird seine zusammenarbeitende Stelle mit Wirkung vom Zeitpunkt dieses Rücktritts als von der entsprechenden Vereinbarung mit der NASA zurückgetreten betrachtet.

(5) Der Rücktritt eines Partnerstaats berührt nicht die fortbestehenden Rechte und Pflichten dieses Partnerstaats nach den Artikeln 16, 17 und 19, sofern in einer Rücktrittsvereinbarung nach Absatz 2 oder 3 nichts anderes vereinbart wird.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Washington am 29. Januar 1998.

Der Wortlaut dieses Übereinkommens in deutscher, englischer, französischer, italienischer, japanischer und russischer Sprache ist gleichermaßen verbindlich. Eine Urschrift in jeder Sprache wird im Archiv der Regierung der Vereinigten Staaten hinterlegt. Der Verwahrer übermittelt allen Unterzeichnerstaaten beglaubigte Abschriften. Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens läßt es der Verwahrer nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen registrieren.

(b) Upon Canada's notice of withdrawal for any reason, the United States and Canada shall expeditiously negotiate a withdrawal agreement. Assuming that such agreement provides for the transfer to the United States of those elements required for the continuation of the overall program, it shall also provide for the United States to give Canada adequate compensation for such transfer.

4. If a Partner gives notice of withdrawal from this Agreement, its Cooperating Agency shall be deemed to have withdrawn from its corresponding MOU with NASA, effective from the same date as its withdrawal from this Agreement.

5. Withdrawal by any Partner State shall not affect that Partner State's continuing rights and obligations under Articles 16, 17, and 19, unless otherwise agreed in a withdrawal agreement pursuant to paragraph 2 or 3 above.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized thereto by their respective Governments, have signed this Agreement.

Done at Washington, this 29th day of January, 1998.

The texts of this Agreement in the English, French, German, Italian, Japanese, and Russian languages shall be equally authentic. A single original text in each language shall be deposited in the archives of the Government of the United States. The Depositary shall transmit certified copies to all signatory States. Upon entry into force of this Agreement, the Depositary shall register it pursuant to Article 102 of the Charter of the United Nations.

(b) En cas de notification de son retrait par le Canada pour quelque raison que ce soit, les Etats-Unis et le Canada négocieront avec célérité un accord de retrait. Dans l'hypothèse où cet accord prévoit le transfert aux Etats-Unis des éléments nécessaires à la poursuite du programme d'ensemble, il prévoit également que les Etats-Unis assurent au Canada une compensation adéquate pour ce transfert.

4. Si un Partenaire notifie son retrait du présent Accord, son Agence coopérante est réputée s'être retirée du Memorandum d'Accord correspondant signé avec la NASA, ce retrait prenant effet à la même date que son retrait du présent Accord.

5. Le retrait d'un Etat partenaire n'affecte pas les droits et obligations permanents de cet Etat partenaire au titre des articles 16, 17 et 19, sauf dispositions contraires d'un accord de retrait convenu conformément au paragraphe 2 ou 3 ci-dessus.

En foi de quoi les soussignés, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, ont signé le présent Accord.

FAIT à Washington, ce 29ème jour de janvier 1998.

Les textes du présent Accord en langues allemande, anglaise, française, italienne, japonaise et russe font également foi. Un texte original unique en chaque langue sera déposé aux archives du Gouvernement des Etats-Unis. Le Dépositaire en transmettra des copies certifiées à tous les Etats signataires. Dès l'entrée en vigueur du présent Accord, le Dépositaire l'enregistrera conformément aux dispositions de l'article 102 de la Charte des Nations Unies.

Anlage Von den Partnern bereitzustellende Elemente der Raumstation	Annex Space Station Elements to be Provided by the Partners	Annexe Eléments de la Station spatiale à fournir par les Partenaires
Die von den Partnern bereitzustellenden Elemente der Raumstation werden im folgenden kurz dargestellt und in den Vereinbarungen näher beschrieben:	The Space Station elements to be provided by the Partners are summarized below and are further elaborated in the MOUs:	Les éléments de la Station spatiale à fournir par les Partenaires sont énumérés succinctement ci-après; une description détaillée en est donnée dans les Mémoires d'Accord.
- Die Regierung Kanadas stellt über die CSA folgendes bereit: - als Element der Infrastruktur der Raumstation das mobile Wartungszentrum (MSC); - als zusätzliches Flugelement den Manipulator für Feinarbeit und besondere Aufgaben und - zusätzlich zu den genannten Flugelementen raumstationsspezifische Bodenelemente. - Die europäischen Regierungen stellen über die ESA folgendes bereit: - als Nutzerelement das druckge-regelte europäische Labor (einschließlich der Funktionsgrundausrüstung); - andere Flugelemente zur Versorgung der Raumstation und zur Anhebung ihrer Bahn und - zusätzlich zu den genannten Flugelementen raumstationsspezifische Bodenelemente. - Die Regierung Japans stellt folgendes bereit: - als Nutzerelement das japanische Experimentiermodul (einschließlich der Funktionsgrundausrüstung sowie des offenen Instrumententrägers und der Experimentlogistikmodule); - andere Flugelemente zur Versorgung der Raumstation und - zusätzlich zu den genannten Flugelementen raumstationsspezifische Bodenelemente. - Die Regierung Rußlands stellt über die RKA folgendes bereit: - Elemente der Infrastruktur der Raumstation einschließlich Versorgungs- und anderer Module; - als Nutzerelemente Forschungsmodul (einschließlich der Funktionsgrundausrüstung) und Aufnahme-gerät für Außennutzlasten; - andere Flugelemente zur Versorgung der Raumstation und zur Anhebung ihrer Bahn und - zusätzlich zu den genannten Flugelementen raumstationsspezifische Bodenelemente.	- The Government of Canada, through CSA, shall provide: - as a Space Station infrastructure element, the Mobile Servicing Center (MSC); - as an additional flight element, the Special Purpose Dexterous Manipulator; and - in addition to the flight elements above, Space Station-unique ground elements. - The European Governments, through ESA, shall provide: - as a user element, the European pressurized laboratory (including basic functional outfitting); - other flight elements to supply and to reboost the Space Station; and - in addition to the flight elements above, Space Station-unique ground elements. - The Government of Japan shall provide: - as a user element, the Japanese Experiment Module (including basic functional outfitting, as well as the Exposed Facility and the Experiment Logistics Modules); - other flight elements to supply the Space Station; and - in addition to the flight elements above, Space Station-unique ground elements. - The Government of Russia, through RSA, shall provide: - Space Station infrastructure elements, including service and other modules; - as user elements, research modules (including basic functional outfitting) and attached payload accommodation equipment; - other flight elements to supply and to reboost the Space Station; and - in addition to the flight elements above, Space Station-unique ground elements.	- Le Gouvernement du Canada, par l'intermédiaire de l'ASC, fournit: - à titre d'élément de l'infrastructure de la Station spatiale, le Centre d'entretien et de réparation mobile (MSC); - à titre d'élément de vol additionnel, le manipulateur agile spécialisé; et - en sus des éléments de vol énumérés ci-dessus, des éléments au sol spécifiques de la Station spatiale. - Les Gouvernements européens, par l'intermédiaire de l'ASE, fournissent: - à titre d'élément destiné aux utilisateurs, le laboratoire pressurisé européen (y compris l'équipement fonctionnel de base); - d'autres éléments de vol pour le ravitaillement et le rehaussement de l'orbite de la Station spatiale; et - en sus des éléments de vol énumérés ci-dessus, des éléments au sol spécifiques de la Station spatiale. - Le Gouvernement du Japon fournit: - à titre d'élément destiné aux utilisateurs, le module d'expériences japonaises (y compris l'équipement fonctionnel de base ainsi que l'installation d'exposition au vide spatial et les modules logistiques des expériences); - d'autres éléments de vol pour le ravitaillement de la Station spatiale; et - en sus des éléments de vol énumérés ci-dessus, des éléments au sol spécifiques de la Station spatiale. - Le Gouvernement de la Russie, par l'intermédiaire de la RKA, fournit: - des éléments d'infrastructure de la Station spatiale, y compris des modules de servitude et autres; - à titre d'éléments destinés aux utilisateurs, des modules de recherche (y compris l'équipement fonctionnel de base) et des équipements raccordés pour l'installation des charges utiles; - d'autres éléments de vol pour le ravitaillement et le rehaussement de l'orbite de la Station spatiale; et - en sus des éléments de vol énumérés ci-dessus, des éléments au sol spécifiques de la Station spatiale.

5. Die Regierung der Vereinigten Staaten stellt über die NASA folgendes bereit:
- Elemente der Infrastruktur der Raumstation einschließlich eines Wohnmoduls;
 - als Nutzerelemente Labormodule (einschließlich der Funktionsgrundausstattung) und Aufnahmegerät für Außennutzlasten;
 - andere Flugelemente zur Versorgung der Raumstation und
 - zusätzlich zu den genannten Flugelementen raumstationsspezifische Bodenelemente.
5. The Government of the United States, through NASA, shall provide:
- Space Station infrastructure elements, including a habitation module;
 - as user elements, laboratory modules (including basic functional outfitting), and attached payload accommodation equipment;
 - other flight elements to supply the Space Station; and
 - in addition to the flight elements above, Space Station-unique ground elements.
5. Le Gouvernement des Etats-Unis, par l'intermédiaire de la NASA, fournit:
- des éléments d'infrastructure de la Station spatiale, y compris un module d'habitation;
 - à titre d'éléments destinés aux utilisateurs, des modules-laboratoires (y compris l'équipement fonctionnel de base), et des équipements raccordés pour l'installation de charges utiles;
 - d'autres éléments de vol pour le ravitaillement de la Station spatiale; et
 - en sus des éléments de vol énumérés ci-dessus, des éléments au sol spécifiques de la Station spatiale.

Briefwechsel

(Übersetzung)

26. Januar 1998

January 26, 1998

Mr. Gerhard Fulda
Spokesman of the European Delegation
to the International Space Station Negotiations
Federal Foreign Office
Bonn, Germany

Herrn Gerhard Fulda
Sprecher der europäischen Delegation
bei den Verhandlungen über die Internationale Raumstation
Auswärtiges Amt
Bonn, Bundesrepublik Deutschland

Dear Mr. Fulda:

with reference to our negotiations on the 1998 Space Station Intergovernmental Agreement to be submitted for signature by the Partner States, this is to confirm that, pursuant to that Agreement, which provides that all utilization of the civil international Space Station will be for peaceful purposes, in accordance with international law, the United States has the right to use its elements, as well as its allocations of resources derived from the Space Station infrastructure, for national security purposes. With respect to such uses of these elements and resources, the decision whether they may be carried out under the Agreement will be made by the United States.

Sehr geehrter Herr Fulda,

bezugnehmend auf unsere Verhandlungen über das den Partnerstaaten zur Unterzeichnung vorzulegende Regierungsübereinkommen über die Raumstation von 1998 bestätige ich hiermit, daß die Vereinigten Staaten nach dem genannten Übereinkommen, demzufolge die zivile internationale Raumstation ausschließlich für friedliche Zwecke in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht genutzt werden darf, berechtigt sind, ihre Elemente sowie die ihnen zugeteilten Ressourcen aus der Infrastruktur der Raumstation für Zwecke der nationalen Sicherheit zu nutzen. Die Entscheidung, ob diese Elemente und Ressourcen im Rahmen des Übereinkommens für die genannten Zwecke genutzt werden dürfen, treffen die Vereinigten Staaten.

Sincerely yours,

Mit freundlichen Grüßen

Ralph Braibanti
Head of the United States Delegation
to the International Space Station Negotiations
United States Department of State

Ralph Braibanti
Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten
bei den Verhandlungen über die Internationale Raumstation
Außenministerium der Vereinigten Staaten

(Übersetzung)

26. Januar 1998

January 26, 1998

Mr. Ralph Braibanti
Head of the United States Delegation
to the International Space Station Negotiations
United States Department of State

Herrn Ralph Braibanti
Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten
bei den Verhandlungen über die Internationale Raumstation
United States Department of State

Dear Mr. Braibanti:

Sehr geehrter Herr Braibanti,

I am writing to you in reply to your letter of January 26, 1998. This is to confirm, on behalf of the representatives to the Space Station negotiations of the European States that will be signatories to the Agreement, that your letter of January 26, 1998, correctly states U.S. rights under the Agreement to decide whether contemplated uses of its elements and its allocations of resources derived from the Space Station infrastructure may be carried out under the Agreement.

in Beantwortung Ihres Schreibens vom 26. Januar 1998 bestätige ich hiermit im Namen der Vertreter der europäischen Staaten bei den Verhandlungen über die Raumstation, die das Übereinkommen unterzeichnen werden, daß Ihr Schreiben vom 26. Januar 1998 zutreffend feststellt, daß die Vereinigten Staaten im Rahmen des Übereinkommens das Recht haben zu entscheiden, ob ihre Elemente und die ihnen zugeteilten Ressourcen aus der Infrastruktur der Raumstation im Rahmen des Übereinkommens für die ins Auge gefaßten Zwecke genutzt werden dürfen.

I should like to confirm that, with respect to the use of the elements of the civil international Space Station provided by Europe, the European Partner will be guided by Article II of the Convention establishing the European Space Agency. I should like to confirm also that when the European Partner determines, pursuant to Article 9.3(b) of the Agreement, that a contemplated use of its elements is not for peaceful purposes, such use will not take place.

Ich möchte hiermit bestätigen, daß sich der europäische Partner bezüglich der Nutzung der von Europa bereitgestellten Elemente der zivilen internationalen Raumstation von Artikel II des Übereinkommens zur Gründung der Europäischen Weltraumorganisation leiten lassen wird. Des weiteren möchte ich bestätigen, daß, sobald der europäische Partner gemäß Artikel 9.3(b) des Übereinkommens feststellt, daß eine ins Auge gefaßte Nutzung der europäischen Elemente nicht friedlichen Zwecken dient, eine solche Nutzung nicht erfolgen wird.

Sincerely yours,

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Fulda
Spokesman of the European Delegation
to the International Space Station Negotiations
Federal Foreign Office
Bonn, Germany

Gerhard Fulda
Sprecher der europäischen Delegation
bei den Verhandlungen über die Internationale Raumstation
Auswärtiges Amt
Bonn, Bundesrepublik Deutschland

(Übersetzung)

26. Januar 1998

26 January 1998

Mr. Gerhard Fulda
Spokesman of the European Delegation
to the International Space Station Negotiations
Federal Foreign Office
Bonn, Germany

Herrn Gerhard Fulda
Sprecher der europäischen Delegation
bei den Verhandlungen über die Internationale Raumstation
Auswärtiges Amt
Bonn, Bundesrepublik Deutschland

Dear Mr. Fulda:

With reference to our negotiations of the 1998 Space Station Intergovernmental Agreement to be submitted for signature by the Partner States, this is to confirm that, pursuant to the Agreement, which provides that all utilisation of the civil international Space Station will be for peaceful purposes, in accordance with international law Russia has the right to use its elements, as well as its allocations of resources derived from the Space Station infrastructure, for national security purposes. With respect to such uses of these elements and resources, the decision whether that may be carried out under the Agreement will be made by Russia.

Sincerely yours,

Alexander Yakovenko
Head of the Russian Delegation
to the International Space Station Negotiations
Ministry of Foreign Affairs of Russia

Sehr geehrter Herr Fulda,

bezugnehmend auf unsere Verhandlungen über das den Partnerstaaten zur Unterzeichnung vorzulegende Regierungsübereinkommen über die Raumstation von 1998 bestätige ich hiermit, daß Rußland nach dem genannten Übereinkommen, demzufolge die internationale Raumstation ausschließlich für friedliche Zwecke in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht genutzt werden darf, berechtigt ist, seine Elemente sowie die ihm zugeteilten Ressourcen aus der Infrastruktur der Raumstation für Zwecke der nationalen Sicherheit zu nutzen. Die Entscheidung, ob diese Elemente und Ressourcen im Rahmen des Übereinkommens für die genannten Zwecke genutzt werden dürfen, trifft Rußland.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Jakowenko
Leiter der russischen Delegation
bei den Verhandlungen über die Internationale Raumstation
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
der Russischen Föderation

(Übersetzung)

26. Januar 1998

January 26, 1998

Mr. Alexander Yakovenko
Head of the Russian Delegation
to the International Space Station Negotiations
Ministry of Foreign Affairs of Russia

Herrn Alexander Jakowenko
Leiter der russischen Delegation
bei den Verhandlungen über die Internationale Raumstation
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
der Russischen Föderation

Dear Mr. Yakovenko:

I am writing to you in reply to your letter of January 26, 1998. This is to confirm, on behalf of the representatives to the Space Station negotiations of the European States that will be signatories to the Agreement, that your letter of January 26, 1998, correctly states Russian rights under the Agreement to decide whether contemplated uses of its elements and its allocations of resources derived from the Space Station infrastructure may be carried out under the Agreement.

I should like to confirm that, with respect to the use of the elements of the civil international Space Station provided by Europe, the European Partner will be guided by Article II of the Convention establishing the European Space Agency. I should like to confirm also that when the European Partner determines, pursuant to Article 9.3(b) of the Agreement, that a contemplated use of its elements is not for peaceful purposes, such use will not take place.

Sincerely yours,

Gerhard Fulda
Spokesman of the European Delegation
to the International Space Station Negotiations
Federal Foreign Office
Bonn, Germany

Sehr geehrter Herr Jakowenko,

in Beantwortung Ihres Schreibens vom 26. Januar 1998 bestätige ich hiermit im Namen der Vertreter der europäischen Staaten bei den Verhandlungen über die Raumstation, die das Übereinkommen unterzeichnen werden, daß Ihr Schreiben vom 26. Januar 1998 zutreffend feststellt, daß Rußland im Rahmen des Übereinkommens das Recht hat zu entscheiden, ob seine Elemente und die ihm zugeteilten Ressourcen aus der Infrastruktur der Raumstation im Rahmen des Übereinkommens für die ins Auge gefaßten Zwecke genutzt werden dürfen.

Ich möchte hiermit bestätigen, daß sich der europäische Partner bezüglich der Nutzung der von Europa bereitgestellten Elemente der internationalen Raumstation von Artikel II des Übereinkommens zur Gründung der Europäischen Weltraumorganisation leiten lassen wird. Des weiteren möchte ich bestätigen, daß, sobald der europäische Partner gemäß Artikel 9.3(b) des Übereinkommens feststellt, daß eine ins Auge gefaßte Nutzung der europäischen Elemente nicht friedlichen Zwecken dient, eine solche Nutzung nicht erfolgen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Fulda
Sprecher der europäischen Delegation
bei den Verhandlungen über die Internationale Raumstation
Auswärtiges Amt
Bonn, Bundesrepublik Deutschland

Denkschrift zum Übereinkommen

I. Allgemeines

1. Am 29. Januar 1998 wurde in Washington das „Übereinkommen zwischen der Regierung Kanadas, Regierungen von Mitgliedstaaten der Europäischen Weltraumorganisation, der Regierung Japans, der Regierung der Russischen Föderation und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über Zusammenarbeit bei der zivilen internationalen Raumstation“ unterzeichnet. Als Mitglieder der Europäischen Weltraumorganisation ESA haben die Regierungen Belgiens, der Bundesrepublik Deutschland, Dänemarks, Frankreichs, Italiens, der Niederlande, Norwegens, Schwedens, der Schweiz, Spaniens und des Vereinigten Königreichs gezeichnet; für die Zwecke des Übereinkommens gelten sie zusammen als ein (der europäische) Partner. Die Bundesregierung hatte dem Verhandlungsergebnis durch Kabinettsbeschluss vom 16. Juli 1997 zugestimmt.

Da sich das Übereinkommen auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht, ist nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 GG ein Vertragsgesetz erforderlich.

2. Die Internationale Raumstation ist das bislang größte internationale Kooperationsvorhaben. Die europäische Beteiligung an der Station wurde auf der ESA-Ministerkonferenz von Toulouse im Oktober 1995 beschlossen. Sie umfaßt im wesentlichen folgende Elemente:

- das europäische Labormodul COF (Columbus Orbital Facility), das fest an die Station angedockt wird;
- die Bereitstellung von Logistikleistungen mit dem Transportfahrzeug ATV (Automated Transfer Vehicle), das mit der europäischen Rakete ARIANE 5 gestartet werden soll. Primär durch diese Sachleistungen soll der europäische Anteil in Höhe von 5,3 % zu den gemeinsamen Stations-Betriebskosten erbracht werden.

Ein weiteres Programmelement dient der Vorbereitung der Nutzung der Station.

Die Gesamtkosten für das Entwicklungsprogramm zur europäischen Beteiligung an der Raumstation, das sich über den Zeitraum 1996 – 2004 erstreckt, belaufen sich auf ca. 2,7 Mrd. Rechnungseinheiten (1 Rechnungseinheit entspricht z.Zt. ca. DM 1,95). Die deutsche Beteiligung beträgt 41 %. An das Entwicklungsprogramm schließt sich die Routinebetriebs- und Nutzungsphase an, die gegenwärtig von der ESA vorbereitet wird.

Industrieller Hauptauftragnehmer für den Bau des COF ist das deutsche Unternehmen DASA; der entsprechende Vertrag mit einem Volumen von rd. 1,3 Mrd. DM ist im März 1996 unterzeichnet worden.

Die Kernelemente der Station (Wohn-, Versorgungs- und Labormodule) werden von den USA und Rußland bereitgestellt. Japan beteiligt sich wie Europa mit einem eigenen Labormodul; Kanada stellt insbesondere einen „Robotikarm“ bereit. Ferner stellen alle Partner außer Kanada Versorgungsflüge zur Station mit ihren jeweiligen eigenen Trägersystemen zur Ver-

fügung bzw. in Aussicht, die im Rahmen einer integrierten Transportplanung aufeinander abgestimmt werden. Mit dem Zusammenbau der ersten Stationselemente soll im Jahr 1998 begonnen werden.

3. Das Übereinkommen tritt an die Stelle eines Regierungsübereinkommens von 1988 über die Zusammenarbeit an einer internationalen Raumstation, das zwischen den USA, Mitgliedstaaten der Europäischen Weltraumorganisation ESA, Japan und Kanada abgeschlossen worden war. Dieses Übereinkommen, dem auch der Deutsche Bundestag zugestimmt hatte (BGBl. 1990 II S. 637), ist für die beteiligten europäischen Staaten nicht in Kraft getreten, da die nach seinem Artikel 25 erforderliche Zahl von Ratifizierungen nicht zustande kam, weil Frankreich und Belgien die entsprechenden Verfahren nicht zum Abschluß gebracht haben. Nachdem die Planungen für die Raumstation inzwischen tiefgreifenden Änderungen unterzogen worden waren und die veränderte weltpolitische Lage zu Beginn der 90er Jahre die Perspektive einer Beteiligung Rußlands an der Raumstationszusammenarbeit eröffnet hatte, kamen die Vertragsparteien Anfang 1994 daher überein, in Verhandlungen über eine Neufassung des Übereinkommens einzutreten. Deren wesentliche Ziele sollten eine Einbeziehung Rußlands in die Zusammenarbeit sowie eine Anpassung des Übereinkommens an die geänderten programmatischen Verhältnisse insgesamt sowie die geänderten Beteiligungsvorstellungen in den jeweiligen Partnerländern sein.

Nach zwölf förmlichen Verhandlungsrunden und mehreren Sitzungen auf Delegationsleiter- und Rechtsexpertenebene wurden die Verhandlungen im Dezember 1996 nach fast drei Jahren Dauer mit der Einigung auf den vorliegenden Vertragstext abgeschlossen. Entsprechend der Grundstruktur der Zusammenarbeit, die die Beteiligung der europäischen Staaten durch die Europäische Weltraumorganisation ESA vorsieht, traten die beteiligten europäischen Staaten auf der Grundlage zuvor abgestimmter Positionen in den Verhandlungen als ein „europäischer Partner“ auf. Die Rolle des Sprechers der europäischen Verhandlungsdelegation wurde von Deutschland übernommen.

4. Die europäische Seite verfolgte bei der Neuverhandlung des Übereinkommens im wesentlichen folgende Ziele, die sie in einem Schreiben an das US-Außenministerium Ende 1993 sowie in Beschlüssen des ESA-Rats und der Ministerkonferenz von Oktober 1995 festgelegt hatte:

- Festschreibung der ARIANE 5 als Bestandteil eines integrierten Transportkonzepts zur Raumstation („integrated mixed fleet concept“);
- Vereinbarung einer Höchstgrenze des Betriebskostenanteils;
- eine Regelung, daß der europäische Betriebskostenanteil möglichst vollständig durch Sachleistungen erbracht werden kann.

Diese europäischen Verhandlungsziele konnten im wesentlichen erreicht werden, wie im folgenden anhand einzelner Bestimmungen des Übereinkommens-texts dargelegt wird:

– ARIANE 5:

In Artikel 12 Abs. 1 (Transport) ist festgehalten, daß Europa (neben den USA, Rußland und Japan) Transportdienste für die Raumstation bereitstellen wird; die ARIANE 5 wird ausdrücklich als Transportsystem genannt.

– Begrenzung des europäischen Betriebskostenanteils:

Artikel 15 (Finanzierung) legt in Absatz 1 den Grundsatz fest, daß jeder Partner einen angemessenen Anteil an den vereinbarten gemeinsamen Betriebskosten zu tragen hat. Absatz 4 bestimmt dazu, daß Verfahren zu entwickeln sind, um die Betriebskosten innerhalb der vereinbarten Grenzen zu halten. Der von einem Partner zu tragende Betriebskostenanteil richtet sich nach dem jeweiligen Anteil an der Nutzung der Gesamt-Stationsressourcen; er beträgt für Europa 5,3 %.

– Erbringung des europäischen Betriebskostenanteils durch Sachleistungen, insbesondere Flüge der ARIANE 5:

Gemäß Artikel 15 Abs. 5 soll der Zahlungsverkehr („exchange of funds“) auf ein Minimum beschränkt („minimize“) werden, insbesondere auch dadurch, daß spezifische Betriebstätigkeiten ausgeführt werden. Dabei ist es das gemeinsame Verständnis, daß Geldtransfers möglichst vermieden werden sollten. Dieses Verständnis wird in einem Schreiben des NASA-Chefs Goldin an ESA-Generaldirektor Lutan vom Oktober 1995 festgehalten. Ein garantierter Ausschluß jeglichen Zahlungsverkehrs („no exchange of funds“) wäre weder durchsetzbar noch wünschenswert gewesen, da etwa für den Fall, daß eine von einem der Partner zu erbringende Sachleistung z.B. wegen Ausfalls des Space Shuttle oder der ARIANE 5 nicht erbracht werden kann, die Möglichkeit offenbleiben muß, die Leistungen anderer Partner gegen Entgelt zu nutzen.

5. Entgegen der ursprünglichen Absicht der Verhandlungspartner, sich bei der Neuverhandlung des Übereinkommens auf die für die Einbeziehung Rußlands und die programmatischen Änderungen erforderlichen Minimal-Anpassungen zu beschränken, wurden im Lauf der Zeit zunehmend auch weitere Bestimmungen in die Verhandlungen einbezogen. Dies betrifft etwa die Bestimmungen zum gegenseitigen Haftungsausschluß (Artikel 16), Zoll (Artikel 18) und Strafgerichtsbarkeit (Artikel 22) sowie zahlreiche redaktionelle Änderungen. Im folgenden wird unter II. bei der Darstellung der einzelnen Vorschriften des Übereinkommens auf wesentliche inhaltliche Änderungen gegenüber dem Übereinkommen von 1988 jeweils ausdrücklich hingewiesen.

Besonders schwierig insbesondere im Verhältnis zu Rußland waren die Verhandlungen zu den Bestimmungen gewesen, die die führende Rolle der USA in der Zusammenarbeit betreffen. Hier gelang es, für Artikel 7 (Management) und damit zusammenhängende weitere

Vorschriften (Transport, Kommunikation etc.) Formulierungen zu finden, die einerseits den Grundsatz einer gemeinsamen multilateralen Verwaltung der Raumstation durch alle Partner deutlich machen und andererseits der besonderen Rolle der USA bei Planungs- und Koordinierungsaufgaben Rechnung tragen. In diesem Bereich und bei den Vorschriften zur Strafgerichtsbarkeit (Artikel 22) hat der Eintritt Rußlands in die Raumstationszusammenarbeit zu besonders deutlichen Änderungen gegenüber dem Übereinkommen von 1988 geführt. Ging es dort primär um die Beteiligung einiger Partner am amerikanischen Raumstationsprojekt, ist im neuen Übereinkommenstext weitgehend das Konzept einer Zusammenarbeit gleichberechtigter Partner an einem gemeinsamen Projekt verwirklicht.

6. Zum Übereinkommen haben die Verhandlungsdelegationen einen Briefwechsel zur Interpretation des Begriffs der „Nutzung der Raumstation ausschließlich zu friedlichen Zwecken“ ausgetauscht, der in die Zustimmung des Gesetzgebers einzubeziehen ist, weil ihm im Hinblick auf Form und Inhalt als Auslegungsmittel größere Bedeutung zukommt als sonstigen Verhandlungsmaterialien. Er stellt klar, daß die USA und Rußland ihre Stationselemente sowie die Ressourcen der Infrastruktur auch für Zwecke der nationalen Sicherheit nutzen dürfen, eine derartige Nutzung auf den von Europa beigestellten Elementen aber gegen den Willen des europäischen Partners nicht möglich ist. Ein entsprechender Briefwechsel war bereits anläßlich der Unterzeichnung des Regierungsübereinkommens von 1988 zwischen den USA und Europa erfolgt.
7. Zur Durchführung des Übereinkommens wurden zwischen der NASA und den von den anderen Partnern mit der Durchführung des Programms beauftragten Organisationen bilaterale Vereinbarungen (Memoranda of Understanding, MoU) getroffen, die die technischen und administrativen Einzelheiten der Zusammenarbeit regeln. Für die europäischen Teilnehmerstaaten wurde diese Vereinbarung von der Europäischen Weltraumorganisation ESA gleichfalls am 29. Januar 1998 in Washington gezeichnet, nachdem der ESA-Rat am 24./25. Juni 1997 einstimmig zugestimmt hatte.
8. Um auch in der Zeit bis zum Inkrafttreten des Übereinkommens die bereits eingeleitete Raumstationskooperation fortsetzen zu können, ist in einer ebenfalls am 29. Januar 1998 in Washington unterzeichneten „Vereinbarung über die Anwendung des Regierungsübereinkommens über die Raumstation bis zu dessen Inkrafttreten“ (Anlage) festgelegt, daß die Partner das Übereinkommen schon jetzt anwenden, soweit dies mit innerstaatlichen Gesetzen und sonstigen Vorschriften vereinbar ist. Dies ist für Deutschland bei allen Vertragsbestimmungen bis auf die des Artikels 21 (Geistiges Eigentum) und des Artikels 22 (Strafgerichtsbarkeit) der Fall.

II. Besonderes

Zu Artikel 1 Zweck und Geltungsbereich

Absatz 1 umschreibt den Zweck des Übereinkommens als Partnerschaft zur langfristigen internationalen Zusam-

menarbeit bei Detailentwurf, Entwicklung, Betrieb und Nutzung einer ständig bewohnten zivilen internationalen Raumstation für friedliche Zwecke in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht.

Absatz 2, der wesentlich neu formuliert wurde, hält den Grundsatz einer integrierten internationalen Station unter Gesamt-Management-Verantwortung der US-Seite fest, zu der Rußland und die USA das Fundament liefern und die übrigen Partner Beiträge leisten. Im einzelnen werden die von den Partnern bereitzustellenden Elemente im Anhang aufgelistet.

Absatz 3 enthält eine allgemeine Beschreibung der internationalen Raumstation und ihrer unterschiedlichen Elemente und legt in einem neu eingefügten Satz das Prinzip fest, daß jeder Partner durch die Bereitstellung von Flugelementen Nutzungsrechte und das Recht zur Mitwirkung am Stationsmanagement erwirbt.

Absatz 4 betont die Möglichkeit der Weiterentwicklung der internationalen Raumstation und verweist auf die näheren Bestimmungen in Artikel 14.

Zu Artikel 2 Rechte und Pflichten nach dem Völkerrecht

Absatz 1 stellt klar, daß die Raumstation in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht einschließlich des Weltraumvertrags (BGBl. 1969 II S. 1967), des Rettungsübereinkommens (BGBl. 1971 II S. 237), des Haftungsübereinkommens (BGBl. 1975 II S. 1209) und des Registrierungsübereinkommens (BGBl. 1979 II S. 650) entwickelt, betrieben und genutzt wird. Die Bundesrepublik Deutschland ist Vertragspartner dieser Übereinkommen.

Absatz 2 enthält Klarstellungen zum Verhältnis dieser Übereinkommen mit dem Regierungsübereinkommen und bekräftigt einige Grundaussagen dieser Übereinkommen.

Zu Artikel 3 Begriffsbestimmungen

Artikel 3 enthält die Bestimmung einiger im Vertrag gebrauchter Begriffe. Für die europäische Seite bezeichnet der Begriff „Partner“ die in der Präambel genannten ESA-Mitglieder in ihrer Gesamtheit, der Begriff „Partnerstaat“ jeden einzelnen.

Zu Artikel 4 Zusammenarbeitende Stelle

In Absatz 1 werden die für die Verwirklichung der Raumstationszusammenarbeit verantwortlichen zusammenarbeitenden Stellen der Raumstationspartner festgelegt: Für die USA ist das die NASA, für die europäischen Regierungen die ESA, für die Regierung Kanadas die kanadische Raumfahrtagentur CSA und für Rußland die russische Raumfahrtagentur RKA. Die Regierung Japans wird ihre zusammenarbeitende Stelle in der Vereinbarung zwischen der NASA und der Regierung Japans benennen.

Absatz 2 stellt fest, daß die Zusammenarbeit nach den Bestimmungen des Übereinkommens, den Vereinbarungen der NASA mit den anderen zusammenarbeitenden Stellen und den Durchführungsregelungen durchgeführt wird. Absatz 2 stellt die Hierarchie der Übereinkommen klar: Das Übereinkommen ist das ranghöchste Instrument. Die Vereinbarungen unterliegen dem Übereinkommen, die Durchführungsregelungen unterliegen den Vereinbarungen.

Zu Artikel 5 Registrierung, Hoheitsgewalt und Kontrolle

In Artikel 5 wird eine grundlegende Entscheidung für die rechtliche Eigenständigkeit und Eigenverantwortung der Partner getroffen.

Nach Absatz 1 registriert jeder Partner die von ihm bereitgestellten Flugelemente gemäß Artikel II des Registrierungsübereinkommens bei den Vereinten Nationen; die europäischen Staaten haben damit die ESA beauftragt.

Absatz 2 stellt ausdrücklich klar, daß jeder Partner in Übereinstimmung mit Artikel VIII des Weltraumvertrages und Artikel II des Registrierungsübereinkommens Hoheitsgewalt und Kontrolle über die von ihm bereitgestellten Flugelemente und über Mitglieder des Personals der Raumstation, die seine Staatsangehörigkeit besitzen, behält.

Mit der Zuordnung von Hoheitsgewalt und Kontrolle zu dem Partner, der das jeweilige Flugelement beistellt, wird dessen generelle Rechtsgewalt auch für die Fälle festgeschrieben, zu denen im Übereinkommen keine spezielle Regelung getroffen wurde.

Zu Artikel 6 Eigentum an Elementen und Ausrüstungsgegenständen

Absatz 1 legt den Grundsatz fest, daß jeder Partner Eigentümer der von ihm bereitgestellten Flugelemente bleibt.

Nach Absatz 2 überträgt der europäische Partner der ESA das Eigentum an den europäischen Flugelementen und Ausrüstungsgegenständen.

Die folgenden Absätze klären Einzelfälle der Eigentums- und -ausübung.

Zu Artikel 7 Management

Bei Artikel 7 hat der Eintritt Rußlands zu besonders weitgehenden Änderungen gegenüber dem Übereinkommen von 1988 geführt.

Absatz 1 hält den Grundsatz fest, daß das Management der Raumstation auf multilateraler Grundlage in besonderen Gremien erfolgt. Entscheidungen sollen dort in der Regel im Konsens getroffen werden. Wegen der Einzelheiten, insbesondere auch zum Vorgehen in den Fällen, in denen kein Konsens erzielt wird, wird auf die Vereinbarungen verwiesen. In den Artikeln 7 und 8 der ESA/NASA-Vereinbarung werden als Management-Gremien für die Entwicklungs- und Bauphase ein bilateraler Programmkoordinierungsausschuß und für die Betriebs- und Nutzungsphase eine multilaterale Koordinierungskommission eingesetzt.

Absatz 2 legt fest, daß die NASA – neben der Verantwortung für ihr eigenes Programm – für Gesamtmanagement und -koordinierung des Programms, die Gesamtsystemtechnik und -integration sowie die Aufstellung von Gesamtsicherheitsanforderungen zuständig ist.

Absatz 3 beschreibt die Verantwortlichkeit der übrigen Partner für ihre eigenen Programme und verpflichtet sie, die USA bei der Wahrnehmung ihrer Gesamtaufgaben zu unterstützen.

Absatz 4 stellt klar, daß in Fragen, die nur ein von einem Partner beigestelltes Element betreffen, dieser Partner alleine entscheiden kann, falls nicht die in den Verein-

barungen vorgesehene gemeinsame Programmdokumentation betroffen ist.

Zu Artikel 8 Detailentwurf und Entwicklung

Artikel 8 stellt fest, daß jeder Partner über seine zusammenarbeitende Stelle im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen des Übereinkommens, den Vereinbarungen und Durchführungsregeln die von ihm bereitzustellenden Elemente entwirft und entwickelt, einschließlich der erforderlichen Bodenelemente. Neu aufgenommen wurde die Verpflichtung, mit den anderen Partnern bezüglich Entwurf und Entwicklung ihrer Elemente zusammenzuwirken.

Zu Artikel 9 Nutzung

Artikel 9 regelt die Aufteilung der Nutzerelemente und Nutzungsressourcen zwischen den Partnern sowie die Rechte und Pflichten der Partner bei der Nutzung.

Die Vorschrift wurde gegenüber dem IGA 1988 deutlich gestrafft. Während dort in mehreren Absätzen die Nutzung einzelner Elemente spezifisch geregelt wurde, hält Absatz 1 jetzt lediglich die allgemeinen Prinzipien fest. Danach steht die Nutzung grundsätzlich dem Partner zu, der ein Nutzerelement bereitgestellt hat. Daneben können durch Bereitstellung von Infrastrukturelementen Nutzungsrechte an Stationselementen der anderen Partner erworben werden. Die Prozentanteile der Partner an den Nutzerelementen und an den Ressourcen sind gemäß Absatz 1 Satz 6 in den Vereinbarungen und Durchführungsregeln festgelegt.

Absatz 2 statuiert die Möglichkeit des Kaufs oder Tauschs von Nutzungsanteilen unter den Partnern, wobei die Bedingungen im Einzelfall festzulegen sind.

Absatz 3 statuiert das Recht jedes Partners, über die Nutzung seiner Anteile selbst zu bestimmen.

Um die Rechte der Raumstationspartner zu schützen, bedarf gemäß Absatz 3 a) die Nutzung der Raumstationselemente durch einen Nichtpartner der vorherigen Unterzeichnung und des rechtzeitigen Konsenses aller Partner. In diesem Zusammenhang legt Absatz 6 fest, daß ein ESA-Mitgliedstaat nicht als „Nichtpartner“ gilt. Die frühere Einschränkung, daß der Staat zur Zeit der Unterzeichnung des Übereinkommens ESA-Mitgliedstaat gewesen sein muß, ist bei der Neufassung entfallen. Damit ist sichergestellt, daß auch künftige ESA-Mitgliedstaaten sich direkt an der Internationalen Raumstation beteiligen können.

Absatz 3 b) stellt klar, daß – mangels allgemeingültiger Definition von „friedlich“ – der Partner bei Nutzungen des von ihm bereitgestellten Elements, also auch bei Nutzungen durch andere Partner, entscheidet, ob die geplante Nutzung mit seiner Auffassung von „friedlich“ im Einklang steht.

Vor der Unterzeichnung des Übereinkommens von 1988 war durch einen auf amerikanischen Wunsch zustande gekommenen Briefwechsel unter den Verhandlungsführern die Auffassung der Verhandlungsdelegationen dokumentiert worden, daß die USA im Rahmen der friedlichen Zweckbestimmung der zivilen Raumstation ihre eigenen Elemente sowie die Ressourcen der Infrastruktur auch für Zwecke der nationalen Sicherheit nutzen dürfen. Umgekehrt hatte die europäische Delegation bekräftigt, daß Europa sich bei der Anwendung des damaligen Artikels 9 Abs. 8 von Artikel II des ESA-Übereinkommens leiten läßt.

Auf Wunsch der USA und Rußlands sind vor der Unterzeichnung des vorliegenden Übereinkommens erneut entsprechende Briefe mit den USA und Rußland ausgetauscht worden, die in die Zustimmung des Gesetzgebers einzubeziehen sind.

Die in Absatz 4 festgelegte Bestimmung, wonach jeder Partner sich bemüht, im Rahmen seiner Nutzungsaktivitäten schwerwiegende negative Auswirkungen auf die Nutzung der Raumstation durch die anderen Partner zu vermeiden, wird in Artikel 8 der ESA/NASA-Vereinbarung konkretisiert.

Gemäß Absatz 5 garantiert jeder Partner den anderen Partnern den Zugang zu seinen Raumstationselementen (einschließlich der raumstationsspezifischen Bodenelemente) sowie deren Nutzung entsprechend ihren Anteilen. Dies bedeutet u.a., daß die Europäer grundsätzlich auch im japanischen und amerikanischen Labor Forschung betreiben können. Ferner ist der Zugang der Europäer zum Wohnmodul garantiert. Genauere Regelungen finden sich in Artikel 4 i.V.m. Artikel 8 der ESA/NASA-Vereinbarung.

Zu Artikel 10 Betrieb

Artikel 10 statuiert die Verantwortlichkeiten der Partner beim Betrieb ihrer Elemente und verweist auf Artikel 7 des Übereinkommens, die Vereinbarungen und die Durchführungsregeln. Detailliert sind die Verantwortlichkeiten und Verfahren in Artikel 8.2 der ESA/NASA-Vereinbarung beschrieben.

Zu Artikel 11 Mannschaft

Absatz 1 begründet das grundsätzliche Recht jedes Partners, Astronauten für die Raumstation zu stellen. Genauere Regeln finden sich in Artikel 11 der ESA/NASA-Vereinbarung. Danach wird die voll aufgebaute Station eine Besatzung von sieben Personen haben, von denen drei von Rußland gestellt werden. Die restlichen vier Plätze werden, über die Laufzeit des Programms verteilt, entsprechend den Nutzungsanteilen zwischen den übrigen Partnern aufgeteilt. In jedem Fall wird ein ESA-Astronaut bei der Montage und Systemerprobung des europäischen Labormoduls mitwirken (Artikel 11.2 der ESA/NASA-Vereinbarung).

Absatz 2 regelt die Aufstellung und Einhaltung des Verhaltenskodex für die Mannschaft der Raumstation, der von allen Partnern gemeinsam ausgearbeitet wird. Für die Einhaltung des Verhaltenskodex durch seine Mannschaftsmitglieder ist jeder Partner verantwortlich. Genauere Regelungen, insbesondere über den Inhalt des Verhaltenskodex finden sich in Artikel 11.8 der ESA/NASA-Vereinbarung.

Zu Artikel 12 Transport

Artikel 12 ist gegenüber dem Übereinkommen von 1988 grundlegend umgestaltet worden.

Nach Absatz 1 hat jeder Partner das Recht, seine eigenen staatlichen oder privatwirtschaftlichen Transportsysteme für den Zugang zur Raumstation zu nutzen, sofern sie mit der Station kompatibel sind. Die bislang absehbaren Transportsysteme der Partner sind in Satz 2 beispielhaft aufgezählt, wobei ausdrücklich die ARIANE 5 erwähnt wird. Damit ist eine wesentliche Voraussetzung dafür erfüllt, daß Europa seinen Anteil an den gemeinsamen

Betriebskosten durch Sachleistungen, in erster Linie Versorgungsf Flüge mit ARIANE 5, erbringen kann.

Absatz 2 eröffnet die Möglichkeit, anderen Partnern und deren Nutzern Transportdienste gegen Entgelt oder auf anderer Basis zu erbringen. Die Konditionen sind jeweils in den Vereinbarungen und Durchführungsregel festzulegen, wobei nach Satz 2 ein Diskriminierungsverbot gilt.

Nach Absatz 3 liegt die Verantwortung für die Planung und Koordinierung der Transportdienste – entsprechend der in Artikel 7 Abs. 2 festgelegten Zuständigkeit für Gesamtmanagement und Gesamtkoordinierung – bei den USA, die insoweit in den einschlägigen Managementgremien tätig werden.

Absatz 4 betont die Achtung der Schutzrechte an den im Raumtransportsystem beförderten Daten und Gütern sowie die Wahrung der Vertraulichkeit durch den jeweiligen Partner.

Zu Artikel 13 Kommunikation

Absatz 1, der wegen der geänderten Planung für die Raumstation wesentlich neu gefaßt wurde, legt fest, daß die USA und Rußland die Hauptnetze für das Kommunikationssystem zum Raumstationsbetrieb bereitstellen. Die anderen Partner können weitere Netze bereitstellen, soweit sie kompatibel sind. Die Koordinierung liegt gemäß Absatz 3 bei den USA, die insoweit in den einschlägigen Managementgremien tätig werden.

Gemäß Absatz 2 bemühen sich die zusammenarbeitenden Stellen, die Verwendung der Kommunikationssysteme gegen Entgelt sicherzustellen.

Absatz 4 regelt Grundsätze für die Wahrung der Vertraulichkeit und der Schutzrechte an den Nutzungsdaten. Einzelheiten in bezug auf die Nachrichtenübertragung sind in Artikel 12.2 der ESA/NASA-Vereinbarung geregelt.

Zu Artikel 14 Weiterentwicklung

In Absatz 1 stellen die Partner ihre Absicht fest, die Raumstation zu erweitern und dabei möglichst eng zusammenzuarbeiten. Auch bei Erweiterung soll die Raumstation eine zivile Station für friedliche Zwecke in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht bleiben.

Absatz 2 regelt im übrigen, daß sich das Übereinkommen nur auf die in der Anlage aufgeführten Elemente bezieht, mit Ausnahme des Artikels 14 und des Artikels 16 über die Haftung.

Absatz 3 verweist für die Verfahren der Koordinierung der Weiterentwicklungsvorschläge auf die Vereinbarungen (Artikel 14 der ESA/NASA-Vereinbarung).

Absatz 4 stellt klar, daß die Zusammenarbeit zwischen einzelnen oder allen Partnern zur Einführung erweiternder Kapazität eine Änderung des Übereinkommens oder eine gesonderte Übereinkunft erfordert. Die USA müssen stets, andere Partner dann an der Übereinkunft beteiligt sein, wenn ihr Beitrag von der Erweiterung betroffen ist.

Wenn ausschließlich ein Partner erweiternde Kapazität einführen will, muß er nach Absatz 5 die anderen Partner unterrichten. Ferner ist – wegen ihrer Koordinierungsrolle für das Gesamtprogramm – stets eine Vereinbarung mit den USA, ggf. auch mit anderen von der Erweiterung betroffenen Partnern nötig.

Absatz 6 statuiert das Recht des betroffenen Partners auf Konsultationen gemäß Artikel 23 des Übereinkommens für die Fälle der Absätze 4 und 5.

Absatz 7 stellt klar, daß die Einführung erweiternder Kapazität nicht die Rechte und Pflichten der Partnerstaaten nach diesem Übereinkommen und den Vereinbarungen in bezug auf die in der Anlage des Übereinkommens aufgeführten Elemente berührt.

Zu Artikel 15 Finanzierung

Absatz 1 statuiert die Pflicht jedes Partners zur Kostentragung für die Erfüllung der ihm obliegenden Aufgaben, wozu auch eine Beteiligung an den gemeinsamen Systembetriebskosten der Raumstation gehört.

Für die Festlegung der Höhe der gemeinsamen Systembetriebskosten enthält der neu eingefügte Absatz 4 wichtige Grundsätze. Danach sind die Kosten auf ein Mindestmaß zu beschränken; ferner sind Verfahren zu entwickeln, um die Betriebskosten innerhalb der gemeinsam vereinbarten Grenzen zu halten. Damit ist einem wesentlichen Anliegen der europäischen Seite bei den Neuverhandlungen Rechnung getragen.

Weitere Rahmenbedingungen für die Ermittlung der gemeinsamen Systembetriebskosten, z.B. die zu berechnenden Kostenarten, wurden in der ESA/NASA-Vereinbarung festgeschrieben (Artikel 9). Der Anteil jedes Partners bemißt sich nach dem ihm zustehenden Anteil an den Nutzungsressourcen; er beträgt für Europa mithin 5,3 %. Die spezifischen Betriebskosten seiner Elemente trägt jeder Partner selbst.

Absatz 2 enthält den Haushaltsvorbehalt, wonach die finanziellen Verpflichtungen jedes Partners unter der Voraussetzung stehen, daß Haushaltsmittel verfügbar sind. In Anerkennung der Bedeutung der Zusammenarbeit bei der Raumstation verpflichten sich die Partner, im Rahmen ihrer nationalen Finanzierungsverfahren nach Kräften darauf hinzuwirken, daß die Mittel zur Erfüllung dieser Verpflichtung auch tatsächlich bewilligt werden.

Absatz 3 enthält bei Finanzierungsproblemen eine Unterrichts- und Konsultationspflicht der zusammenarbeitenden Stellen und der Partner.

Nach Absatz 5 soll der Zahlungsverkehr zwischen den Partnern auf ein Mindestmaß beschränkt werden, wozu insbesondere die Durchführung spezifischer Betriebsaktivitäten oder ein Austausch von Leistungen vereinbart werden kann.

Zu Artikel 16 Gegenseitiger Haftungsausschluß

Nach Absatz 1 wird zur Förderung der Beteiligung an der Nutzung der Raumstation ein gegenseitiger Haftungsausschluß der Partnerstaaten und der dazugehörigen Stellen vereinbart, der weit auszulegen ist. Ein solcher Haftungsausschluß entspricht der Praxis bei Forschungsk Kooperationen.

Absatz 2 enthält Definitionen, die nur für Artikel 16 des Übereinkommens gelten. Die Definitionen sind so angelegt, daß der Haftungsausschluß eine möglichst breite Anwendung findet.

In Absatz 3 wird der gegenseitige Haftungsausschluß ausgestaltet.

Nach Absatz 3 a) gilt der Haftungsausschluß für Ansprüche, gleichgültig welchen Rechtsgrundes, zwischen

an geschützten Weltraumarbeiten (Definition in Absatz 2) Beteiligten. Er gilt für Partnerstaaten, seine zugehörigen Stellen und dort Beschäftigte.

Absatz 3 b) regelt die Ausdehnung des gegenseitigen Haftungsausschlusses vom Partnerstaat auf die zugehörigen Stellen des Partnerstaates, z.B. durch Vertrag. Dies ist notwendig, damit der gegenseitige Haftungsausschluß für alle an der Raumstationszusammenarbeit Beteiligten wirksam werden kann. Der neu eingefügte Unterabsatz 3 b) (2) stellt klar, daß die zugehörigen Stellen des Partnerstaats zu verpflichten sind, ihrerseits den Haftungsausschluß auf ihnen zugehörige Stellen auszudehnen.

In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, daß nach einer in Absatz 2 b) neu eingefügten Bestimmung die Vorschriften über zugehörige Stellen auch auf Staaten anzuwenden sind, wenn diese zu einem Partnerstaat in einer vergleichbaren Beziehung stehen. Damit soll insbesondere der Tatsache Rechnung getragen werden, daß Rußland einen Teil seiner Aufgaben aus der Raumstationszusammenarbeit in Kooperation mit Kasachstan wahrnimmt, insbesondere durch die Nutzung der Startanlagen in Baikonur. Der Haftungsausschluß muß daher von Rußland in geeigneter Weise auf Kasachstan ausgedehnt werden.

Absatz 3 c) stellt klar, daß der gegenseitige Haftungsausschluß sich auch auf die gegenseitige Haftung nach dem Haftungsübereinkommen erstreckt, sofern es sich um einen Schaden im Rahmen von geschützten Weltraumarbeiten handelt.

Absatz 3 d) bestimmt die Fälle, für die der gegenseitige Haftungsausschluß nicht gilt:

1. Ansprüche zwischen einem Partnerstaat und seiner eigenen zugehörigen Stelle oder zwischen seinen eigenen zugehörigen Stellen.
2. Ansprüche wegen Personenschäden (Tod oder Körperverletzung) mit Ausnahme der auf einen Partnerstaat übergegangenen Ansprüche; für diese bleibt es bei der Regel, daß die Partnerstaaten untereinander auf Haftungsansprüche verzichten. Zu dieser – auf nachdrückliches Betreiben der USA neu eingeführten – Ausnahme sieht Absatz 3 e) für Japan eine Sonderregelung vor, durch die der Tatsache Rechnung getragen wird, daß Japan sich zu einem Verzicht auf Ansprüche, die auf staatliche Sozialversicherungsträger übergegangen sind, nicht in der Lage sah.
3. Ansprüche wegen Vorsatztaten.
4. Ansprüche in bezug auf geistiges Eigentum; insoweit ist Artikel 21 des Übereinkommens Spezialvorschrift.
5. Ansprüche aus einer Verletzung der Pflicht, den Haftungsverzicht auf zugehörige Stellen auszudehnen; diese Klarstellung wurde neu in das Übereinkommen aufgenommen.

Absatz 3 f) stellt klar, daß Artikel 16 nicht für die Begründung von Ansprüchen oder Klagen herangezogen werden kann, die anderweitig nicht begründet sind.

Zu Artikel 17 Haftungsübereinkommen

Absatz 1 stellt die Anwendbarkeit des Weltraum-Haftungsübereinkommens klar, soweit Artikel 16 nichts anderes bestimmt.

Absatz 2 bestimmt, daß im Falle der Geltendmachung eines Anspruchs nach dem Haftungsübereinkommen durch Dritte umgehend Konsultationen zwischen den Parteien (und gegebenenfalls der ESA) über eine Aufteilung der Haftung und über die Verteidigung gegen diesen Anspruch stattfinden. Es war nicht möglich, für Haftungsfälle gegenüber Dritten bereits im Übereinkommen eine Schadensaufteilung vorzunehmen, weil die besondere Fallkonstellation nicht vorhersehbar ist.

Nach Absatz 3 können die betreffenden Partner für die Leistung von Weltraumtransportdiensten nach Artikel 12 gesonderte Übereinkünfte über die Aufteilung einer möglichen Haftung nach dem Haftungsübereinkommen schließen.

Zu Artikel 18 Zoll und Einreise

Im Rahmen der geltenden Gesetze und Vorschriften erleichtert jeder Partnerstaat:

- nach Absatz 1 die für die Raumstationszusammenarbeit notwendigen Reisen von Personen und Beförderung von Gütern in und aus seinem Hoheitsgebiet;
- nach Absatz 2 die Ausstellung von Einreise- und Aufenthaltssdokumenten für Staatsangehörige eines anderen Partnerstaates und ihre Familienangehörigen, die sein Hoheitsgebiet betreten, um Aufgaben im Rahmen der Raumstationszusammenarbeit durchzuführen.

Nach Absatz 3 ist jeder Partnerstaat – anders als nach dem Übereinkommen von 1988, das insofern lediglich eine Bemühensklausel vorsah – verpflichtet, die Ein- und Ausfuhr von zur Raumstationszusammenarbeit erforderlichen Gütern und Software von Zöllen und ähnlichen Abgaben unabhängig vom Herkunftsland freizustellen. Den Mitgliedstaaten der ESA, die Mitgliedstaaten der EU sind, ist dies im Rahmen des geltenden EU-Rechts ohne weiteres möglich.

Zu Artikel 19 Austausch von Daten und Gütern

Gemäß Absatz 1 ist jeder Partner über seine zusammenarbeitende Stelle verpflichtet, alle technischen Daten und Güter, die von beiden an der Weitergabe Beteiligten für die Raumstationszusammenarbeit für erforderlich gehalten werden, weiterzugeben. Es besteht eine Verpflichtung jedes Partners, Anträge auf Technologietransfer zügig zu erledigen.

Nach Absatz 2 werden die Partner sich nach Kräften bemühen, den Technologietransfer zwischen Unternehmen zu fördern und zu erleichtern. Diese Weitergabe fällt ansonsten nicht unter das Übereinkommen.

Absatz 3 regelt Einzelheiten, insbesondere Verfahrensregeln, für den Austausch von Daten und Gütern, wobei durch zwei neu eingefügte Sätze im einleitenden Absatz klargestellt wird, daß Daten (außer Detailinformationen) zur Wahrnehmung der Aufgaben in bezug auf Schnittstellen, Sicherheit und Integration in der Regel ohne Einschränkungen weiterzugeben sind.

- Absatz 3 a) legt das Verfahren bei der liefernden zusammenarbeitenden Stelle fest im Hinblick auf technische Daten oder Güter, die für Ausfuhrüberwachungszwecke geschützt werden müssen.
- Absatz 3 b) legt das Verfahren bei der liefernden zusammenarbeitenden Stelle fest im Hinblick auf tech-

nische Daten und Güter, die zur Wahrung von Schutzrechten geschützt werden müssen.

- Absatz 3 c) bezieht sich auf technische Daten und Güter, die der Geheimhaltung unterliegen.

Absatz 4 enthält die Verpflichtung jedes Partnerstaates bzw. der zusammenarbeitenden Stelle, sicherzustellen, daß die gemäß Absatz 3 a), b) oder c) empfangenen technischen Daten und Güter von allen Personen und Stellen, denen diese Daten und Güter weitergegeben werden, gemäß den von der liefernden zusammenarbeitenden Stelle festgesetzten Bedingungen behandelt werden.

Absatz 5 stellt klar, daß durch Artikel 19 einem Empfänger keine weitergehenden Rechte als das Recht auf Benutzung, Mitteilung oder erneute Weitergabe empfangener technischer Daten oder Güter gemäß den in Artikel 19 vorgesehenen Bedingungen gewährt werden.

Absatz 6 bestimmt, daß der Rücktritt eines Partnerstaates vom Übereinkommen die Rechte und Pflichten in Bezug auf den Schutz technischer Daten oder Güter, die vor diesem Rücktritt weitergegeben wurden, grundsätzlich nicht berührt.

Absatz 7 trägt der besonderen Situation der Europäer Rechnung: Im Rahmen des Artikels 19 gilt grundsätzlich jeder Technologietransfer an die ESA als für die ESA, für alle europäischen Partnerstaaten und für die Raumstationsauftragnehmer der ESA bestimmt, sofern nichts anderes vereinbart ist.

Nach dem neu eingeführten Absatz 8 werden die Partner Leitlinien für die Sicherheit von Informationen festlegen.

Zu Artikel 20 Behandlung von Daten und Gütern im Transit

Artikel 20 ist von praktischer Bedeutung für die Raumstationskooperation, da im Rahmen des integrierten Transportkonzepts (Artikel 12), nach dem alle Partner außer Kanada Versorgungsflüge zur Station durchführen, ein Großteil der Güter über das Gebiet eines anderen Partners zur und von der Raumstation gelangt. Gemäß Artikel 20 gestattet jeder Partnerstaat, soweit es seine Rechtsordnung zuläßt, den raschen Transit zu oder von der Raumstation von Daten und Gütern der anderen Partner, ihrer zusammenarbeitenden Stellen und ihrer Nutzer. Erfaßt ist der Transit zwischen der Staatsgrenze eines Partnerstaates und einem Start- oder Landeplatz in seinem Hoheitsgebiet sowie zwischen einem Start- oder Landeplatz und der Raumstation.

Zu Artikel 21 Geistiges Eigentum

Artikel 21 berücksichtigt, daß die Kommerzialisierung der Raumstation ein langfristiges Ziel ist. Seine Regelungen sind benutzerfreundlich ausgestaltet.

Absatz 1 bestimmt, daß für Zwecke dieses Übereinkommens der Begriff „geistiges Eigentum“ im Sinne des Artikels 2 des Übereinkommens vom 14. Juli 1967 zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum zu verstehen ist. Mit der Bezugnahme auf diese Bestimmung ist gewährleistet, daß kein Bereich des Rechts des geistigen Eigentums bei der Anwendung dieses Übereinkommens ausgeschlossen ist.

Absatz 2 Satz 1 erster Halbsatz legt das Prinzip fest, daß grundsätzlich jede Aktivität in oder an einem Flugelement der Raumstation so zu behandeln ist, als habe sie sich im

Hoheitsgebiet des Raumstationspartners ereignet, der das betreffende Element registriert hat. Da die ESA kein eigenes Hoheitsgebiet hat, bestimmt Absatz 2 Satz 1 zweiter Halbsatz, daß in Bezug auf die von der ESA registrierten Flugelemente jeder europäische Partnerstaat die Tätigkeit als in seinem Hoheitsgebiet durchgeführt betrachten kann. Damit wird den europäischen Partnerstaaten die Möglichkeit eröffnet, den Geltungsbereich ihrer jeweiligen Gesetze zum Schutz des geistigen Eigentums auf die von der ESA registrierten Elemente der Raumstation zu erstrecken. Die Bundesrepublik Deutschland wird von dieser Option durch Artikel 2 des Vertragsgesetzes Gebrauch machen. In Absatz 2 Satz 2 wird klargestellt, daß die Teilnahme eines Partnerstaates, seiner zusammenarbeitenden oder seiner zugehörigen Stellen an einer Tätigkeit an Bord eines Flugelements eines anderen Partners nicht dessen Hoheitsgewalt über eine solche Tätigkeit beeinträchtigt. Damit soll sichergestellt werden, daß das Recht eines Partnerstaats nicht deshalb zur Anwendung kommt, weil er an einer Tätigkeit in oder an einem von einem anderen Partner registrierten Element der Raumstation beteiligt ist.

Mit Absatz 3 wird insbesondere die Anwendung des US „Inventions Secrecy Act“ eingeschränkt, wonach Erfindungen, die in den USA gemacht werden, zuerst in den USA angemeldet werden müssen. Diese Vorschrift modifiziert aber auch das deutsche Patentrecht für Personen, die weder deutsche Staatsangehörige sind noch in der Bundesrepublik Deutschland ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, indem diese in Abweichung von § 52 des Patentgesetzes ohne Einholung einer schriftlichen Genehmigung der zuständigen obersten Bundesbehörde ihre Erfindungen in einem anderen Partnerstaat zum Patent anmelden können.

Absatz 4 trägt der besonderen Situation des europäischen Partners im Falle einer Verletzung von Rechten des geistigen Eigentums Rechnung, die in oder an einem von der ESA registrierten Element begangen worden ist. Aufgrund der Regelung des Absatzes 2 Satz 1 zweiter Halbsatz bestünde die Möglichkeit, daß wegen ein und derselben Verletzungshandlung Klagen in verschiedenen Mitgliedstaaten der ESA anhängig werden, da inhaltsgleiche Schutzrechte in mehreren europäischen Partnerstaaten nebeneinander bestehen können. Um dieses Ergebnis zu vermeiden, ist in Absatz 4 Satz 1 vorgesehen, daß der Inhaber von inhaltsgleichen Schutzrechten in mehreren europäischen Staaten nur in einem dieser Staaten wegen ein und derselben Verletzungshandlung Schadensersatz verlangen kann. Absatz 4 Satz 2 trägt dem Fall Rechnung, daß mehrere Inhaber von inhaltsgleichen Schutzrechten in verschiedenen europäischen Staaten klagen: In diesem Fall kann das Gericht, das mit der später erhobenen Klage befaßt ist, das Verfahren bis zur Entscheidung über die früher erhobene Klage aussetzen. Nach Satz 3 kann wegen ein und derselben Verletzungshandlung nur einmal vollstreckt werden; die Vollstreckung aus einem Schadensersatzurteil schließt jede Entschädigung (Schadensersatz) in weiteren Verfahren wegen derselben Rechtsverletzung aus.

Auch Absatz 5 berücksichtigt die besondere Situation des europäischen Partners hinsichtlich einer Tätigkeit in oder an einem von der ESA registrierten Element: Falls eine Lizenz nach dem Recht eines der europäischen Partnerstaaten erteilt worden ist, darf sich kein europäischer Partnerstaat weigern, diese Lizenz anzuerkennen. Bei

zulässiger Ausübung der Lizenz ist die Erlangung von Schadensersatz wegen einer Schutzrechtsverletzung in einem anderen europäischen Partnerstaat ausgeschlossen.

Nach Absatz 6 begründet die vorübergehende Anwesenheit von Gegenständen im Hoheitsgebiet eines Partnerstaates im Transit zwischen der Erde und einem Flugelement, das von einem anderen Partnerstaat oder der ESA registriert ist, nicht die Einleitung eines Verfahrens wegen Patentverletzung. Damit soll insbesondere verhindert werden, daß der Transport von Flugelementen oder Nutzlasten durch das Gebiet eines anderen Partnerstaats, um von dort zur Raumstation befördert zu werden, als Anknüpfungspunkt einer Patentverletzungsklage dienen kann. Die Regelung geht hinsichtlich der von ihr erfaßten Gegenstände und des Umfangs der Freistellung über § 11 Nr. 5 des Patentgesetzes hinaus.

Zu Artikel 22 Strafgerichtsbarkeit

Artikel 22 gehört mit Artikel 7 zu denjenigen Vorschriften, bei denen der Eintritt Rußlands in die Zusammenarbeit zu den stärksten Änderungen gegenüber dem Übereinkommen von 1988 geführt hat.

Der – unverändert gebliebene – Einleitungssatz soll angesichts der Einzigartigkeit der Verhältnisse auf der Raumstation Rückschlüsse des Artikels 22 auf andere Bereiche der Strafgerichtsbarkeit verhindern.

In Absatz 1 wird zunächst das aktive Personalitätsprinzip als eine Grundlage für die Ausübung von Strafgerichtsbarkeit festgelegt: Jeder Partnerstaat kann Strafgerichtsbarkeit über seine eigenen Staatsangehörigen an Bord der Raumstation ausüben, unabhängig davon, in welchem Stationselement die Tat verübt worden ist.

Nach Absatz 2 kann darüber hinaus auch derjenige Partnerstaat Strafgerichtsbarkeit ausüben, der dadurch betroffen ist, daß Leben oder Sicherheit eines seiner Staatsangehörigen durch die Tat beeinträchtigt worden ist (passives Personalitätsprinzip) oder daß die Tat in seinem Flugelement begangen wurde oder es beschädigt hat (Analogie zum Flaggenprinzip). Voraussetzung für die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit ist in diesen Fällen, daß der Heimatstaat des Täters zuvor konsultiert wurde und entweder der Strafverfolgung zugestimmt hat oder keine Zusicherung abgegeben hat, daß er den Fall seinen eigenen Strafverfolgungsbehörden übergeben wird.

Das Übereinkommen von 1988 enthielt eine vergleichbare Vorschrift nur als Sonderregelung zugunsten der USA.

Durch Artikel 3 des Vertragsgesetzes werden die innerstaatlichen Rechtsgrundlagen dafür geschaffen, daß die Bundesrepublik Deutschland von den Möglichkeiten zur Strafverfolgung nach den Absätzen 1 und 2 Gebrauch machen kann.

Absatz 3 eröffnet denjenigen Staaten, die Auslieferungen nur auf vertraglicher Grundlage zulassen, die Möglichkeit, das Übereinkommen als Rechtsgrundlage für eine Auslieferung anzusehen.

Absatz 4 begründet eine allgemeine Verpflichtung zur Leistung internationaler Rechtshilfe in Bezug auf Straftaten in der Umlaufbahn, wie sie auch in anderen Verträgen über international-strafrechtliche Fragen anzutreffen ist. Die Verpflichtung steht unter dem allgemeinen Vorbehalt der innerstaatlichen Vorschriften.

Absatz 5 stellt klar, daß der nach Artikel 11 aufzustellende Verhaltenskodex und die Bestimmungen des Artikels 22 sich gegenseitig unberührt lassen.

Zu Artikel 23 Konsultationen

Nach Absatz 1 können die Partner einander über ihre zusammenarbeitenden Stellen jederzeit zu allen Fragen konsultieren.

Nach Absatz 2 sind auch Konsultationen auf Regierungsebene über jede Frage der Zusammenarbeit und jederzeit möglich, wobei dem Ersuchen eines Partners umgehend entsprochen wird; die USA haben mehrseitige Konsultationen anzubereiten, falls dies von einem Partner gewünscht wird.

Um ggf. die Einleitung von Konsultationen zu ermöglichen, muß ein Partner nach dem neu eingefügten Absatz 3 die anderen Partner so früh wie möglich informieren, wenn er Entwurfsänderungen beabsichtigt, die sich auf die anderen Partner auswirken können.

Nach Absatz 4 können die beteiligten Partner sich einer zu vereinbarenden Form der Streitbeilegung unterwerfen, wenn keine Regelung in Konsultationen gefunden wird.

Zu Artikel 24 Überprüfung der Zusammenarbeit bei der Raumstation

In Artikel 24 wird vereinbart, daß sich die Vertragspartner ab 1999 alle drei Jahre zur Diskussion über Fragen der Raumstationszusammenarbeit treffen.

Zu Artikel 25 Inkrafttreten

Absatz 3 b) regelt das Inkrafttreten für die europäischen Partnerstaaten. Für jeden einzelnen europäischen Partnerstaat tritt das Übereinkommen erst in Kraft, wenn es für den gesamten europäischen Partner in Kraft getreten ist. Dies ist dann der Fall, wenn mindestens vier europäische Teilnehmerstaaten ihr Beitrittsdokument hinterlegt haben und die US-Regierung als Verwahrer des Übereinkommens eine förmliche Notifikation des ESA-Ratsvorsitzenden erhalten hat. Es ist davon auszugehen, daß die ESA-Mitgliedstaaten den Ratsvorsitzenden erst dann zur Übersendung dieser Notifikation ermächtigen, wenn die drei Hauptbeitragszahler zum Programm (Deutschland, Frankreich und Italien), die zusammen 87,5 % der Beiträge aufbringen, das Übereinkommen ratifiziert haben.

Nach Absatz 3 c) kann jeder – auch künftige – ESA-Mitgliedstaat dem Übereinkommen beitreten, ohne daß es einer Zustimmung der anderen Partner bedarf. Die frühere Einschränkung, daß der Staat zur Zeit der Unterzeichnung des Übereinkommens ESA-Mitgliedstaat gewesen sein muß, ist bei der Neufassung entfallen.

Nach Absatz 4 tritt das Übereinkommen von 1988 mit dem Inkrafttreten des neuen Übereinkommens außer Kraft. Diese Vorschrift ist lediglich im Verhältnis zwischen den USA und Japan von Bedeutung, da das Übereinkommen von 1988 nur zwischen diesen beiden Staaten in Kraft getreten ist.

Zu Artikel 26 Inkrafttreten im Verhältnis zwischen bestimmten Vertragsparteien

Nach Artikel 26 wird das Übereinkommen ungeachtet der Voraussetzungen des Artikels 25 im Verhältnis zwischen

den USA und Rußland bereits zu dem Zeitpunkt wirksam, in dem diese beiden Staaten ihre Ratifikationsurkunden hinterlegt haben. Damit soll erreicht werden, daß diese beiden Staaten, die bereits Mitte 1998 mit dem Zusammenbau ihrer Raumstationselemente im All beginnen, auch dann über eine gültige Rechtsgrundlage für die Zusammenarbeit verfügen können, wenn die nach Artikel 25 Abs. 3 a) erforderliche Ratifikation durch Japan noch nicht erfolgt ist.

Zu den Artikeln 27 und 28 Änderungen – Rücktritt
Nach Artikel 27 kann das Übereinkommen einschließlich seines Anhangs durch schriftliche Vereinbarung geändert werden. Nach dem neu eingefügten Satz 3 bedürfen Änderungen nur des Anhangs nicht der Ratifikation oder vergleichbarer Verfahren in den Partnerstaaten.

Ein Rücktritt ist nach Artikel 28 jederzeit unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr möglich. Der Rücktritt eines europäischen Partnerstaates berührt nicht die Rechte und Pflichten des europäischen Partners als Ganzes.

Anlage zur Denkschrift

Vereinbarung
über die Anwendung des Regierungsübereinkommens
über die Raumstation bis zu dessen Inkrafttreten

1. Vertragsparteien dieser Vereinbarung sind alle Unterzeichner des in Washington am 29. Januar 1998 beschlossenen Übereinkommens zwischen der Regierung Kanadas, Regierungen von Mitgliedstaaten der Europäischen Weltraumorganisation, der Regierung Japans, der Regierung der Russischen Föderation und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über Zusammenarbeit bei der zivilen internationalen Raumstation (im folgenden „Regierungsübereinkommen“).

2. In Übereinstimmung mit seinen Bestimmungen tritt das Regierungsübereinkommen an dem Tag in Kraft, an dem die letzte Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungs-urkunde von Japan, Rußland und den Vereinigten Staaten hinterlegt worden ist. Danach tritt das Regierungsübereinkommen für einen Partner in Kraft, sobald er seine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt hat. Für diese Zwecke gilt die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde des europäischen Partners als hinterlegt, wenn der Verwahrer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden von mindestens vier europäischen Unterzeichnerstaaten oder beitretenden Staaten und darüber hinaus eine förmliche Notifikation des Vorsitzenden des Rates der Europäischen Weltraumorganisation erhalten hat.

3. Die Vertragsparteien dieser Vereinbarung wünschen die im Regierungsübereinkommen vorgesehene Zusammenarbeit im größtmöglichen Umfang durchzuführen, bis jede von ihnen alle innerstaatlichen Maßnahmen abgeschlossen hat, die vor der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung des Regierungsübereinkommens oder dem Beitritt zu diesem erforderlich sind.

4. Die Vertragsparteien dieser Vereinbarung verpflichten sich daher, das Regierungsübereinkommen im größtmöglichen Umfang, soweit dies mit ihren innerstaatlichen Gesetzen und sonstigen Vorschriften vereinbar ist, einzuhalten, bis es für jede von ihnen in Kraft tritt oder wirksam wird.

5. Eine Vertragspartei kann von dieser Vereinbarung unter Einhaltung einer Frist von 120 Tagen durch eine an die anderen Vertragsparteien gerichtete schriftliche Anzeige zurücktreten.

6. Diese Vereinbarung tritt mit ihrer Unterzeichnung in Kraft. Danach kann ein Unterzeichner des Regierungsübereinkommens dieser Vereinbarung durch Unterzeichnung oder durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Verwahrer beitreten.

7. Diese Vereinbarung ersetzt die am 29. September 1988 in Washington beschlossene Vereinbarung über die Anwendung des Regierungsübereinkommens über die Raumstation bis zu dessen Inkrafttreten, die hiermit außer Kraft gesetzt wird.

Geschehen zu Washington am 29. Januar 1998 in einer Urschrift in deutscher, englischer, französischer, italienischer, japanischer und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

08.05.98**Stellungnahme****des Bundesrates**

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 29. Januar 1998 zwischen der Regierung Kanadas, Regierungen von Mitgliedstaaten der Europäischen Weltraumorganisation, der Regierung Japans, der Regierung der Russischen Föderation und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über Zusammenarbeit bei der zivilen Internationalen Raumstation (Raumstations-Übereinkommen)

Der Bundesrat hat in seiner 725. Sitzung am 8. Mai 1998 beschlossen, gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes keine Einwendungen zu erheben.